Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 22. November 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Anzeigensteuer.

In dem Reichtum neuer Steuern, den der Reichsschatzsekretär Sydow in den Reichstag hineingeworfen hat, um daran die Krankensuppe für die leidenden Reichsfinanzen zu kochen, verdient auch der abgedorrte Zweig einer Anzeigensteuer nähere Betrachtung. Daß die Presse, die es angeht, sich bisher wenig dazu äußerte, mag wohl daran liegen, daß sie sich im Glauben befindet, die Steuer werde keine Gesetzeskraft erlangen, — der Reichstag könne nicht so borniert sein, der Presse eine Kette ans Bein zu hängen, die sie nicht zu ertragen vermag.

Die Presse wird gut tun, nicht allzu vertrauensselig zu sein, sondern Vorn zu schlagen und sich weder gegen das drohende Unheil zu wehren, sonst kann es über Nacht passieren, daß der dürre Stab grüne Blätter treibt zum Nutzen der Bankrotteure und zum Schaden des freien Wortes, das wir in Deutschland heute nötiger denn je brauchen.

Was will das Gesetz? Anzeigen, die in inländischen Zeitungen oder Zeitschriften enthalten sind, Sonderbeilagen der Zeitungen, sowie Plakate, die im Inlande öffentlich angebracht werden, mit einer Anzeigensteuer belegen.

Gerausgerechnet wird, daß sich

für Anzeigen	29 246 683 M.
„ Sonderbeilagen	100 000 „
„ Plakate usw.	4 700 000 „
	<hr/>
	34 046 683 M.

oder rund 34 Millionen Mark netto als Ertrag der Anzeigensteuer ergeben.

Gleichsam als Entschuldigung wird angeführt, daß auch andere bankrotte Staaten eine Inseratensteuer haben, wie Portugal, Spanien und die Türkei. Bedingterweise existiert sie auch in Italien und Serbien; dort werden private Anzeigen in amtlichen Blättern einer Steuer unterworfen, ein Verfahren, das im Interesse einer unabhängigen Presse manches für sich hat. Sonst weiß die Begründung des Gesetzentwurfs von einer Anzeigensteuer in den Kulturländern Europas nichts zu erzählen, es sei denn, daß eine sogenannte Affichen- oder Plakatsteuer sich noch in Frankreich, Belgien und Luxemburg vorfindet, die im Verhältnis zu der dem Publikum auferlegten Plage einen armseligen Ertrag liefert.

Wenn die Begründung noch auf die Inseratensteuer in den Hansestädten verweist, die infolge des Inkrafttretens des Preßgesetzes 1874 aufgehoben wurde, so erfährt damit der Gesetzentwurf die allerherbste Kritik.

Der § 30 des Preßgesetzes lautet:

Vorbehaltlich der auf den Landesgesetzen beruhenden allgemeinen Gewerbesteuer findet eine besondere Besteuerung der Presse und der einzelnen Preßzeugnisse (Zeitung- und Kalenderstempel, Abgaben von Inseraten usw.) nicht statt.

Das soll jetzt anders werden, denn — „die Besteuerung der öffentlichen Anzeige und Reklame, besonders in den Formen des Inserats und Plakats, ist schon seit geraumer Zeit in zahlreichen an die Regierung gerichteten Eingaben aus allen Bevölkerungskreisen und Gegenden Deutschlands empfohlen worden, so daß angenommen werden kann, daß gerade diese Steuer dem allgemeinen Volkempfinden keineswegs widerspricht“.

Es ist geradezu rührend, wie die Regierung sich dem „allgemeinen Volkempfinden“ anhängt, das unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit ganz geheimnisvoll das Ohr der Regierung gesucht und gefunden hat.

Jedenfalls gehört das Ohr einem jener preussischen Geheimräte an, die das Gras wachsen sehen und die Flühe hinsten hören, sich aber dabei in einem Wald von drei Bäumen verirren, — denn sonst könnte er nicht die elegische Frage an den § 30 des Preßgesetzes knüpfen, daß „weder aus der Begründung des Gesetzes, noch aus den Verhandlungen im Reichstage ersichtlich ist, wodurch diese Vorschrift veranlaßt war?“

Der einfache Wortlaut des § 30 des Preßgesetzes gibt Antwort darauf und hält jede besondere Begründung für überflüssig: die besondere Belastung der Presse in der Form einer Anzeigensteuer ist eines Kulturstaates unwürdig.

Die praktische Durchführung der Anzeigensteuer, wie sie in der Begründung beschrieben wird, verrät den gleichen Grad von Selbstredendheit.

Die Steuer soll angeblich von den Anzeigenden und nicht von den Anzeigenblättern (diese schöne Bezeichnung für Zeitungen und Zeitschriften verdient ganz besonders unterstrichen zu werden) getragen werden.

Das mag vielleicht bei den größten Blättern zutreffen, die die Steuer als Zuschlag zu dem Anzeigenpreis schlagen können, aber bei dem allergrößten Teil der Blätter ist das nicht der Fall; die Konkurrenz zwingt die Zeitungsherausgeber, die Steuer zum Teil, wenn nicht ganz zu tragen. Je kleiner und bescheidener das Blatt ist, um so mehr wird es sich zu Konzessionen an das inserierende Publikum herbeilassen. Die Folge davon ist, daß Ersparnisse auf der einen Seite gemacht werden müssen, an der Ausstattung, dem Inhalt und dem Arbeitslohn. In den meisten Fällen

bildet der Ertrag der Anzeigen einen Zuschuß zu den Kosten der Herstellung; je mehr der Zuschuß beschnitten wird, umso prekärer gestaltet sich die Lage des Verlegers.

Wir wollen das an der Hand eines Beispiels beweisen.

In der Begründung zu §§ 6 und 7 wird ausgeführt, daß durch die für die mehr als einmal wöchentlich erscheinenden Anzeigenblätter vorgeordnete Staffelung die Steuer für den überwiegenden Teil der in der Provinz erscheinenden Tageszeitungen so niedrig ausfallen wird, daß sie keine nennenswerte Belastung der Anzeigenden darstellt. So würde z. B. für eine Anzeige von 10 Zeilen — 10 Pf. pro Zeile die Steuer in Zeitungen mit einer Auflage bis zu 5000 Stück nur 2, die Steuer in Zeitungen mit einer Auflage bis zu 10000 Stück nur 4 Pf. betragen.

So hat die Regierung ihre Kenntnis geschöpft, daß in der Provinz die Anzeigen mit 10 Pf. pro Zeile bezahlt werden? Am Kopf der Zeitung mag das zu lesen sein, vielleicht auch in den Katalogen der Annoncen-Expeditionen, in der Wirklichkeit ist das ganz anders.

Die wirklich bezahlten Anzeigenpreise liegen zwischen 2 und 5 Pf., nur ein geringer Teil der kleinen Presse wird einen Ertrag über 5 Pf. pro Zeile zu verzeichnen haben.

Die 10zeilige Musteranzeige

a 2 Pf. bei 5000 Auflage ergibt danach 0,4 Pf. Steuer	
„ 3 „ „ 5000 „ „ „ 0,6 „ „	
„ 4 „ „ 5000 „ „ „ 0,8 „ „	
„ 5 „ „ 5000 „ „ „ 1,0 „ „	

Es geht aber noch weiter: Vielfach werden an die kleineren (auch größeren) Provinzialblätter Anzeigen in der Form eines Affiches ausgegeben in der Größe von, nehmen wir an, 25 Zeilen doppelpaltig — 50 Zeilen nach dem Steuergesetz. Geboten wird dem Verleger für eine 52malige Aufnahme im Jahre 25 Mark. Er nimmt den Auftrag an, da er Satzkosten nicht zu bezahlen braucht und einmal in der Woche den Raum für das Inserat in seiner Zeitung zu finden gedenkt. Er registriert das Inserat, entrichtet dafür 2 vom 100 (macht ganze 50 Pf. im Jahre!) und schließlich macht der Auftraggeber bankrott, so daß der Verleger nicht nur um die Inseratengebühr, sondern auch um den Betrag der Steuer geprellt ist.

Und zu diesen jämmerlichen Erträgen, die aus tausenden von schwer um die Existenz ringenden Blättern erhoben werden sollen, eine ekelhafte Kontrolle, eine Bespitzelung der Korrespondenz und der Geschäftsbücher der Verleger!

Der Ertrag der Anzeigensteuer aus der mehr als einmal wöchentlich erscheinenden politischen Presse (diese kommt hier wohl ausschließlich in Betracht) soll rund 10 Millionen Mark brutto betragen, deren größter Teil aufzubringen ist von der Presse, die in einer Auflage von 10 bis über 100 000 Exemplaren erscheint. Auch hier, namentlich bei der Presse die zwischen 10—20 000 Auflage hat, zeigen sich ähnliche Erscheinungen, wie bei der kleinen Presse.

Den Löwenanteil an der Steuer (zirka 22 Millionen Mark brutto) sollen diejenigen Blätter bringen, die wöchentlich einmal oder in längeren Abschnitten erscheinen. Es trifft vorzugsweise Zeitungen für das Gewerbe. Statt des direkten Zirkulars bedient sich der Kleinindustrielle dieser Anzeigenblätter; die Propaganda für die einzelnen Geschäftszweige dienen also ganz besonders dem Mittelstand, der nicht wie die Großkaufleute oder die großen Fabrikanten in der Lage ist, sich direkt an die Abnehmer wenden zu können. Hier mag es zutreffen, daß die Steuer (und zwar der höchste Satz, 10 v. H.) den Anzeigenden aufgebracht wird. Nicht wenige mögen darunter sein, die je nach der Größe ihres Geschäfts 1000, 2000, 3000 Mk. pro Jahr für die Propaganda aufwenden müssen, was einem Steuerfah von 100, 200, 300 Mk. ausmacht. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“, die für das „allgemeine Volkempfinden“ sonst eine feine Witterung zu haben scheint, wird sich wohl zweimal bedenken müssen, der mittelstandsfreierischen Anzeigensteuer ihre Zustimmung zu geben.

Wiel besser, als mit der Anzeigensteuer sieht es auch mit der Plakatsteuer nicht aus. Auch uns gefallen manche bemalten Häuser usw. nicht und manche Affichen bleiben besser ungedruckt. Das kann uns aber nicht abhalten, entschiedenen Protest gegen die geplante Steuer einzulegen. Schon aus dem einfachen Grunde des gleichen Rechts für alle. Was würden die Gewerkschaften und die eingeschriebenen Hilfskassen wohl dazu sagen, wenn sie eines schönen Tages ihre Tausenden von Plakaten mit den Aufforderungen, in die Gewerkschaften oder die Kassen einzutreten, mit einer Stempelmarke zu belegen hätten? Und das müßten sie, wenn die Mißgeburt der Anzeigensteuer am Leben bleiben sollte.

Die Besteuerung ausländischer Anzeigenblätter im Inland wird unseren Diplomaten noch Risse zu machen geben, denn auch die Auslandspresse soll „in der Regel“ nicht ungeschoren davon kommen. Ist das ausländische Blatt steuerrechtlich nicht zu paden, so kann die Verbreitung dieses Blattes in Deutschland durch den Reichskanzler verboten werden, bis den Anforderungen der Steuerbehörde wegen Sicherstellung für die Abgabebeträge und die etwaigen Strafen genügt worden ist.

Welch wunderbare Aussicht, ausländische Blätter, die in Deutschland nicht beliebt sind, zu schikanieren oder von der deutschen Grenze fernzuhalten.

In dem Gesetzentwurf der Anzeigensteuer fehlt also nichts, was man kulturell vor die Türkei stellen könnte. Wenn wir einen Vergleich ziehen dürften, so würde er lediglich dahin gehen, daß die Türkei zirka 90 Proz. Analphabeten als Einwohner hat, während in Deutschland diese Spezies fast ausschließlich noch in Ostelbien vorkommt.

Die Katastrophe von Radbod vor dem Landtage.

So ganz ohne Einwirkung auf die Bergverwaltung und die gesetzgebenden Körperschaften Preußens, wie es die früheren Grubenkatastrophen gewesen sind, wird das Unglück von Radbod denn doch nicht bleiben. Was geschehen wird, läßt sich heute freilich nicht sagen, aber das eine scheint festzustehen, daß eine sorgfältigere Untersuchung eingeleitet wird, als es sonst üblich ist. Daß wenigstens soviel erreicht ist, ist dem Eindringen von Sozialdemokraten in das Preußischen Parlament zu danken.

Nachdem Leinert am Freitag in einer persönlichen Bemerkung angedeutet hatte, er würde seine Genossen nennen, wenn der Minister die Garantie übernehme, daß ihnen keine Nachteile aus ihren Aussagen erwachsen, gab der Handelsminister Dr. Delbrück am Sonnabend, bevor die Beratung über die Interpellation fortgesetzt wurde, die bemerkenswerte Erklärung ab: er könne sich zwar nicht dafür verbürgen, daß die Arbeiter nicht auf die schwarzen Listen kommen; denn er habe auf die privaten Grubenbesitzer keinen so weitgehenden Einfluß, wohl aber sei er bereit, die Arbeiter, die ihm Genosse Leinert namhaft macht, soweit sie es wünschen, auf den fiskalischen Werken im Ruhrrevier anzulegen und ihnen nicht zu kündigen, wie auch ihre im Prozeß gemachten Aussagen ausfallen mögen.

Um zu beweisen, daß es ihm mit der Ermittlung der Wahrheit ernst sei, ging Leinert auf den Vorschlag des Ministers ein; er sprach die Erwartung aus, daß die Bergarbeiter natürlich zu den gleichen Bedingungen angestellt werden, wie ihre anderen Kollegen, und daß ihnen auch sonst keinerlei Nachteil aus ihren Aussagen entsteht.

Auf die von der Rechten und den Nationalliberalen gegen ihn gerichteten Angriffe konnte Leinert nicht antworten, da ihm hierzu nicht das Wort erteilt wurde. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben — Gelegenheit zur Abrechnung wird sich später finden.

Von den Rednern aus dem Hause, die noch zu Worte kamen, traf nur der Pole Korfanth den richtigen Ton, indem er ebenso wie der sozialdemokratische Redner dem Mißtrauen der Bergarbeiter gegen die Regierung und den Landtag Ausdruck verlieh. Abg. Dr. Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung dagegen hielt es für seine vornehmste Aufgabe, gegen den „Vorwärts“ und den Genossen Leinert zu polemisieren, und Herr Brust vom Zentrum erklärte sich sogar — selbstverständlich auch unter einigen törichteren Angriffen auf die Sozialdemokratie — von der Antwort des Ministers vorläufig voll befriedigt: eine Bescheidenheit, für die den Bergarbeitern das richtige Verständnis fehlen dürfte.

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind nun zu erwarten? Von Arbeiterkontrollreuen und dem Erlass eines Reichsberggesetzes will die Regierung, wollen die Mehrheitsparteien nichts wissen. Das einzige Zugeständnis des Ministers besteht darin, daß er sich bereit erklärt, nach Art der Einrichtungen auf den fiskalischen Gruben die Arbeiterausschüsse so auszubauen, daß etwa jede Steigerabteilung in geheimer, direkter Wahl aus ihrer Mitte ein Mitglied in den Ausschuß schickt und daß dann diese Ausschussmitglieder das Recht haben sollen, zu bestimmten Zeiten an einem von ihnen zu bestimmenden Tage eines jeden Monats ihre Abteilung in Gegenwart eines Beamten zu befragen und die Ergebnisse ihrer Befragung der Bergleute in ein Jahrbuch einzutragen, das der Bergpolizei zugänglich zu machen ist.

Wiel wird dadurch kaum erreicht werden, aber immerhin zeigt dies Zugeständnis, daß der Minister selbst der Meinung ist, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Ein Antrag, der sich in der Richtung der Vorschläge des Ministers bewegt, ist inzwischen bereits eingegangen. Die Freikonservativen haben beantragt, daß Mitglieder der Arbeiterausschüsse die Befugnis beigelegt wird, die Grubendauer zu befragen und bei der Kontrolle der für die Sicherheit der Bergarbeiter zu treffenden Maßregeln mitzuwirken, und daß ferner im Berggesetz die Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten schärfer abgegrenzt und die Verantwortlichkeit der Werkbesitzer und ihrer Vertreter des näheren geregelt wird.

Es liegen also jetzt nicht weniger als drei Anträge zum Schutze der Bergarbeiter vor. Ist es den Mehrheitsparteien damit ernst, kommt es ihnen auf mehr als auf eine bloße Demonstration an, dann müssen sie für eine baldige Beratung der Anträge sorgen.

Nachdem die Besprechung der Interpellation geschlossen war, überwiegt das Haus noch nach kurzer Beratung die Entwurfs betr. Abänderung des Gesetzes über die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten und betr. die Gebühren der Redigialbeamten an die verstärkte Subjektionskommission bezw. an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Auf der Montags-Tagesordnung stehen die Vorlagen betr. die Heranziehung der Beamten zur Gemeindefinanzierung und über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Die Insertions-Gebühr

Schätzt für die sechsstelligen Nummern- und Adressen-Verzeichnisse 50 Pf. für vollständige und generelle Verzeichnisse 100 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die ertappten Monopol-Liebesgabenempfänger.

Die Entschuldigungen, die wir am Sonntag und Dienstag über das Branntweinmonopol und seine Liebesgabenempfänger brachten, haben selbstverständlich die auf ihren Schlichen ertappten bis zur Wut gereizt. Da sie nun unsere Beweise und Schlussfolgerungen nicht zu widerlegen imstande sind, vertrauen sie wie stets auf die Dummheit derer, die ihnen glauben, und erzählen lang und breit in der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“, daß unsere Berechnung des Wertes der Schlempe ein „Schwindel“ sei. Das heißt, bei Beginn ihres Geschichtsbuchs zu einem großen Rechenfehler“ oder „zu einer beachtlichsten Fälschung“ seine „Zuflucht nahm“. Am Schluß aber heißt es bereits ganz bestimmt: „Solchen Schwindel leistet sich das sozialdemokratische Zentralorgan in der sicheren Zuversicht, daß seine zu blindem Sklavenergehoram erzogenen Genossen niemals wagen werden, eine Rechnung nachzuprüfen, die ihnen von ihren geistigen Oberhäuptern vorgelegt wird.“

Und weshalb das Geschrei und Geschimpfe? Weil es in unserem Artikel vom Dienstag heißt, daß die Schlempe-Mischstände von 100 Doppelzentner bergorener Kartoffeln für den Brennereibesitzer einen Wert von 1 M. 8 Pf. haben und infolge dessen die Brennereien, welche 800 Hektoliter Spiritus erzeugen und dazu 7000 Doppelzentner Kartoffeln und 100 Doppelzentner Malz zuzusetzen gebräuchlich Schlempe im Werte von 7000 M. kostenfrei als Geschenk, als reine Liebesgabe, erhalten.

Nun ist ja bekannt, daß die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ von Sachverständigen bedient wird. Und jeder Sachverständige weiß, daß das von uns aufgerechnete Resultat, also der Wert von 7000 Mark für die Schlempe einer 800 Hektoliter-Brennerei richtig ist. Wir hatten auch noch, um zu zeigen, daß wir nicht willkürliche Schätzungen benutzen, und auf die für jeden Brenner größte Autorität, Professor Maeder, berufen und geschrieben:

„Professor Maeder, der Begründer der wissenschaftlichen Methoden der Spiritusverzögerung, bewertet die Schlempe, die von 1 Doppelzentner bergorener Kartoffeln zurückbleibt, mit 1 Mark 8 Pfennig.“

Durch einen Druckfehler wurde nun aus dem geschriebenen 1 Doppelzentner gedruckt: 100 Doppelzentner! Das ist ein Druckfehler, der das Resultat der Rechnung nicht ändert, geht aber dem ganzen Zusammenhang hervor und das wissen gerade die Sachverständigen der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ ganz genau. Denn wenn der Wert der Schlempe von 100 Doppelzentnern Kartoffeln nur 1,08 M. wäre, während aus ihnen gleichzeitig für etwa 220 M. Spiritus gewonnen wird, so wäre dieses Geschenk, das dann nur ein halbes Prozent des Spirituswertes betragen würde, nicht der Rede wert und würde auch von der Regierung in ihrem Monopolentwurf nicht erst erwähnt worden sein.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ weiß dies, aber sie kümmert sich an den Druckfehler und tut so, als ob wir entweder nicht das Gimmalein kennen oder absichtlich fälschen. Das ist freilich eine zwar sehr braueme Methode, den Gegner zu bekämpfen, aber unter anständigen Leuten gilt sie als infam.

Und wie wiederholten: Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ hat gewagt, daß sie einen für das Endergebnis ganz arbeitsfähigen Druckfehler benutzt. Denn sie schreibt:

„Wir halten uns ohne weitere Prüfung nur an die vom „Vorwärts“ seinen blindgläubigen Genossen vorgeführten Ziffern, und können dann nicht verstehen, wie ein Mensch, der auch nur die in jeder Volksschule gelehrt vier Rechenregeln beherrscht, zu dem hier errechneten „Geschenk“ von 7000 Mark kommen kann. Jeder Volksschüler, dem die Wägen der Schlempe wäre, auszurechnen, wie groß der Wert der Schlempe von 7000 Doppelzentner Kartoffeln ist, wenn er für 100 Doppelzentner — 1 M. 8 Pf. sein soll, würde kaum den Rechenzettel auslegen brauchen, um seinem Lehrer zu antworten: Der Schlempewert bei 7000 Doppelzentner bergorener Kartoffeln ist genau 70mal so groß als derjenige von 100 Doppelzentnern. 70 x 1,08 M. aber sind 75,60 M., nicht 7000 M., wie der „Vorwärts“-Rechenzettel mit mehr als 100facher Ueberschreibung in Fettdruck herausdringt.“

Die „Korrespondenz“ sucht sich eine Hintertüre, indem sie sagt, sie habe sich „ohne weitere Prüfung“ an unsere Ziffern. Das heißt, sie will so tun, als habe sie nicht gemerkt, daß es sich um einen Druckfehler handle, während sie in Wirklichkeit ganz genau weiß, daß das Endergebnis unserer Rechnung richtig ist und jede Brennerei, welche 800 Hektoliter Spiritus erzeugt, durch die kostenfreie Schlempe eine wertvolle neue Liebesgabe von 7000 M. erhalten soll! Die „Korrespondenz“ wagt auch nicht, dieses Resultat für unrichtig zu erklären, sondern sie spricht nur von der Berechnung!

Und zwar mit Berechnung! Sie hofft wohl, daß die Reichs- und Landespressen ihren infamen Schwindel weiter verbreiten wird! Ein anderer Wert sind sie ja — und aus derselben Krippe werden sie ja auch gepreßt. Aber für uns ist das Geschrei der „Korrespondenz“ nur ein Beweis mehr dafür, daß wir die geplante Schnapssteuer ihrer Junker gründlich bloßgestellt haben!

Die amerikanische Wahl.

New York, 5. November. (Sig. Ver.)

Zum dritten Male ist Bryan geschlagen worden. Das Experiment der demokratischen Partei, es mit dem Bryan'schen Scheintabakismus zu versuchen, hat ebensowenig zum Ziel geführt, wie das bei der vorigen Präsidentschaftswahl versuchte Wandler, die Wähler um das Banner des konservativen demokratischen Kandidaten Parker zu sammeln. Die Demokratie hat ihre Rolle endgültig ausgespielt. Nicht mehr länger vermag sie die heterogenen Elemente, die sie jahrzehntelang ungeachtet ihrer widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen zu vereinigen wußte, zusammenzuhalten. Am Jahre 1904 rebellierte ein großer Teil der Arbeiter und Farmer und versagte dem von den Kapitalisten der Demokratie aufgedrungenen „gesunden und sicheren Kandidaten“ Parker die Gefolgschaft und vereitelte seinen Sieg. Diesmal bereiteten die solidarischen Groß- und Kleinkapitalisten dem „Volksmann aus Nebraska“ (Bryan), den die „Geschäfts-welt“ wegen seiner Tiraden gegen die Trusts für einen gefährlichen und nicht vertrauenswürdigen Menschen hält, eine Niederlage, weit schwerer denn die früher erlittenen. Während Bryan seinen republikanischen Gegnern im Jahre 1896 mit 601 854 Stimmen und im Jahre 1900 mit 849 790 Stimmen unterlegen ist, erhielt diesmal der Republikaner Taft mit 1 100 000 Stimmen mehr als Bryan. Und selbst die uneinnehmbar scheinende demokratische Hochburg, der von den früheren Sklavendatonen beherrschte „solide Süden“, beginnt bereits zu wanken. Der alte Groß der südstaatlichen Kapitalisten gegen die republikanische Partei, welcher aus der Zeit der Aufhebung der Sklaverei datiert, beginnt zurück-

zutreten hinter den kapitalistischen Interessen, die man bei den Republikanern besser gewahrt wähnt.

Und doch war die Kandidatur Bryan die einzige mit einem Schimmer auf Erfolg; ein sogenannter „konserverbarer Kandidat“ hätte von vornherein auch nicht die geringsten Chancen gehabt. Daran ändert auch der Sieg der „konservativen Demokraten“ bei einzelnen Staatswahlen nichts, weil hierbei ganz andere Fragen in Betracht kamen.

Noch schwerer als Bryan ward Compers, der Präsident der Federation of Labor (Arbeiterbund), von dem Ausgang der Wahl betroffen. Seine frampfbastischen Versuche, der demokratischen Partei die Arbeiterstimmen auszuliefern, sind kläglich fehlgeschlagen. Weder das in Millionen Exemplaren verbreitete Flugblatt der Federation, das mit der Aufforderung schloß: „Gehet treu zu unseren Freunden (Demokraten) und bereitet unseren Feinden eine Niederlage“, noch die zahllosen Wahlreden Compers haben die geringste Wirkung gehabt. Ja, wo immer Compers persönlich in den Wahlkampf eingriff, schnitten die Demokraten besonders schlecht ab. Ein gleich negatives Resultat hatte der von der Federation geführte Feldzug gegen jene Volksvertreter, die während der letzten Kongresssession eine besonders arbeiterfeindliche Tätigkeit hatten. Joseph Cannon, der seitliche Sprecher des Repräsentantenhauses, den Compers mit seinem Halse verfolgte und in dessen Wahlkreis er verschiedene Reden hielt, zieht mit erhöhter Majorität in den Kongress ein. Nirgends auch nur der geringste Erfolg! Wie weit dadurch Compers dominierende Stellung in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gelitten, dürfte der in den nächsten Tagen zusammentretende Jahreskongress der Federation of Labor lehren. Nur eine, wenn auch ungewollte gute Folge dürfte der bei der diesjährigen Wahl eingeschlagene Weg haben: mit dem Gebot „keine Politik innerhalb der Gewerkschaften“ ist es endgültig vorbei. Und das ist gut so.

Der dritte Leidtragende im Bunde ist William Randolph Hearst, der Führer der Independence League (Unabhängigkeits-Liga). Die Hearst-Bewegung ist vollständig zusammengebrochen. Der Zusammenbruch dieser, auf dem größten politischen Schwindel beruhenden Bewegung hat sich ungemein rasch und gründlich vollzogen. Vor drei Jahren in New York von dem millionenreichen Zeitungsherausgeber und Erdemagogen Hearst ins Leben gerufen, erlangte die Independence League im ersten Wahlkampf (New Yorker Bürgermeisterwahl im Jahre 1905) eine Stimmengahl, die alle Welt in Erstaunen setzte; selbst die sozialdemokratischen Reihen wurden durch den Hearst'schen Schwindel erschüttert. Im darauffolgenden Jahre dehnte sich die Bewegung auch auf andere Staaten aus und entfaltete dort beträchtliche Stärke. Seitdem hat die Wählerchaft des Demagogentum Hearst's durchschaut, und dessen Stern begann rasch zu sinken, so daß heute die Independence League auf ihre Kandidaten in den gesamten Bundesstaaten nicht so viele Stimmen vereinigte, als Hearst im Jahre 1905 in der Stadt New York allein erhalten hat. Und dieses klägliche Resultat trotz der Tatsache, daß die Independence League über unbeschränkte Mittel zur Agitation verfügte und daß die Hearst'schen Zeitungen in Millionen von Exemplaren erscheinen und im ganzen Lande gelesen werden.

Mehr Verleumdung hat der Ausfall der Wahl der Sozialistischen Partei bereitet. Zwar ist die von den Gegnern befürchtete und vielbesprochen auch von einzelnen Optimisten in eigenen Lager erhoffte Millionenziffer an Wählerstimmen nicht erreicht worden, jedoch lassen die bis jetzt vorliegenden Resultate einen erfreulichen Fortschritt erkennen. Unsere Stimmengahl ist von 402 000 im Jahre 1904 auf etwa 550 000 — genaue oder amtliche Ziffern liegen noch nicht vor — gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die Aufstellung des konservativen Demokraten Parker im Jahre 1904 uns viele Stimmen von Bryan-Demokraten zugefallen waren, die sich bei der diesmaligen Wahl wieder ins demokratische Lager schlugen. Am günstigsten für uns lauteten die Nachrichten aus den Staaten Oklahoma, Oregon, Washington, Nevada, Californien und Pennsylvania. Eine nur mäßige Stimmenzunahme ist in New York zu verzeichnen, während im Staate Illinois unsere Stimmen zurückgegangen sind. Eine eingehendere Würdigung des sozialistischen Volumens ist erst nach dem Bekanntwerden der genauen Ziffern möglich. Einen Parteigenossen in das nationale Repräsentantenhaus zu wählen, ist nicht gelungen, dagegen wurden im Staate Wisconsin fünf Vertreter in die Staats-Legislatur gewählt.

Größere Veränderungen in der Zusammensetzung des nationalen Repräsentantenhauses haben die Wahlen nicht gebracht. Die Republikaner haben zwar einige Sitze an die Demokraten verloren, verfügen aber immer noch über eine beträchtliche Majorität. Unter diesen Umständen haben die Aussichten für eine Tarifreform und eine Herabsetzung der bestehenden Zölle durch das Wahlresultat eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung erfahren. Unsere Schutzvölker und mit ihnen die Kapitalisten überhaupt fühlen sich nach dem neuesten Erfolg härter als je zuvor. Für Taft ist verständlich, Taft war ihr Mann. An der ersten Rede, die er nach seiner Erwählung zum Präsidenten gehalten, ließ er keine Zweifel darüber, daß die Kapitalisten auf ihn rechnen könnten. Die Arbeiterchaft wird zu spüren bekommen.

Eine sozialistische Krise in Großbritannien.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Die sozialistische Arbeiterbewegung Großbritanniens geht sehr kritischen Tagen entgegen. Unzufriedenheit mit der Wahlpolitik des Vorstandes der Arbeiterpartei und mit der parlamentarischen Haltung der Arbeiterpartei; sozialliberale Bestrebungen, die auf ein Zusammengehen der Arbeiterpartei mit den linksliberalen (Radikalen) abzielen; sozialrevolutionäre Agitation, die auf die Auflösung der Sozialisten von der Arbeiterpartei zielt — so äußert sich gegenwärtig das erste Kräftefeld der Krise, die die Existenz der Arbeiterpartei bedroht. Es scheint, als ob auch die sozialistische Arbeiterbewegung Großbritanniens die Zwistigkeiten durchmachen müßte, die in allen kapitalistischen Ländern ein einheitliches Vorgehen der Sozialisten und Arbeiter erschweren.

Abgesehen von persönlichen Mißverständnissen und Querulanten, die nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen sind, lassen sich die Unstimmigkeiten in Großbritannien darauf zurückführen, daß der Grundgedanke des modernen Sozialismus hier vielfach mißverstanden wird. Aus der durchaus erlöschenden und lobenswerten Arbeit der Sozialisten, das Tempo der Bewegung zu beschleunigen, geht bei ihnen eine gewisse Mißachtung des reinen Arbeiterinteresses her. Sie wollen keine Arbeiterpartei, sondern eine sozialistische Partei. Die Bewegung geht ihnen zu langsam und sie schreiben die Langsamkeit dem Vorherrschen der Arbeiter in der

Leitung der Partei zu. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Wahlpolitik der Arbeiterpartei und die Haltung der Arbeiterpartei im Parlamente energischer, selbständiger und sozialistischer sein könnten. Allein es fragt sich, ob die in der Arbeiterpartei organisierten Massen schon soweit seien, in ein revolutionäres Tempo einzutreten zu können. Die Sozialisten allein können und sollen keine proletarische Partei bilden. Sie sind nur die Vorhut der Arbeiterklasse. Ist es ratsam, daß sich die Vorhut zu weit von der Hauptarmee entferne? Und darum handelt es sich jetzt tatsächlich.

Die Sozialisten Hyndman, Grayson, Gladstone und mit ihnen die Sozialdemokratische Partei, ein Teil der Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party), sowie die Intellektuellen der „New Age“ sind jetzt eifrig an der Arbeit, eine rein sozialistische Partei zu schaffen, die aber nur auf Kosten der noch so vielen Jahre der Propaganda entstandenen Arbeiterpartei zustande kommen kann.

Auf der anderen Seite steht Keir Hardie, der meines Erachtens den Grundgedanken des modernen Sozialismus besser erfaßt hat als diejenigen englischen Sozialisten, die sich marxistisch oder revolutionär nennen. Hardie hält an dem Gedanken der Arbeiterpartei fest und er ist nicht weniger revolutionär und charakterfest wie seine Gegner. Ihm zur Seite steht Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei. Ich habe mit ihm scharfer abgeredet als alle seine Gegner, dennoch kann ich nicht umhin, zu sagen, daß seine allgemeine Politik im gegenwärtigen Augenblick die richtige ist.

Wie weit es schon gekommen ist, dürfte folgender Zwischenfall zeigen. Gestern sollte eine sozialistische Versammlung in Holborn Town Hall (im Mittelpunkt von London) stattfinden. Als Redner waren gemeldet: Hyndman, Grayson und Hardie. Die zwei ersteren lehnten es indes ab, mit Hardie auf einer Tribüne zu erscheinen, so daß dieser es vorzog, von der Versammlung wegzubleiben. Die Ursache der Ablehnung Hyndmans und Graysons war, daß Hardie es unterließ, Grayson bei seiner bekannten Demonstration im Unterhause zu unterstützen.

Eine Anzahl von Organisationen der Independent Labour Party hat den Antrag gestellt, einen außerordentlichen Kongress der Partei einzuberufen, um die Taktik der Partei festzustellen.

In der laufenden Nummer der „Socialist Review“ schreibt ihr Redakteur (Macdonald): „Der vorsichtige Sozialist, der die gegenwärtig wütenden Einflüsse Radikal... sieht, daß die Entstehung einer sozialistisch-linksliberalen Gruppe (Socialist-Radical) zu einer ersten Erschlüpfung aller politischen Vereinigungen führen könnte. Die Ausschließung des rechten sozialistischen Flügels, die durch die fortgesetzten Angriffe, sowie durch das Gefühl, daß man ihn nicht braucht, verhindert werden kann... ist für die Entwicklung einer sozialistischen Politik und Organisation gefährlicher, als die Ausschließung des linken Flügels, dessen Methode unzweifelhaft ist und der ein wohlbedachter Plan folgt. In einem Lande, das durch die Stimmen der Volksmassen regiert wird, hängt der Erfolg des Sozialismus davon ab, ob er zum Kerne einer großen politischen Kraft werden kann — einer sozialreformatorischen (Socialist) Kraft, gleich der Arbeiterpartei, aber nicht notwendigerweise einer sozialistischen.“

Dem Auslande könnte dieser ganze Streit dem der Marxisten und Revisionisten gleichgültig sein. Aber dem ist nicht so. Hier handelt es sich vielmehr um die Frage: Sind die in der Arbeiterpartei organisierten Massen in eine sozialrevolutionäre Taktik hineinzuzwingen, oder soll man sie zum Verständnis des Sozialismus heranziehen lassen?

Es ist freilich für einen Sozialisten unmöglich, in einer derartigen Frage unparteiisch zu bleiben. Aber mit Recht die Politik Hardie's der gegenwärtigen geistigen Verfassung der Gewerkschaften besser zu entsprechen, als die der revolutionären Intellektuellen.

Macdonald darf allerdings zum Revisionisten gestempelt werden, allein im gegenwärtigen Augenblick handelt er im Interesse der Einheit der Arbeiterpartei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November 1908.

Rheinlands Doppelfälschung.

Aus dem Reichstag (21. November). Würde man nach den bisherigen Reden der Parteivertreter der Sozialdemokratischen Finanzreform das Horoskop stellen, so bliebe herzlich wenig davon übrig. Die Sozialdemokratie wie die Polen lehnen die Vorlage überhaupt ab, da sie keinerlei Vertrauen zur Regierung haben. Aber auch von den übrigen Parteien wurden so viel Ausstellungen an den Einzelheiten gemacht, daß eine sofortige Abstimmung höchstens die Annahme der Tabaksteuer, aber die Ablehnung jeder anderen Steuer, natürlich mit verschiedenen Modifikationen, ergeben würde. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Spahn namens des Zentrums sich auch gegen die Erbschafts- und Nachlasssteuer erklärte. Offenbar labiert das Zentrum zu den Konservativen hinüber, obgleich es sonst nicht so bewilligungslustig ist wie die Junker- und Hofpartei.

Herr Baasche war zwar regierungsfreundlicher als das Zentrum, aber von der Bindung der Matrularbeiträge wollte doch er nichts wissen. Dagegen trat er für eine Reichsversicherung ein.

Das brachte den preussischen Finanzminister v. Rheinbaben auf die Palme. Er hielt „im Interesse der Einzelstaaten“ die nämliche Rede gegen direkte Reichssteuern, die wir seit Jahren bei jeder solchen Gelegenheit von ihm zu hören bekommen haben. Dann aber wandte er sich gegen Benders gestrigen Protest, daß die deutschen Arbeiter nicht noch mehr durch indirekte Steuern belastet werden dürften. Er glaubte, durch die bekannten Statistiken über die Steigerung des Nominalwertes der kleinen Einkommen das Plähen und Gedeihen der deutschen Arbeiter beweisen zu können. Dieses Argument war nicht neu. Herr v. Rheinbaben bewies durch dessen abermalige Verwendung indes nur, daß alle früheren Nachweise von der Relativität dieser Einkommenssteigerung bei ihm auf taube Ohren gestossen sind.

Neu und deshalb einer besonderen Würdigung wert war aber ein Trif, den der geschickteste Verwalter der preussischen Finanzen anwandte, um die Gewerkschafts- und Parteibeiträge der sozialdemokratischen Arbeiter den ihnen abverlangten Steuern entgegenzustellen. Schon diese Gegenüberstellung an sich ist unbedeutend. Denn für die Gewerkschaft und die Partei zahlt der sozialdemokratische Arbeiter Beiträge, um sich in Fällen der Not und Arbeitslosigkeit eine Beihilfe zu sichern, um die Kampfmittel aufzubringen zur Erringung einer besseren Lebenshaltung, um Waffen zu schaffen für den politischen Kampf, der schließlich auch auf Verbesserung der Lebenshaltung hinabwirft. Es sind das also gewissermaßen Unkosten der Lebenshaltung überhaupt. Auch das ist schon oft genug den Schülern des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erwidert worden,

Reichstag.

165. Sitzung. Sonnabend, den 21. November, vormittags 11 Uhr.

Im Bundesratssitz: S y d o w.

Auf der Tagesordnung steht

Fortsetzung der Beratung der Reichsfinanzreform.

Herr Dr. Spahn (Z.): Die politische wie die finanzielle Lage des Reiches ist eine überaus unsichere, und dabei werden Forderungen an uns gestellt, wie sie bisher noch keinem Reichstag zugemutet sind. Nicht erst der jetzige Reichschatzsekretär, sondern auch die früheren haben wiederholt versucht, in unsere Finanzen Ordnung zu bringen, bisher jedoch vergeblich. Bei der jetzigen Finanzlage ist es nicht angebracht, Steuern, die wir haben, fahren zu lassen. Die Ermäßigung der Zuckerversteuer wird den Zucker nicht verbilligen. Daher sollte man diese 35 Millionen Mark beibehalten. Ebenso sollte man die Fahrkartensteuer nicht aufheben, denn die nach den niederen Klassen abgewanderten Reisenden werden in die höheren Klassen nicht zurückkehren. Unangebracht wäre auch jeder Verzicht auf die gestundeten Matrikularbeiträge, denn die Staats der größeren Einzelstaaten zeigen sämtlich Leberchüße.

Bei der letzten Zusammenkunft des Kaisers mit König Eduard hat nach Zeitungsberichten dieser das Anwachsen der Flottenrüstungen zur Sprache gebracht. Hier handelte es sich doch nicht um allgemeine phantastische Abrüstungspläne, sondern um eine Anregung von weittragender Bedeutung, durch welche bei einer freien Verhandlung der Nationen vielleicht erhebliche Summen gespart werden könnten. Gestern ist uns auch Sparjamkeit bei Bauten und bei dem Beamtenhaar empfohlen worden. Man gewinnt allerdings den Eindruck, daß der Staat weit öpulentier mit seinem Personal umgeht als ein Kaufmann. Vor Jahren schon forderte ich die Streichung einzelner Beamtenstellen, fand hier jedoch keine Gegenliebe. Zur Erhöhung der Steuerkraft forderte Herr Spahn auch Sparjamkeit im Privatleben. Ich habe als Student der Volkswirtschaftslehre — zu jener Zeit war der Herr Reichschatzsekretär noch Leutnant (Große Heiterkeit) — gelernt, der Luxus sei es, der unserer Volkswirtschaft zur Blüte fehle. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Reichschatzsekretär verglich Deutschland nach einem Zitat aus Schiller mit dem hoffnungsvollen vorwärts stürmenden Jüngling. Wenn seine Sparjamkeitsregeln angewendet werden, wird ihm das Ausland vielleicht den Schlußvers des Zitats vorhalten: „Still auf gerettetem Kahn treibt in den Hafen der Greis!“ (Erneute Heiterkeit.)

Der Bedarfswachstums, den der Staatssekretär aufgestellt hat, erscheint uns nicht ausreichend. In der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ ist dargelegt, daß wir mit 300 statt mit 500 Millionen Mark auskommen werden. — Auf die Frage, wie das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern sich stellt, will ich ausführlich nicht eingehen. Ich will nur bemerken, daß auf eine Mark direkter Steuer pro Kopf der Bevölkerung heute 3,24 Mark indirekter entfallen. Meine Parteifreunde sind aber der Ansicht, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen bleiben müssen, damit diese die ihnen durch die Verfassung zugewiesenen Aufgaben erfüllen. Außerdem ist der Besitz schon sehr stark belastet. So trägt ein Einkommen von 20000 M. zur Hälfte aus Grundbesitz 18 Proz. Staats-, Gemeinde-, Kirchensteuern usw. (Lebhaftes Hörl hört rechts und im Zentrum.) — Die neuen Steuern haben durchweg die Tendenz, den Mittelstand zu schädigen. Mittelstandsfreundschaft scheint leider der Grundzug der Sydow'schen Finanzreform zu sein.

Rechner geht die einzelnen vorgeschlagenen Steuern durch: Das Branntweinmonopolgesetz verwerfen wir; sind aber bereit, in eine anderweitige Mehrbelastung des Tabaks zu willigen. Die Braunkohle, wie sie vorgeschlagen wird, begünstigt die Großbetriebe auf Kosten der mittleren und kleinen und verteuert das Bier im Einzelkonsum. Der Tabak kann belastet werden; aber die vorgeschlagene Form der Bändersteuer müssen wir im Hinblick auf Industrie und Arbeiter ablehnen. Ebenso müssen wir die Weinsteuern ablehnen, die keineswegs auf die Konsumenten abwälzbar ist. Schon jetzt werfen die Weingüter eine viel zu geringe Rente ab. Die württembergische Regierung hat in ihrem Landtag erklärt, sie habe im Bundesrat gegen die Weinsteuern gestimmt. Warum ist kein Bevollmächtigter der württembergischen Regierung zum Bundesrat hier, um auch hier ihre Stellung darzulegen? Auch gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer müssen wir uns wenden, deren Durchführung auch technisch sehr schwierig wäre. In Bayern wird sehr großer Wert auf die Ablehnung gelegt, weil dort auch der Plan der Elektrifizierung der Bahnen besteht. Von der Inzertensteuer meinte der Schatzsekretär, würde nicht die Presse betreffen, sondern die Inzerten würden sie tragen. Für die kleine Presse trifft das sicher nicht zu. Sie würde durch diese Steuer schwer belastet, und gerade sie zu erhalten, haben wir alles Interesse. Ueber die Erweiterung der Erbschaftsteuer und über die Nachlasssteuer

lehnt es nicht zu sprechen. Nach der gestern abgegebenen Erklärung der Konserwativen halte ich es für unwahrscheinlich, daß diese Steuer auf der Waise bleibe. Jedenfalls wollen wir nicht ihre Geburtsheifer sein. Mit der Festlegung der Matrikularbeiträge für fünf Jahre würde das Budgetrecht des Reichstages geradezu beseitigt, während der Reichstag allen Anlaß hat, an den Rechten festzuhalten, die ihm zustehen. Die Schuldentilgungspläne sind sehr schön, doch wird es mit ihnen gehen, wie mit allen früheren: sie kommen aufs Papier und bleiben da stehen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Zum Schluß meinte der Staatssekretär: wenn die Steuern abgelehnt werden, müsse der Reichstag andere vorschlagen. Der Bundesrat lasse sich auf Käsefetzen nicht ein. In dieser Bemerkung wird die Stellung des Reichstages verkannt. Unsere Pflicht ist, die einzelnen Vorlagen zu prüfen, und bei dieser Prüfung lassen wir uns von den Prinzipien nicht abbringen, die wir für unser Einkommens- und Ausgabenrecht aufgestellt haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn wir zur Ablehnung der Vorlagen kommen, so ist die Folge kein Käsefetzen, sondern es müssen uns andere Vorschläge gemacht werden. Der Staatssekretär soll dann seinen Appell nicht an unsere Vaterlandsliebe richten, sondern an die Vaterlandsliebe des Bundesrats. (Bravol im Zentrum.)

Schatzsekretär Sydow:

Anfangs hatte ich die Absicht, in dieser Debatte erst wieder das Wort zu ergreifen, wenn die Redner aller Parteien gesprochen haben. Ich muß aber auf einige allgemeine Gesichtspunkte, die der Vorredner erwähnt hat, doch eingehen. Er hat darauf hingewiesen, daß mein Amtsvorgänger vor drei Jahren glaubte, mit einer Forderung von 24 Millionen Mark für einige Jahre auskommen zu können. Die damals bewilligten Steuern bringen aber effektiv nur 110 bis 120 Millionen, und dazu kommen neue Ausgaben, welche vom Reichstage bewilligt sind, besonders der erweiterte Ausbau der Flotte. Ferner die bevorstehenden Ausgaben für die Erhöhungen der Beamtenbesoldungen. Weiter wünscht der Reichstag eine Aufbesserung der Mannschaftslöhne beim Meer und bei der Marine. Alles das verursacht Ausgaben, welche im Jahre 1906 nicht vorhergesehen werden konnten. — Der Vorredner führte den Rückgang des Kurses unserer Anleihen auf die allgemeine Weltlage zurück. Das ist zweifellos richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß die ständige Beunruhigung des Anleihemarktes zu diesem Kurstodung beigetragen hat. Doch die brandenburgische Klausel die Schuldenwirtschaft nicht beeinflusst habe, kann ich dem Vorredner nicht zugeben. Gerade auf ihrer Grundlage sind die Leberweisungen an die Einzelstaaten höher gewesen als die Matrikularbeiträge. Was die Bedarfswachstums betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß sie in der Kommission im einzelnen sehr genau dargelegt werden sollen. Der Vorredner sieht kein Bedenken darin, die aufgeschobenen Matrikularbeiträge den Bundesstaaten zur Last zu legen, von denen er meint, daß sie Leberchüße hätten. Ich kenne zwar nicht die Etats aller Einzelstaaten, aber doch einige, und ich weiß, daß — um einen Ausdruck des Vorredners zu gebrauchen — die mittleren und kleineren Betriebe (Heiterkeit) in großer Verlegenheit sind und daß auch in den größeren Staaten wegen der Erhöhungen der Beamtenbesoldungen neue Steuerprojekte vorbereitet werden! Weiter ist gesagt, daß hier dauernde Einnahmen verlangt werden, während ein Teil der Ausgaben verschwinden wird. Ich glaube jedoch, mit den 500 Millionen ist eher knapp auszukommen als das Gegenteil. Das Defizit für das laufende Jahr wird gegen die Rechnung 100 Millionen Mark übersteigen, und dessen Deckung ist hier noch gar nicht vorgesehen. (Hörl hört links und im Zentrum.)

An der Spitze seiner Erörterungen über die einzelnen Steuern wies der Vorredner auf den § 6 des Flottengesetzes hin. Ich kann nur sagen, daß dieser Paragraph vielleicht ein Meisterstück parlamentarischer Geschicklichkeit ist, nicht aber ein Meisterstück der Finanzpolitik. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, er geht von der übermühten Auffassung aus, als könne der Bau und die Verstärkung unserer Flotte nur den Westinghouse zugute, während sie dem gesamten Vaterland zugute kommt. In der Kommission glaube ich noch nachweisen zu können, daß die Mehrausgaben für die Flotte durch Mehreinnahmen gedeckt worden sind, die dem § 6 des Flottengesetzes entsprechen. Doch lege ich darauf keinen entscheidenden Wert. Wir müssen vielmehr den Etat als ein Ganzes ansehen und die notwendigen Ausgaben aus allen Quellen bestreiten.

Bei der Branntwein-, der Brausteuern, der Tabaksteuer, meinte der Vorredner, würden die mittleren Betriebe nicht genügend geschützt. Doch kann ich ihm das nicht zugeben. Ebenso habe ich auch bei der Elektrizitätssteuer den Nachweis geführt, daß dabei die mittleren und kleinen Betriebe am besten fortkommen. Rechner verteidigt die Bindung der Matrikularbeiträge und bestreitet, daß dadurch das Budgetrecht des Reichstages beeinträchtigt wird. Das Ausgabebewilligungsrecht wird doch dadurch nicht angefaßt. — Die Abschaffung des stehenden Heeres, wie Abg. Seyer sie fordert, würde schließlich mehr kosten als die Ausgaben für das Heer. —

Die Steuerprojekte des Herrn Raab wird das Reichschatzamt in sorgfältige Erwägung ziehen, sobald es Zeit hat. (Heiterkeit.)

Herr Dr. Baasche (nalk.): Die Reden der Abg. Spahn und Raab waren leider wesentlich negativ. Die Sozialdemokraten sagen diesmal: „Keinen Groschen vor Festlegung der Ministerverantwortlichkeit.“ Sie würden auch sonst keinen Groschen bewilligen. Im übrigen darf man auf die Reden erster Sitzung kein allzu hohes Gewicht legen. Man läßt sich oft nachher aufklären. Namentlich gilt das vom Zentrum. (Große Heiterkeit.) Man sollte doch übrigens unsere Finanzlage nicht als zu schlimm hinstellen. Auch anderwärts, z. B. in dem uns jetzt immer als Muster hingestellten England, sind geradezu erschreckende Kurstürze der Anleihen vorgekommen. In 10 Jahren stürzten die 4-prozentigen um 30 Proz. (Hörl hört!) In Frankreich steigt der bei uns glücklicherweise nicht vorhandene Mangel an industriellem Unternehmungsgeist das Rentenbedürfnis nach Staatspapieren. Aber wenn man neue Steuern will, pflegt man immer schwarz in schwarz zu malen. Doch sollte man bedenken, daß man gerade dadurch den Kredit schädigt. — Die Hauptschuld an der immerhin in beträchtlichem Umfange bestehenden Finanznot trägt zweifellos die Regierung mit ihren ewigen reichsverfassungswidrigen Aufschubparolen, die sie uns zugemutet hat. Was sollte der Reichstag tun, wenn ihm während Bewilligungen aus patriotischer Pflicht zugemutet werden? (Abg. Erzberger ruft: Lebt er sie ab, wird er aufgeblöht! — Große Heiterkeit.)

Alle Redner, einschließlich des Kollegen Seyer, stimmten darin überein, daß zu der Bewilligung neuer Steuern eine Änderung des Finanzgebarens treten müsse. Es muß endlich reinliche Scheidung zwischen den Reichs- und Staatsfinanzen eintreten. Große Beachtung verdient auch die Frage der Kommunalfinanzien. Die großen Gemeinden stellen an die Steuerzahler oft größere Ansprüche als Reich und Staat zusammen. Die Vertikumssteuer muß den Kommunen überlassen werden.

Ob wirklich 500 Millionen neuer Steuern nötig sind, bleibt zu prüfen. Gespart werden kann vielerorts, ohne daß deshalb gekaufert zu werden braucht. Wir haben viel unnützes Schreibwerk und überflüssigen Plutokrat, z. B. an Uniformen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben von Anfang an verlangt, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zu den neuen Lasten herangezogen werde. Die Regierung hat das zu tun versucht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Rechner wendet sich den einzelnen Steuern zu und stellt sich dem Branntweinmonopol durchweg sympathisch gegenüber. Es wird dadurch freilich ein großes Beamtenheer geschaffen, man darf aber dessen politische Gefahr nicht überschätzen. Heutzutage lassen sich die Beamten bei den Wahlen nicht von der Regierung beeinflussen. (Anhaltendes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Viel eher lassen sie sich von dem sozialdemokratischen Terrorismus beeinflussen. (Lärmender Beifall rechts.) Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Branntweinmonopol der Spirituszentrale hat dem Staatsmonopol trefflich vorgearbeitet. Die Biersteuer soll eine Verbrauchsabgabe sein und unterscheidet sich dadurch von der bisherigen Biersteuer, die im wesentlichen eine Gewerbesteuer war, welche vornehmlich die großen Brauereien tragen sollten. Das Gewerbe wieder zu besteuern, liegt kein Anlaß vor. Sie werden mir zugeben, daß es doch keine Sünde ist, Bierbrauer zu sein (Große Heiterkeit), wohl aber ist es möglich, dem Bierkonsum eine Steuer aufzuerlegen, ohne daß der Gastwirtland gedrückt wird.

Die Weinsteuern trifft in ihrer vorgeschlagenen Form die Singer und ist deshalb unbrauchbar. Bei der Tabaksteuer sind meine Freunde einstimmig der Meinung, daß eine Bändersteuer für uns nicht in Frage kommen kann. (Bravol links.) In anderer Form wären wir bereit, den Tabak entsprechend seiner Leistungsfähigkeit heranzuziehen.

Bezüglich der anderen Steuern sagen die Motive: man habe nach solchen Steuern gesucht, welche die meisten Erträge geben. Das ist aber nicht ein Gesichtspunkt ausgleichender Gerechtigkeit. Die Gas- und Elektrizitätssteuer trifft denn auch direkt das Gewerbeleben und schädigt aus schwerer den Mittelstand. Wäre eine Luxussteuer auf elektrische Lichter möglich, so ließe sich darüber reden. Kann man aber die Besteuerung des elektrischen Lichtes und der elektrischen Kraft nicht trennen, so muß man das Ganze lassen. Auch von der Inzertensteuer gilt, daß die Großindustriellen durch sie nicht getroffen werden. Daß man Plakate besteuern kann, wird ja allgemein zugegeben. Inwiefern eine Restbesteuerung wirklich eintreten kann, wird die Kommissionsberatung ergeben. Gegen die Nachlasssteuer sind auch bei meinen Freunden erhebliche Bedenken vorhanden, die nicht zu beseitigen sind. Die Abschaffung des Nachlasses wird eine sehr rigorose sein müssen und eine große Erbitterung hervorrufen, sobald wir die Verantwortung für sie nicht übernehmen können. Bei einer Reichsvermögenssteuer tritt zwar auch eine Schädigung des Vermögens ein, aber nicht entfernt so rigoros, weil es sich um einen

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Blaue Berge“, Komödie von Max Halbe. Blaue Berge! Der Titel scheint eine Symbole zu versprechen, welche die lodende Sehnsucht ins Weite, die romantischen, so oft von Eitelkeit und Ehrgeiz beflügelt, Träume einer unbestimmten Steigerung der Daseinsfreude und Schaffenskraft mit leiser, vielleicht etwas wehmütiger Ironie versponnt. Das hätte interessant sein können. Zum Unglück kam es anders. Die hübsche Devisse deckte ein directionslos zwischen fatalen Hoffenspäßen und noch fatalerer Gewissensbisse hin- und her-schwankendes Theaterstück. Die einzige Sehnsucht, die man lebendig miterlebte, war, daß es nicht allzu lange bis zum Hallen des Bordanges dauern möge. Nur am Schluß gab es eine Szene, in der intimere Töne anlangen. Der Vater Mühlenbruch wird da nach einer schief abgelaufenen Liebesaffäre — eine unglücklich schöne Operettenfängerin hatte ihm zur großen Leidenschaft und damit zur Auffrischung seiner Existenzfähigkeit verfallen — von dem reifen jugendlichen, nur gar zu nachgiebigen Gattin schlicht und herzlich wieder aufgenommen, eine Szene, mit der alle früheren Seitenstränge des großen Mannes gleichfalls endeten. Dies mag der Kern des Stückes, von dem die weitere Erfindung ausging, gewesen sein. Aber weder Mann noch Frau erhalten durch das übrige eine Beleuchtung, die Anteilnahme für sie wecken könnte. Mit welcher Fülle liebenswürdig menschenkundiger Ironie hat dagegen der schon halb vergessene alte Heise eine ähnliche Situation in seiner reizenden Künstlernovelle „Das Glück von Reichenburg“ gestaltet, wie reißt sich da organisch Jug an Jug, wie steigert sich die lustige Wirkung in des Vaterleins Blamage und dem drollig selbstverständlichen Triumph der stillen Ehehälfte! Der Vater Halbes ist bei allem Ueberflusse an Jahren, den er vor Heises Würschchen voraus hat, in seiner Schwärmerei für blaue Berge um kein Haar breit bedeutamer oder gereifter und wird dabei statt überlegen humoristisch, unaussprechlich respektvoll behandelt. Sein Autor will ihn offenbar ernsthaft genommen wissen, Präventionen, die in lächerlichem Mißverhältnis zu der Puppenhaftigkeit des Ganzen stehen! Und schließlich macht auch noch die — Operettenfängerin derartige Ansprüche. Zwar hat die idyllische Dame das Verhängnis, wie mal die Welt ist, ihre Liebsten nach dem Maßstab der Zahlungsfähigkeit zu wählen. Aber darum erscheint der Schwarm der Seele nur noch bewunderungswürdiger. Sie schwärmt für Kunst und hat sich Hand in Hand damit eine ganz verblüffend-vergnügte Theorie zurechtgemacht, nach der sie Herrn Mühlenbruch just darum, weil sie ihn liebt, ihre Gunst nicht schenken darf. Der

Mensch, vor allem der Mensch als Künstler, braucht die große Sehnsucht. Die Künstler sind wie Kanarienvögel, die am schönsten singen, wenn sie hungern. Wo bleibt dann also die Sehnsucht und Kunst, wenn die tiefsten Liebeswünsche erfüllt sind? Mit solchen edlen Reden unterhält die Dame in den Pausen ihrer sonstigen kollektiveren Publikation und Liebhaber, bis die Gelegenheit für sie verpaßt ist. Dann tut's ihr leid. Daneben läuft in wunderlichem Kontrast auch eine Parodie auf Deladanten- und Aesthetentum. Freilich eine höchst outrierte. Eine junger Milliardär tritt auf, der seinen Modernismus durch wüste Prahlereien und Ungeschicklichkeit betätigt. Voller gelungener ist sein Sekretär, der bleichsichtige Verkünder einer neuen Ära rein erotischer Kultur. Einem Lustspielonkel ältesten Stils fällt die Funktion zu, die aus dem Reim gegangene Ehe wieder einzurichten.

Die Schauspielerei bemühen sich um ihre Rollen, doch keiner hatte eine Aufgabe, in der sich etwas leisten ließ. Am Schluß opponierte dem unvermeidlichen Applaus ein energisches Zischen. dt.

Kleines Theater. „Moral“, Komödie von Ludwig Thoma. (Die Buchausgabe erschien im Verlage von A. Langen in München.) „Was ist wichtiger: daß man Moral besitzt oder daß man Moral zeigt?“ Diese Frage wirft der Komiker Veermann, Vorfigender des Sittlichkeitsvereins, in dieser Komödie auf, und er findet, daß man zwar nicht sagen könne, was Moral ist, daß man aber dem Volke den Glauben an die Moral der höheren Klassen erhalten müsse. So spricht das wohlhabende Bürgertum. Der Vertreter der Autorität, der öffentlichen Ordnung und Sitte, der Polizeipräsident, aber gibt einem unerfahrenen Untergebenen die gute Belehrung: „Es gibt eine Moral, über die man sich privatim sehr anregend unterhalten kann. Die darf man aber nicht öffentlich begreifen.“ Aber es gibt auch eine öffentliche Moral. Die hat sehr präzis Grenzen. Zum Beispiel: den Ekel.“ In den beiden Reden ist das Thema von der doppelten Moral gegeben, die Thoma auf die lustigste Weise versponnt. Nicht mit dem schweren Geschütz pathetischer Anklagen und lebensschmerzlicher Satire, sondern mit den leichten Waffen der Komödie rückt er gegen das falsche Bürgertum und die sozialen Stützen der Moral und die hohe Polizei aus. Die Heuchelei wird aufs tödlichste getroffen, indem sie lächerlich gemacht wird und die hohe Obrigkeit wird in ihrer ganzen Unfähigkeit, Aufgeblasenheit, in ihrem kiederlichen Egoismus als reinstes Massenorgan der Vertuschung aufs schönste bloßgestellt. Und das komische bei der Sache ist, daß die in allen Farben der Tugenden und der nationalen Ehre schillernde Sittensphäre platt wegen einer galanten Alerweltedame, mit der sich die Ordnungswächter, Sittenswächter und schließlich auch — der Gröpsing kompromittiert haben.

Die Vorgänge, die ja durch die Tatsache, daß sie sich in Wirklichkeit zugetragen haben, nicht unwahrscheinlicher werden, hat Thoma nach Emilsburg, der Hauptstadt des Herzogtums Gerolstein, verlegt. Sie spielen in der Zeit einer nationalen Hochkonjunktur. Das Vaterland ist wieder einmal in Gefahr, und der Rentier Veermann kandidiert, eben weil er kein ausgeprochener Politiker ist, als Kandidat der konserwativen liberalen Vereinigung. Politik und Psychologie des guten Bürgerturns wird in ein etwas breit-behaglicher Weise im ersten Akte entwickelt. Ein weiblicher Rationneur und ein lakonischer Justizrat sorgen dafür, daß die politischen und moralischen Vaterlandskrieger sogleich ins rechte Licht gerückt werden. Das liberale Bürgerturn muß eine nationale Aufgabe haben, mit der es spielen kann, spottet der Justizrat. Vor allem aber werden die Macher des neugegründeten Sittlichkeitsvereins hergenommen. Hier ruft Thoma seine Besondere in den Komödien: „Die Medaille“, „Die Lokalbahn“ bewährte Kunst komischer Konstruierung aus. Wenn der deutsche aller Professoren, der sich eben gerührt hat, im Interesse der Sache die vollständigste Sammlung objektiv produktion angelegt zu haben, im schönsten Pathos das Lob der deutschen Reuechtheit in langen Zitaten aus Tacitus singt, während die biederen Kommerzienräte ihn im Stet hineinlegen, das erschüttert die steifsten Zwerchmelle. Sie ahnen, daß die so stolz zur Schau getragene Sittlichkeit irgendwo ein Löchchen hat und daß der Topf nicht lange mehr halten wird.

Im zweiten Akt wird die Rehrseite der Medaille enthüllt. Der strebsame, schneidige, aber auf Staatsstraßen noch nicht eingeschulte Kollegienprofessor Ströbel (der Wustertypus eines bornierten und von Autorität aufgeblasenen Beamten) hat eine zweifelhafte Dame mit sehr viel Herrenverehrung verheiratet. In seinem Eifer hofft er eine große Affäre daraus zu machen. Hat doch das Dämchen ein (nimmweil beschlaghaftes) Tagebuch geführt, in dem ihre Verkehr mit Namen und Stand getreulich vermerkt sind. Die Vernehmung der Hochstatter alias Hauteville durch den Professor gehört zu dem ergötlichsten, was je über und gegen die Polizei geschrieben ist. Madame macht sich über die blinde Eut und die Unbeholfenheit des Unerfahrenen aufs schönste lustig. Sie deutet an, daß sie nur einen Namen zu nennen braucht, um sofort frei zu werden, daß aber die Disziplin sie daran hindere. Und als nun der Professor ihre Unfähigkeit in Frage zieht, muß er aus ihrem Munde Wahrheiten hören sowohl über die bürgerliche Moral (die man in der Garderobe der Stofotten abgibt), wie über die gleiche Lage von Polizei und Stofotten (die beide den Kredit der Tugend ruinieren können, aber es nicht tun), auf die er nichts zu erwidern weiß. Im Polizeibureau erscheint dann Seine Moralität der Herr Veermann, um namens des Sittlichkeitsvereins bei dem Herrn, „der die Sittlichkeit unter sich

viel geringeren Betrag handelt. In Preußen, wo die Vermögenssteuer besteht, fühlte sich durch die Einschätzung niemand beschwert. Wenn im Laufe der Verhandlungen so manche Hoffnung zu Grunde getragen sein wird, so hoffe ich, werden auch die Herren von den Einzelstaaten einsehen, daß diese Steuer nur ein gerodeter Acker für die Verbesserung des Massenverbrauchs ist. Die Habakostensteuer, die man erst vor 2 Jahren eingeführt hat, will man jetzt wieder beseitigen, weil sie unbeliebt ist. Glauben Sie denn, daß die anderen Steuern beliebt sein werden? (Heiterkeit.) Man sollte höchstens an eine Reform der Steuer denken. Nach drei bis vier Monaten wird das Bild ja ein wesentlich anderes sein, und ich hoffe, daß wir in engerer Arbeit das große Werk der Finanzreform doch zustande bringen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister von Rheinbaben:

Dem Redner bin ich aufrichtig dankbar für die Erklärung, daß er zur Mitarbeit trotz aller Bedenken bereit ist. Gegenüber dem Sinken der Staatsschuld in England und in Frankreich sind unsere Schulden bedächtig gemessen. Das legt uns geradezu die Pflicht auf, in unserer Finanzwirtschaft Wandel zu schaffen. Herr Dr. Spahn hat sich dafür ausgesprochen, daß die Einzelstaaten auch die getriebenen Beitragsbeiträge tragen müßten. Wenn das wirklich beschloffen wird, so müßten sie diese, da sie aus laufenden Mitteln nicht decken können, durch Anleihen decken, das aber widerspricht durchaus dem Geist der Verfassung. (Sehr richtig! recht.) Auch wurde bei der Stundung ja implizite (nicht ausdrücklich, aber dem Wesen nach) anerkannt, daß die Einzelstaaten diese Lasten nicht tragen können.

Herr Raasche hat unser bisheriges Verhältnis als das eines Ausgabebewilligungsrechts auf fremde Taschen bezeichnet, und das ist richtig; es werden Ausgaben bewilligt, welche die Einzelstaaten zu zahlen haben. Unter solchen Umständen müßte der Ruf nach Sparhaftigkeit nicht. Ich möchte den studierenden Sohn sehen, der sparsam lebt, wenn er sicher ist, daß sein Herr Papa die Wechsel auf alle Fälle einlösen muß. (Heiterkeit und sehr gut!) Wäre ich Reichstagsabgeordneter, so würde ich in erster Linie darauf hinarbeiten, die Position des Reichsschatzsekretärs zu stärken. Das können Sie aber nur, wenn Sie ihm ein Schutzmittel gegenüber allen anderen Ressorts geben. Seine Position gegenüber den anderen Verwaltungen wird unannehmbar, wenn er sagen kann: Bundesrat sühnt, die Erhöhung der Beitragsbeiträge von im Bundesrat schwer, die Erhöhung der Beitragsbeiträge von 40 Pf. pro Kopf auf 80 Pf. zu erreichen. Wir haben aber zugestimmt, um dem Reichstag zu zeigen, daß wir bereit sind, zu übernehmen, was irgend möglich ist. Ihre Zustimmung wird ja nicht für eine dauernde Bindung erbeten, sondern nur für eine absehbare Zeit, damit die Bundesstaaten mit festen übersehlichen Größen rechnen können. Nach 5 Jahren werden Sie dann wieder in der Lage sein, zu beschließen, was Ihnen gut dünkt. In das Recht des Reichstages wird hiermit nicht eingegriffen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß die Stärke des Reichstages nicht in der Einnahmehewilligung liegt, sondern in der Bewilligung der Ausgaben, und in diese wird in keiner Richtung eingegriffen.

Herr Raasche kam wieder auf die Vermögenssteuer. Die Einzelstaaten scheuen sich gegen die Reichsbeamten- und Reichseinkommensteuer nicht aus Eigensinn, sondern in dem Bewußtsein, daß ihre eigenen dringenden Kulturaufgaben leiden müßten, wenn ihnen diese Quellen entzogen werden. In Preußen sind die Staatsausgaben in der 10jährigen Periode von 1898 bis 1908 von 447 auf 657 Millionen Mark gestiegen, also um 50 Proz., und dieser Steigerung der Ausgaben wird auch künftig nicht Halt geboten werden; denn unvermeidlicherweise ist auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eine blühende Entwicklung vorhanden. Besonders beteiligt an den Ausgaben ist das Kultusministerium, welches z. B. die Ausgaben für das Elementarunterrichtswesen um 60 Proz. gesteigert hat, und auf diesem Gebiete liegen auch in der Zukunft noch große Aufgaben. Wenn Sie den Einzelstaaten das Gebiet der direkten Steuern wesentlich beschneiden, so müssen die verbleibenden kulturellen Aufgaben Schaden leiden, und das kann Ihre Absicht nicht sein. Beim Kranksein der Einzelglieder ist eine Befreiung des ganzen Reiches nicht möglich. Aus diesen Gründen hat auch ein Parteigenosse des Herrn Dr. Raasche, Geheimrat Wittling, ebenso Professor Laband sich gegen die direkten Reichsteuern ausgesprochen. — Die Zahl der Städte, die kommunal-zuschläge über 100, ja über 200 Proz. erheben, hat sich erschreckend vervielfacht, und diese Zuschläge sind im wesentlichen durch Aufwendungen für die ärmere Bevölkerung verursacht.

Herr Geher klagte über die Last der indirekten Steuern und schilderte die Lage der Arbeiterklasse als außerordentlich ungünstig. Über die Zahl der preussischen Jeniten hat sich in 12 Jahren von 8 auf 15 Millionen erhöht. (Hört! hört! recht.) Der Sozialdemokrat Calver hat ausgerechnet, daß die Kosten der Lebenshaltung um 25 Proz. gestiegen sind, während die Arbeitslöhne im Durchschnitt um 18 Proz. gestiegen sind. (Hört! hört! recht.) Die sozialdemokratischen Gewerkschaften nahmen 1893 2 Millionen, 1907 61 Millionen ein. (Hört! hört! recht.) Die sozialdemokratische Partei bestreut ihre Mitglieder mit 17 M. pro Kopf, die Gewerk-

schaften mit 25 M. jährlich, das macht 42 M. (Lauter Rufe: Hört! hört! recht.) Geher heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Abg. Geher rufte: So ein Blech! Und nun vergleiche man mit den 42 M. die 450 M. Genusshüter, die das Reich haben will. (Anhaltende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Beifall recht.)

Abg. v. Dastembowski (Pole): Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir zu einer Regierung kein Vertrauen haben, die das konstitutionelle Prinzip mißachtet. Die Forderung nach einem gerechteren preussischen Wahlrecht ablehnt, die Gleichberechtigung der Nationalität mit Füßen tritt, einem Teil der Reichsangehörigen das Versammlungswort, ja das Recht des Grundbesitzes und des Häuserbaues nimmt und unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten das freie Wort unterdrückt. (Sehr wahr! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Trotz unserer Ablehnung sind wir aber zur Mitarbeit in der Kommission bereit und werden uns bemühen, die schwachen Schultern zu entlasten. (Lebhafter Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Darauf vertogt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Radbod.

Reinwaschungsversuche.

Daß die Bergwerksgesellschaft „Trier“ versucht, sich von Mitschuld an der Katastrophe von Radbod reinzuwaschen, ist erklärlich. Sie gibt in der bürgerlichen Presse eine Darstellung, nach der geschlossen werden soll, das fürchterliche Ereignis sei entstanden, indem plötzlich unter sehr starkem Druck ungewöhnlich große Mengen Gase hervorgetreten sind, die ein Schuß zur Explosion gebracht habe. Diese Aufklärung ließe sich hören, wenn sie nicht allzuweit mit den Tatsachenmeldungen und Erklärungen der Sachverständigen in Widerspruch stünde. Selbst in dem für die Verwaltung aller günstigsten Falle, daß tatsächlich gar keine Misthände vorhanden gewesen seien, wäre sie und die Bergbehörde von Schuld noch nicht frei, weil man die durch die atmosphärischen Vorgänge gebotene Vorsicht vollständig hat vermissen lassen.

Geradezu erstaunlich ist jedoch die — Kühnheit, mit der Scharfmacherblätter die Wahrheit mißachten, erlogene Nachrichten verbreiten. Am Freitag mußte Minister Delbrück im Abgeordnetenhaus, im Gegensatz zu einer Meldung der „Frankf. Stg.“, konstatieren, daß der Bergmann Gard — alias Meier — bei einer eidlichen Vernehmung seine im „Lokal-Anz.“ veröffentlichten Mitteilungen im wesentlichen wiederholt habe. Und was schreibt die edle „Post“? In ihrer Nr. 547 vom Sonnabend, den 21. November, berichtet sie, von keinem Verantwortungsgefühl angefränkt, stolz und st—ci, als erwiesene Tatsache, dieses:

... Ein zweiter Bergmann namens Gard, der erst seit Anfang November auf der Zeche beschäftigt ist und der einem Verächtersteller ebenfalls schwer belastende Angaben gemacht hat, verurteilte der Vernehmung durch Abreise zu entgehen. Er wurde am Bahnhof zurückgehalten und vom Staatsanwalt eidlich vernommen. Ueber seine Aussage verlautet noch nichts.

Und dazu macht das Blatt dann folgende Bemerkung:

Es geht wirklich ein trauriger Mut dazu, angesichts dieser Feststellungen noch weiter jene mühe Kautation fortzusetzen, welche die sozialdemokratische Presse an diese so überaus traurigen Vorgänge angeknüpft hat.

Um jeden Zweifel über die Gewissenlosigkeit der „Post“ zu nehmen, sei noch mitgeteilt, daß sie in ihrer Sonnabend-Abendausgabe in einem wütenden Schmähartikel gegen den „Vorwärts“ die Redewendung gebraucht:

Außerdem will der „Vorwärts“ wissen, daß der Bergmann Gard seine Bestätigung der wieder als unbegründet erwiesenen Behauptungen des Vergmanns Meier aufrecht erhält.

In ihrem hartnäckigen Verdunkelungsversuch verschweigt die „Post“ ihren Lesern, daß Mayer und Gard identisch sind, der „Lokal-Anzeiger“ absichtlich oder irrtümlich bei der in Betrachtkommenden Mitteilung den Namen „Meier“ anstatt „Gard“ nannte und daß Minister Delbrück bereits am Freitag das als Tatsache mitgeteilt hat, was die „Post“ immer noch in Zweifel zu ziehen sucht.

Ueber solche „Post“-Leistungen kann man sich natürlich nicht entrüsten, man hängt sie niedriger.

famose Figur des urdentschen Gymnasialprofessors, den Herr Rottmann überaus edel und komisch gestaltet, der Vizepräsident des Herrn Klein-Rohden und der affige Adjutant des Herrn Haas waren treffliche Typen. Etwas überlegener hätte der Justizrat gespielt werden können. Auch Fel. Kocco als Hochzeiterin hätte etwas härtere Farbe bekommen. Im ganzen: endlich einmal wieder eine gelungene satirische Komödie statt der faden und geräuschvollen Scherze, ein voller Griff in die Wirklichkeit der großen deutschen Komödie.

Lustspielhaus: „Madame Piri“, Komödie von Cabault und Herr. Wenn ein Surrogat aus plätschernder Geschwätzigkeit, aufgebäuerter Unwahrscheinlichkeit, demondäner Plakerei und heuchlerischer Salonmoral, dabei wüßloser, mit Sentimentalitäten zum Ende geführter kümmerlicher Handlung „Komödie“ genannt werden kann, so ist diese Lustspielhaus-Komödie eine — Komödie. Die Leute reden drei Aste lang Schraus. Aus diesem den Gemäße beschillern die Verfasser dann eine Art Familien-damenhafter Rührgeschichte, die alle Merkmale eines fast- und trübseligen Epigonenstums an sich hat. Die Titelheldin stürzt mit fünfzig dollhäftigen wohlfranzösischen Löwen, Affen und Eseln der sogenannten Gesellschaft auf einmal — ohne Feuer zu fangen. Wer glaubt das? Freilich, wenn man alle diese Ritter von der traurigen Gestalt sieht, so gewinnt die Ungefährlichkeit des Piri's sehr an Glaubwürdigkeit. Doch wer vermöchte solche Mannfacitaturen ernst zu nehmen? Ja, wenn die Verfasser wenigstens noch eine satirische Tendenz verfolgten! Aber alles verschönert; und zum Schluß bleibt — eine idyllische Langeweile! Ob das französische Original wirklich so lebend beschaffen war, oder ob die „Berlinerin“ alles, was doch bisselei nach Plakaterie und Epitri schmückte, weggelassen hat — wer weiß es? Wenn sich doch einige Lacher fanden und wenn zum Schluß lebhaft geklatscht wurde, so nur, weil die Darstellung einen hübschen Rahmen bot.

„Tantris, der Narr.“ Man schreibt uns aus Wien: Das war im Wiener Hofburgtheater seit langer, langer Zeit ein Abend, der nicht für die Komtessen, nicht für die Kommerzienräte, sondern auch für die da war, die außer den Zeitungen auch Bücher, außer den Ausstellungen und den Bildern der Meister genießen. Das Burgtheater, unter Laube nach die edelste deutsche Bühne, ist unter Schenker zu einem wüßigen Vergnügungsetablissemment für wohlhabende Familien geworden. Kein Wunder, daß ein jahrelang zum Gewöhnlichen dreistertiges Stamm-publikum vor der dramatischen Dichtung „Tantris, der Narr“ von Ernst Hordt bewirrt, befangen und beinahe verblüffendlos dasah. Schenker hatte die Aufführung sehr gründlich vorbereitet. Von ihm ist die Anregung ausgegangen, Schenker und Hordt mit

Die Opfer.

Samst., 21. November. Eine von der Bergwerksgesellschaft „Trier“ veröffentlichte Liste der auf Zeche „Radbod“ Verunglückten enthält 841 Namen, darunter 280 Deutsche und 51 Ausländer. Besten ist im Krankenhaus wieder einer der Schwerverletzten gestorben; die Zahl der ihren Leiden erlegenen Schwerverletzten beträgt somit jetzt fünf. — Bei den hiesigen Sammelstellen sind bis jetzt rund 100 000 M. eingegangen.

Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen.

Wie und wodurch entstehen Wetterexplosionen? Die sogenannten schlagenden Wetter sind ein Gemisch von Kohlenwasserstoff und atmosphärischer Luft. Die Explosionsfähigkeit ist bedingt durch die Mischung. Der Druck, der auf die durchdrichten Kohlenfelder wirkt, treibt den Kohlenwasserstoff aus den anstehenden Kohlenfeilern heraus und mischt ihn unter die im Bau vorhandene atmosphärische Luft. Bei einem Verhältnis von 1 : 15 wird das Gemisch brennbar. Wenn es angezündet wird, brennt es ab, ohne Explosion. Das Verbrennen des Gasgemisches ist natürlich für die in der Nähe befindlichen Personen recht gefährlich. Für entfernter arbeitende Personen sind solche Wetterbrände jedoch ungefährlich. Am gefährlichsten ist das Gasgemenge bei einer Mischung von 1 : 8 und 1 : 6. Bei noch stärkerer Beimischung von Kohlenwasserstoff nimmt die Explosionsfähigkeit wieder ab und hört bei einem Gemisch von 1 : 4 ganz auf, weil es dem Gasgemenge an hinreichendem Sauerstoff fehlt. Ist die Mischung eine für die Explosionsfähigkeit günstige, so explodiert es, wenn entzündet, mit fürchterlicher Gewalt. Die Streckenimmungen werden geknickt und weggerissen, als wären es Streichhölzer; die Sohle (der Boden), obwohl er zumeist aus festem Gestein besteht, wird aufgebrochen, die Schienenleitung aufgerollt wie eine Spiralfeder. Ganze Gebirgs- oder Kohlenwände werden losgelöst und stürzen ein. Doch Menschen und Tiere, die in dem Bereich einer solchen Explosion sich befinden, umkommen, ist selbstverständlich. Die Körper werden mit fürchterlicher Gewalt gegen die Stöße (Wände) geschleudert und zerschmettert. Dazu tritt das mordende, verwührende Feuer und der giftige, Leben vernichtende Kohlenstaub. Betritt der Bergmann einen Betriebspunkt, wo sich explosionsfähige Gasgemenge befinden, so dringen letztere durch das Drahtgitter der Sicherheitslampe und entzünden sich an der Flamme. Es füllt sich der ganze innere Raum der Lampe mit einer blauen Flamme, und da dann der Sauerstoff fehlt, erlischt die Lampe. Das ist ein an sich ganz ungefährlicher Vorgang. Auch durch Sprengschüsse, sofern Sicherheitsprengstoffe zur Verwendung gelangen, werden die Wetter nicht entzündet. Gefahr liegt vor, wenn die Lampe irgend einen Defekt hat. Ein kleines Loch im Drahtgitter läßt die Flamme heraus schlagen und das Unglück ist da. Wird an Schlagwetter entzündeten Betriebspunkten mit Dynamit geschossen, erfolgt unfehlbar eine Explosion der etwa sich angesammelten Wetter.

Der böse Bruder der Schlagwetter ist der Kohlenstaub. Wird dieser in trockenen Gruben nicht ständig feucht gehalten, so wird er bei der Wetterexplosion auf, entzündet sich an den brennenden Gasen und jagt als Feuerfäule durch weite Strecken des Grubenbetriebes. Findet die Feuerfäule auf ihrem Wege noch weitere Sammelplätze von Schlagwetter, werden diese ebenfalls entzündet und dann reißt sich unter Umständen Explosion an Explosion. Der Kohlenstaub gibt der Flamme immer neue Nahrung, trägt sie weiter, überall Tod und Verödung verbreitend. So können Riesengruben zustande kommen, wie das in Courrières und jetzt auf „Radbod“.

Reine Schlagwetterexplosionen sind stets nur lokaler Natur, bleiben auf einen Betriebspunkt beschränkt und werden meist nur den direkt dabei beteiligten Arbeitern gefährlich.

Sind diese gefährlichen Gefahren gar nicht zu bannen? Die Unfälle durch Explosionen können vermieden werden! Der Kohlenstaub ist sehr leicht unschädlich zu machen, indem er ständig feucht gehalten wird. Vor Gasexplosionen bietet die Sicherheitslampe schon einige Sicherheit. Durch fallendes Gestein usw. kann aber unversehens der Glaszylinder der Lampe zertrümmert werden, ein Unglück kann die Folge sein. Der beste Schutz bleibt eine gute Wetterführung. Und wenn die nach dieser Richtung vorhandenen bergpolizeilichen Vorschriften befolgt werden, sind Explosionen fast unmöglich. Vorschriftenmäßig sollen jedem Arbeitspunkt in der Mine drei Kubikmeter frische Wetter (Luft) zugeführt werden. Befolgt man das, dann werden die der Kohle entströmenden Gase ständig fortgeführt und wenn sie sich der Luft auch beimischen, so doch nur in so geringem Maße, daß das Gemisch nicht explosionsfähig wird. Wo sich explosionsfähige Gasgemenge ansammeln, dort ist die Wetterführung bestimmt nicht intact. Gegen die oben angelegene Bestimmung wird in fast allen Gruben gesündigt. Geht wird die erforderliche Wettermenge in die Grube hineingeführt, aber nicht so, daß sie alle Betriebspunkte genügend bestreicht. Es gibt Gruben, wo durch die Hauptwetterstrecken ein Sturmwind weht, so daß einem der Staub ins Gesicht getrieben wird, aber vor manchen Betriebspunkten brennt die Lampe kaum, so gering ist die derselben zugeführte Wettermenge. Und solche Punkte sind die Herde für Explosionen.

hat“, nicht etwa strenge Bestrafung der „unstillen Person“ zu verlangen, sondern gegen die Propagierung eines Standals, der das ganze Bürgerturn kompromittiert und die Autorität untergrabe und bei den Massen den Respekt erschüttere, zu protestieren. Da aber der Akteur sich um derartige Sentimentalitäten nicht kümmern mag, stiehlt Herr Weermann in einem glänzigen Moment das versängliche Tagesbuch. Der Polizeidirektor und der Adjutant seiner Oberleit des Erbringens sorgen dann weiter dafür, den bodenigen Akteur zur Einsicht in die wahren Aufgaben der Polizei (zu ver-tulchen) zu bringen. Der geheimnisvolle Gast, auf den die Hochleiter angepielt hatte, war niemand anderes als der Scherzgenosse, der von seinem Adjutanten eben in laudermäßige Vergnügungen“ mit einer sehr anständigen Person eingeführt werden sollte, als die eindringende Polizei ihn zur Retraite in den Kleiderkammer zwang. Der Akteur kopiert endlich, was er für Dummdheiten eingelesen hat, er erhebt in listiger Demut. Der zweite Akt, der auch sonst das Beamtentum trefflich charakterisiert, ist der Höhepunkt der Komödie. Der dritte bringt die Abgelung der Affäre. Es stellt sich heraus, daß neben Weermann auch sonst die besten Namen im Tagesbuch verzeichnet sind (auch der deutsche Professor und Reichsbevollmächtigter ist darunter). Stillschleiersverein, Polizei und Autorität sind also im schönsten Einklang. Die „Person“, die man nun gern freilassen möchte, will aber nur gegen Erstattung eines angemessenen Schadenersatzes für verlorenen Randschaft die ihr angebotene Flucht ins Ausland antreten. Weermann schießt schließlich die erforderliche Summe vor, die er von den sonstigen kompromittierten Bürgern wieder zurückzubekommen hoffen kann. Der Adjutant des Erbringens, der selbst nichts zahlen kann, stellt ihm dafür den Hausorden Emils des Älteren und den Adel in Aussicht. Die Weiten des an Schlägern und Anspielungen reichen Stüdes schlingen alle ein, und es herrscht eine echte Komödiantenstimmung. Thomas erhebt selber, um zu danken. Ein von Thomas Satire an den empfindlichsten Organen Betroffener, der ihn offenbar bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gesehen hat, bemerkt sie, um in der „Deutschen Tageszeitung“ dreißig Worte über Thomas „Wongolentier“ und die tschechische Architektur der vorgewürden „Wadenbeine“ zu reihen. Wir wollen dem nationalen Hauswärtler dringend raten, sich nicht aus dem Schilde der preussischen Polizei, mit der ihn verwandtschaftliche Gefühle zu verbinden können, hinauszuheben. Sonst könnte er mit anderen Organen tschechischer Architektur, die in Bayern und sonstwo für sehr gut deutsch gelten, sehr unangenehme Zusammenstöße erleben.

Die Aufführung traf in allem Wesentlichen den rechten Ton. Die Mäher nicht minder wie die Beamten waren charakteristisch ersicht. Der tugendhafte und das zu ängstliche Weermann des Herrn Marx, der schneidig-dovote Akteur des Herrn Siegel, die

dem kaiserlichen Schillerpreis ausgezeichneten, er hat (vorsichtswise) das Hardische Drama auch im Richterkollegium des Volksschillerpreises zu langeren gewahrt. Das Schenker in zehn Jahren einer innerlich fröhlichen, äußerlich trüben Regierung aus dem Wiener Burgtheater gemacht hat, das sollte mit der Entdeckung dieser Dichtung verhält und geführt werden. ... Ernst Hordt ist in Wien von Anfang an beachtet worden. Sein Jugendhauspiel „Der Kampf ums Rosenrot“, ein schmerzliches Jünglingsdrama, das — ins jähliche überleht — von Georg Hirschfeld sein könnte, ist am hiesigen Lustspieltheater gegeben worden. Zweimal. Dann gab Schenker einen Einakter „Ninon de L'Enclos“ von Ernst Hordt. Die Geschichte von dem Sohn, der sich in seine Mutter vergafft. Ein Literatenstück. Ninon ist ja von einem halben Duzend Literaten, die für die großen Courtisane bescheiden schmerzten, zu gleicher Zeit entdeckt worden. Nun kam dieses Tristanodrama! Es verdient seine Preise. (Wie sind die ganz großen, nie sind die eigen gefüllten, eigen geformten Kunstwerke (schnell gekannt worden!) Nun, Ernst Hordts Drama ist ein dramatisch potendes, sprachlich wohlthuendes Werk. Sein Vers hat so viel Kraft, daß man begaunert wäre, oder nie sind die Worte gemein aneinandergefügt, ein gewählter Geschmack hat an diesen Versen gearbeitet, so daß keine Rede je konventionell, freilich auch keine hinreichend klug. Gesamtresultat: Die tolle Schule der Hofmannsdahl und George hat einen geschmackvollen Mitspieler gewonnen. Die journalistischen Gelehrten werfen Hordt vor, er habe bloß das Epos des alten Gottfried von Strahburg und einen neuen Tristanroman des Franzosen Debier nachgebildet, aber der Vorwurf trifft Hordt nicht mehr als irgend einen anderen der neueren Umdichter. Die ganze Schule lebt ja von Umdichten. Am Ende würde das wohlhabende Publikum, wie Arne Garborg zu sagen pflegte, einen Tristan von eigenen Schanden, eine Electra von eigener Kraft des Dichters belachen. Aber im Schatten von Sophokles und Gottfried von Strahburg wagen sie nicht einmal zu lächeln! Bedrögen ist Hordt verhältnismäßig selbständig verfahren. Daß Holde den Tantris nach zehn Jahren nicht mehr als Tristan erkannt, das ist psychologisch ergreifend motiviert. Die lange Harrende lebt am Ende nur mehr ihre Vorstellung vom Geliebten, nicht mehr diesen selbst. So zieht Tristan, der unter unglücklichen Umständen, unter Masken und Entstellungen zu Holde vorgebrungen, als ein bis in den Grund Enttäuschter von Karles Schloß fort, in die leere Welt. ... Das Schauspiel wurde im Burgtheater prachtvoll dargestellt. Hedwig Weibtreu als Holde, Josef Raing als Tantris, so schön gesungen (diese Sprache wurde Sang) wird doch wohl an fast keinem anderen deutschen Theater. Auch die Ruinen von Sonnenhals einfügiger Größe, mit denen König Karles Bild zusammengefügt wurde, sind noch einmal bewundert worden. Das Publikum, unter Schenker zehn Jahre lang verwahrt, konnte nicht recht mit.

Spenden für die Hinterbliebenen.

Essen, 21. November. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung des Bergbauvereins folgte der Vorsitzende der Versammlung im Namen des Vorstandes vor, anlässlich der Katastrophe einen Unterstützungsfonds im Betrage von 100 000 M. zu stiften, aus dem für den vorliegenden Fall sowie bei späteren Unfällen — auch Einzelunfällen — über die Leistungen der Unfallversicherung hinaus, Unterstützungen gewährt werden sollen, wenn eine besondere Notlage der Hinterbliebenen sich ergibt. — Ferner wurde auf Vorschlag des Vorstandes von der Generalversammlung einstimmig die Bereitstellung von 400 000 M. genehmigt, um die Pensionen und Waisentafel des Verbandes technischer Arbeiter wieder leistungsfähig zu gestalten.

Münster, 21. November. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte für die Hinterbliebenen der auf der Höhe Naddob Verunglückten 2000 M.

Essen, 21. November. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte für die Hinterbliebenen der auf der Höhe Naddob Verunglückten 5000 M.

Der Protest gegen das persönliche Regiment und die Steuerplünderung.

Fünf große, stark besuchte Protestversammlungen tagten am Dienstag in Magdeburg. Sie nahmen sämtlich einstimmig die folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung erklärt: Die sprunghafte, widerspruchsvolle auswärtige Politik der deutschen Regierung ist der schändliche Anlaß zu Demütigungen und Kriegsgefahr.

Eine solche, die Interessen des deutschen Volkes schwer schädigende Politik, die das Wohlgefallen aller zivilisierten Staaten entsetzt, ist nur in einem Staate möglich, in dem der Absolutismus das Regiment ausübt. Diese Politik ist auch die Ursache der schändlichen Mordtaten an Wasser und zu Lande, durch die die Reichsfinanzen völlig zerrütet worden sind.

Die Versammlung bedauert tief, daß der Reichstag bei der Beratung der eingebrachten Interpellationen betreffend die Veröffentlichungen im „Dahle Telegraph“ vollständig verfehlt hat. Die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages haben gezeigt, daß sie weder die Kraft, noch den guten Willen haben, ein parlamentarisches Regiment zu erringen, durch das die Quellen des jetzigen Übels in der Hauptstadt verstopft werden.

Die Versammlung verlangt deshalb als mindestens vom Reichstage, daß er dem von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf über Ministerverantwortlichkeit seine Zustimmung erteilt und eine Aenderung der Verfassung anstrebt, nach der der Reichstag über Kriegserklärung und Friedensschluß sowie Berufung und Entlassung der Minister entscheidet.

Am Wahlkreise G r e l i g - L a u b a n tagten am Dinstag zwei überfüllte Protestversammlungen. Die in G r e l i g war von über 1400 Personen besucht, viele hundert Personen mußten wegen Ueberfüllung des Lokals wieder umkehren. Das Referat des Genossen G e y e r wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Eine der Tagesordnung entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Die Versammlung in L a u b a n war gleichfalls überfüllt und verlief wie die G r e l i g e r. Im Laufe der Woche finden noch drei Protestversammlungen im Wahlkreise statt.

In einer von über 1500 Personen besuchten Versammlung zu Bielefeld referierte Reichstagsabgeordneter Genosse R o s k e - C h e m u l h über „500 Millionen neue Steuern — Kriegsgeld — Auswärtige Politik.“ Eine gegen das persönliche Regiment und die Reichsfinanzpolitik gerichtete Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zur Küstringen-Wilhelmshafen fand in G e p p e n s eine stark besuchte Versammlung statt, in der Genosse H u g - V a n t über Absolutismus und Verfassungsfrage sprach. Er wies u. a. darauf hin, daß die Engländer nicht von ungefähr kommen, träume hier doch schon seit langem jeder Staat von einem natürlich siegreichen Kriege mit England. Bei der Besprechung der Reichsfinanzreform wies der Redner darauf hin, daß durch ein Festhalten an der bisherigen Politik die Arbeiterschaft schließlich mit dem Generalstreik zu antworten gezwungen sein würde.

In einer Resolution fordert die Versammlung, daß der Reichstag nicht eher in die Beratung des Budgets und der Finanzgesetze eintritt, ehe nicht Fürst Bülow durch einen vom Parlament gewählten Reichskanzler ersetzt ist und die von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen zur Sicherung vor dem Absolutismus erfüllt sind.

In D a n z i g ging am Freitag Genosse L i p i n s k i - L e i p z i g mit dem Bankrott der deutschen Reichspolitik in einer überfüllten großen Volksversammlung scharf ins Gericht. Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Einstimmig nahm die Versammlung die Resolution der Leipziger Parteigenossen an.

Am Freitagabend erhob eine vom Liberalen Verein zu Hamburg einberufene, von etwa 2000 Personen besuchte öffentliche Versammlung scharfen Protest. Nach einleitenden Referaten von Dr. P r a b a n d, dessen wirklich liberale Bestimmung für unveränderlich mit seiner Qualität als Referent erklärt worden ist, weshalb er sich nur noch als gewöhnlicher Privatmann zeigen darf, und Dr. P e t e r s e n sowie eingehender Ausdrucks über das aktuelle Thema „Kaiser und Volk“ wurde gegen einige Stimmen folgende Resolution angenommen:

Gegenüber den Schäden, welche die Ausübung der kaiserlichen Macht dem Deutschen Reiche gebracht hat, fordern wir für das deutsche Volk Stärkung seiner Macht und Schutz seiner Freiheit.

Wir hoffen, daß alle fortschrittlichen Kräfte im deutschen Volke die Demokratisierung des Staats in allen Gliedern als ihre Aufgabe erkennen.

In O f f e n b a c h nahmen auf Antrag des Bürgermeisters die Stadtverordneten den Beschluß, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat wegen des Kaiser-Intervens im „Dahle Telegraph“ Stellung zu nehmen, zur d.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Erfolge in der Gemeindeverwaltung. In der etwa 8000 Einwohner zählenden Vorortgemeinde D e b i s c h w i l h bei G e r a sind unsere Genossen seit Jahren maßgebend in der Gemeindeverwaltung. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates haben nun, ohne daß der Steuerfuß erhöht werden mußte, zahlreiche Verbesserungen durchgesetzt; sie haben für den Bau einer Wasserleitung gesorgt, die Straßen sind in musterhaftem Zustand, gegen die schändliche Überhand der Regierung und des Landbauern ist der Bau einer modernen Schule durchgeführt worden, nach einem Vertrage mit der Stadt G e r a ist Gasbeleuchtung eingeführt, eine Kinderbewahranstalt und ein großer Spielplatz sollen demnächst eröffnet werden. Auch auf den weiteren Gebieten des Schulwesens und der Gesundheitspflege haben unsere Genossen hübsche Fortschritte erreicht. Der finanzielle Stand der Gemeinde hat sich gegen früher sehr gebessert. Das haben selbst die Gegner in einer Versammlung des Bürgervereins offen anerkannt. Man erklärte dort: Früher bei der bürgerlichen Mehrheit seien Fehler und Unterlassungen vorgekommen, der Ästigkeit des sozialdemo-

kratischen Gemeinderates aber müsse man Anerkennung zollen. Das hinderte dieselben bürgerlichen Gegner freilich nicht, ganz im geheimen alle Kräfte, bis auf den letzten Mann zu sammeln, und bei der letzten Wahl einen Vorstoß gegen unsere Genossen zu machen, der indessen nicht glückte; denn die sozialdemokratische Liste drang wieder mit großer Mehrheit durch.

Gemeindevahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in T h e h o e ergielten die Gegner 601 und 598, die Sozialdemokraten 609 und 611 Stimmen, so daß die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt sind.

In H o b e n s t e i n - E r n s t t h a l (Sachsen) verloren bei den Stadtverordnetenwahlen die vereinigten bürgerlichen Parteien zwei Sitze an die Sozialdemokraten, deren Stimmenzunahme ganz erheblich ist.

Parteiliteratur.

Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im deutschen Reichstage am 10. und 11. November 1908. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 25 Pfennig.

Die Pressefreiheit des stenographischen Bericht über die Verhandlungen der Interpellationen zum Kaiser-Intervens, bei denen die Genossen Singer und Heine den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten.

Genosse G u e sollte, nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, am Mittwoch, nachdem er in einer großen Bergarbeiterversammlung in Essen gesprochen hatte, einen schweren Unfall erlitten haben. Die Meldung ist glücklicherweise falsch. Genosse G u e wurde nach der Versammlung lediglich von einem reichen Umwöhlerin befallen, das sauer vorüberging. Er hat sich daher in guter Gesundheit an den Sitzungen des Reichstages beteiligen können.

Unsere Toten. In Halle a. S. starb die Genossin I d a G r o t h e, die Besitzerin des langjährigen Parteilokals „Weiße Hühner“, im Alter von 50 Jahren. Das „Volkswort“ für Halle widmet ihr folgenden ehrenden Nachruf:

„Der Tod hat ein an Entbehrungen und schweren Kämpfen reiches Leben abgefaßt. Denn unterin Sozialistengesetz wurde ihr Mann, als sie im Berliner Krankenhaus lag, aus Berlin ausgewiesen, worauf er sich hierher nach Halle wandte und auf seinem Beruf als Tischler tätig war. Schlecht und recht kämpften sich Mann und Frau durch, schließlich das Restaurant zum stillen Brunn, später den Händelpark bewirtschaftend, bis sie beide vor Jahren das „Weiße Hühner“ übernahmen, das nun eine sichere Justizstätte der Partei und Gemeindefestung wurde. Die Verstorbenen war auch die erste mit, die an der Spitze der sich langsam entwickelnden Frauenbewegung stand und vor etwa zehn Jahren war sie die Leiterin derselben. Infolge ihres leidenden Zustandes konnte sie allerdings die letzten Jahre nicht mehr aktiv tätig sein, aber die politischen Vorgänge verfolgte sie aufmerksam und teilte gern an dem Schicksal ihrer Erfahrungen mit. Die halle'sche Arbeiterschaft wird der verstorbenen Genossin wie ihrem Mann ein ehrendes Andenken bewahren.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Polizeibeleidigung hatten sich am 17. d. M. vor dem Landgericht Alenburg die Genossen Landtagsabgeordneter K ä p p l e r und Redakteur D i r e k t e r (von der „Allg. Volkszeitung“) zu verantworten. Es handelt sich um einen Fall, der mit dem neuen Vereinsgesetz zusammenhängt. Am 8. September sollte Genosse K ä p p l e r in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Alenburg über den bevorstehenden Räteberger Parteitag einen Vortrag halten. Die angeforderte Tagesordnung scheint das Interesse der Polizei in besonderem Maße erregt zu haben, denn was sie seit dem 15. Mai, dem Tage des Inkrafttretens des Vereinsgesetzes, nicht mehr getan hatte, das tat sie an diesem Tage zum ersten Male wieder. Sie schickte einen Schuttmann zur Ueberwachung ab. Genosse K ä p p l e r erwiderte in abschweifiger Weise die Möglichkeit, die Ueberwachung loszuwerden und führte dabei aus, daß man den Schuttmann am Kermel nehmen und hinausführen könne, weil er in der Versammlung nichts verloren habe. Er sei bereit, das zu tun (so fügte er scherzend hinzu, und die ganze Versammlung stimmte lachend bei), wenn sich noch ein paar handfeste Leute fänden, denn er allein fühle sich dem Schuttmann nicht gewachsen. Der Vorschlag war scherzend gemeint und wurde auch von dem Schuttmann selber so aufgefaßt. Die zweite Möglichkeit, von der Ueberwachung befreit zu werden, so führte K ä p p l e r weiter aus, sei die Einreichung einer Beschwerde, die aber keinen Erfolg haben würde, denn eine Kränze habe der anderen nicht die Augen aus. Der dritte Weg sei, Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu erheben gegen den Polizeibeamten, der auf die Aufforderung, das Lokal zu verlassen, das nicht getan habe.

Wegen der Aufforderung (1), den Schuttmann am Kermel zu nehmen, wegen des Verwehrens mit den Kränzen und weil er gesagt haben sollte: eine Beschwerde einzureichen habe den gleichen Wert, wie wenn man den Teufel bei seiner Großmutter verfolge (eine Kränzer, die nicht K ä p p l e r, sondern ein anderer Genosse gemacht hatte), wurde gegen K ä p p l e r Strafentwurf wegen Beleidigung der Polizei gestellt. Genosse D i r e k t e r hatte die polizeilichen Ueberwachungsgehalte in der „Allg. Volkszeitung“ scharf gekennzeichnet, was zur Folge hatte, daß er mit dem Genossen K ä p p l e r die Anklagebank teilte. Außerdem war D i r e k t e r noch der „Beleidigung“ des Stadtrates von K a h l a angeklagt, weil es in der „Allg. Volkszeitung“ geheißen hatte, man habe in K a h l a, als der Herzog von Alenburg seinen Besuch ansetzte, eine Woche lang Tag und Nacht die Straßen gesegelt und so sei der Dreck, der sich jahrelang ungehindert in den verschiedensten Winkeln habe anhäufen können, mit einem Male verschwunden.

Der Staatsanwalt hielt es für notwendig, daß schwerste Beschuldigung gegen den Genossen D i r e k t e r aufzuführen; er sprach von schweren Beschuldigungen der Verleumdung, von fortgesetzten Antrampelungen, von Beschädigungen und von S u b e l e i e n, vor denen die Behörden geschützt werden müssen, weshalb eine fühlbare Strafe — sechs Wochen Gefängnis — am Platze sei!

D i r e k t e r erwiderte, daß, wenn der Staatsanwalt ihm hier Vorlesungen über den guten Ton zu halten für nötig erachte, er eben selbst seinen Ton prüfen möge: Er sei wegen harmloser, geringfügiger formeller Verleumdungen angeklagt, aber nicht wegen Beschädigungen und von S u b e l e i e n!

Das Urteil lautete: K ä p p l e r wird zu 30 M., D i r e k t e r wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 120 M. Geldstrafe verurteilt.

Zu zwei Monaten Gefängnis wurde Genosse M h l i g, Redakteur unseres Jütlicher Parteiblattes, verurteilt, weil er bürgerliche Familien beleidigt haben soll.

Soziales.

Gewerbegericht.

1. Ein gefeindliches Kolonnensystem.

Mit einem eigenartigen Kolonnensystem bei der Firma E f r e m, Maschinenfabrik, hatte sich am Donnerstag die Nummer V des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. F a l b i n g zu beschäftigen. Drei bei der genannten Firma als Klempner beschäftigte Arbeiter klagten Lohnforderungen ein. Die Firma beschuldigte unter anderem in der Regel fünf bis sechs Klempner, die sämtlich eine Kolonne bilden. Der Vorarbeiter P. soll der Führer dieser Kolonne sein. Mit diesem vereinbart auch die Firma die Löhne für sämtliche Arbeiter. Wie die Verhandlung ergab, erhält der Kolonnenführer P. einen Stundenlohn von 75 Pf. Die Arbeiter haben wiederholt über die niedrigen Löhne bei der Beschäftigung Klage geführt, wurden aber von ihr immer an den P. verwiesen. P., der sämtliche Klempnerarbeiten übernahm, hatte auch die Verteilung der Arbeiten vorgenommen. Dabei kam es vor, daß wenn der größere Teil der Kolonne mit der Ausführung einer Arbeit beschäftigt wurde, während ein bis zwei Arbeiter eine eiligere Arbeit ausführen; kam dann eine noch eiligere Arbeit dazwischen, so wurden die für diese benötigten Arbeiter aus der bei der eigentlichen Arbeit der Kolonne beschäftigten Anzahl der Arbeiter entnommen, während der zurückbleibende Teil an dem zuerst übernommenen Afforde weiter arbeitete. Da nun fortgesetzt eilige Arbeiten eingingen, wurden die Arbeiter bald mit dieser, bald mit jener Arbeit beschäftigt und fortgesetzt schwannte auch die Zahl der mit der Ausführung einer bestimmten Arbeit beauftragten Arbeiter. Wie der Vertreter der Beklagten geltend machte, ist dieses Verfahren auch durch den oft eintretenden Materialmangel bedingt. Durch diese Arbeitseinteilung wird aber dem einzelnen Arbeiter die Möglichkeit genommen, die von ihm gelieferten Arbeiten wöchentlich zu berechnen. Die Arbeiter verrechneten deshalb den mit ihnen vereinbarten Lohn von 60 Pf. pro Stunde als Abschlagszahlung. Dem trat die Firma Anfang September mit einer Aenderung des Lohnes entgegen. Die Arbeiter erklärten: So wird unter anderem in ihr gesagt, daß für jede Arbeitsstunde, die für die angefangenen, jedoch nicht fertiggestellten Affordarbeiten aufgewandt wird, nur 50 Pf. als Abschlagszahlung verrechnet werden dürfen. Dadurch wurde eine weitere Schädigung der Arbeiter bewirkt, so daß nun ein Teil von ihnen das Arbeitsverhältnis mit der Firma löste. Die Firma weigerte sich die Forderungen, die die Arbeiter bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses noch an sie hatten, zu erfüllen. So wählten die Arbeiter beim Gewerbegericht gegen die Firma Klage an. Der Kläger D. hatte 63 Blechgefäße angefertigt und forderte den dafür ausbedungenen Affordlohn von 232 M. Der Vertreter der Beklagten will die Forderung nicht anerkennen, weil der geforderte Betrag bereits an die Kolonne gezahlt worden ist, was der als Zeuge geladene Vorarbeiter P. zugibt, sich jedoch darauf nicht zu entsinnen vermag, ob D. den Betrag nun auch erhalten hat. — Das Gewerbegericht verurteilte die Firma, an D. abzüglich des erhaltenen Vorkaufes den Betrag von 17,50 M. zu zahlen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß das System, wie es im Betriebe der Beklagten zur Anwendung kommt, den Arbeitern überhaupt jede Möglichkeit nimmt, ihre Arbeiten zu berechnen. Es ist deshalb als ein Verstoß gegen § 118 der Gewerbeordnung zu betrachten, der die Verrechnung der Löhne vorschreibt. Außerdem werden die Arbeiter dadurch dem Kolonnenführer schuldlos preisgegeben. Die Forderung des Klägers D. ist deshalb berechtigt. Er habe die Arbeit allein ausgeführt und somit (siehe ihm auch der alleinige Anspruch auf den Lohn zu. — Gegen die Forderung des Klägers Sp., ihm für 68 Stunden, die er an drei verschiedenen Affordarbeiten aufgewandt, 29 M., die übliche und ihm nach der Fabrikordnung zuziehende Abschlagszahlung, zu leisten, wendete der Vertreter der Beklagten ein, daß Sp. die übertragenen Affordarbeiten nicht vollendet habe und die Firma darum andere Arbeiter mit der Vollenbung der Arbeiten beschäftigen müsse. Nach dem Vertrag habe der Arbeiter vor Beendigung des Affordes nicht kündigen dürfen. Das Gericht verwarf diese Einrede. Würde der Einwand berechtigt sein, so würde, so hoch es in den Gründen, den Arbeitern dadurch, daß, obwohl die übertragenen Afforde noch nicht fertiggestellt seien, fortgesetzt neue Arbeiten der Kolonne zugewiesen werden, die Lösung des Arbeitsverhältnisses überhaupt nicht möglich sein. Die Abrede enthält also einen ungültigen Verstoß gegen die Vorschrift gleicher Kündigungsfristen für beide Parteien. Die Beklagte sei deshalb zur Zahlung des vom Kläger geltend gemachten Lohnanspruchs verpflichtet.

2. Die Beleidigung durch den Chemann als Entlassungsgrund! Die Stepperrin S. war in einer Damenhutfabrik beschäftigt, deren Inhaber ein Herr M a y ist. Sie kündigte das Arbeitsverhältnis. Neun Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist wurde sie von der Direktorin Neuburg entlassen. Sie klagte nun beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung einer Lohnentschädigung von 26,66 M. Der Beklagte wandte ein, die plötzliche Entlassung sei berechtigt, weil der Chemann der Klägerin mit ihrem Wissen und Willen an die Direktorin einen sie sehr beleidigenden Brief geschrieben habe. In dem Brief beschwerte sich der Mann der Klägerin darüber, daß die Direktorin wohl ihren Unmut an seiner Frau auslassen wolle. Er verbitte sich das. Es folgen einige Neuherungen, die die Direktorin Neuburg und ihr Chef als grobe Beschuldigungen der Direktorin ansehen. Die Klägerin erklärte, sie habe den Inhalt des Briefes nicht gekannt. Allerdings hätte sie ihrem Mann geklagt, daß die Direktorin sie schlecht behandelt und geschimpft hätte. Seitdem sie gekündigt hatte, habe die Direktorin sie fortwährend geschimpft. Sie habe genau wie früher gearbeitet und habe das der Direktorin gesagt, als diese von ihr mehr Arbeit verlangte. Darauf habe die Direktorin ein Schimpfwort gegen sie gebraucht und ihr den Mund verbotten usw. Sie habe ihrem Mann alles erzählt, worauf dieser erklärte, er wolle mal schreiben, damit sie in Ruhe gelassen werde. Sie habe ihrem Mann noch gesagt: „Schreibe aber keine Beschuldigungen.“ Nachdem sie bereits zur Arbeit gewesen sei, habe ihr Mann, der zu Hause blieb, den Brief geschrieben, und er habe ihn auch in ihrer Abwesenheit abgeschickt. — Der Mann, als Zeuge zugegen, bestätigte dies und meinte, daß der Inhalt des Briefes nur sein Werk sei, wofür man seine Frau nicht verantwortlich machen könne. — Der Brief ist der Klägerin vor ihrer Entlassung seitens der Direktorin mit den Worten vor gehalten, ob sie von dem Brief wisse, den ihr Mann geschrieben habe. Sie gibt zu, geantwortet zu haben: „Ja, ich weiß davon; denken Sie denn, ich habe meinem Mann nicht erzählt, wie Sie mich trügen!“ Damit habe sie natürlich nur sagen wollen, daß sie von der Tatsache eines Briefes ihres Mannes wisse. — Die Direktorin bejaure folgendes: Die Klägerin sagte: „Ja, ich weiß davon; denken Sie denn, ich lasse mich trügen!“ Im Verlaufe des Gespräches hat die Klägerin, wie ich bestimmt beschreiben kann, unter anderem eine Neuherung dahin getan, daß sie den Schritt ihres Mannes billige. Den Wortlaut der Neuherung kann ich nicht mehr angeben. Ich bestreite, daß ich zur Klägerin „dämliches Frauenzimmer“ gesagt habe.

Das Gericht unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. W i s e n wies am Sonnabend die Klage mit folgender Begründung ab: Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Klägerin sich mit dem Schreiben ihres Mannes identifiziert habe. Dadurch sei sie für den Inhalt mit verantwortlich geworden, auch wenn sie von dem Inhalt keine Kenntnis hatte. Und wenn er Beschuldigungen enthalte, so habe sie die Beschuldigungen sanktioniert. Daraus folge die Abweisung der Klage, denn der Brief enthalte eine grobe Beschuldigung der Stellvertreterin des Chefs, die nach § 123 der Gewerbeordnung zur sofortigen Entlassung berechtige.

Dies Urteil verstoßt klar gegen den Wortlaut des § 123 der Gewerbeordnung. Nach § 123 Ziffer 5 der Gewerbeordnung können Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen werden, wenn sie sich grober Beschuldigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter zuschulden kommen lassen. Ungeachtet davon, daß die angeblich beleidigte Direktorin bei Empfang des Briefes nicht als Vertreter des Arbeitgebers anzusprechen ist, ist es durch keine gesetzliche Vorschrift gerechtfertigt, einen Arbeiter für Beschuldigungen, die seine Frau, oder eine Arbeiterin für Beschuldigungen, die ihr Mann vertritt hat, verantwortlich zu machen. Es ist, zumal eine Verurteilung gesetzlich unmöglich ist, recht bedauerlich, daß das Berliner Gewerbegericht ein so total ungedecktes Urteil hat fällen können.

Delirium tremens als Unfallfolge.

O. verunglückte am 14. Februar 1907 dadurch, daß er beim Auffahren auf einen mit Brettern beladenen Wagen abrutschte und des Hinterkopfes. Der Tod trat infolge „Hirnschwäche“ ein. Die Witwe machte ihren Anspruch auf Hinterbliebenenrente geltend. Die Berufungskommission wies diesen zurück und führte aus: O. war Geistesgestörter gewesen. Am 24. Februar 1907 machten sich Angehörige von Delirium tremens (Säuerwahn) geltend. Die Hirnschwäche sei eine Folge des Delirium tremens.“

Wegen den ablehnenden Bescheid wurde seitens des Arbeitersekretariats Berlin Verlegung beim Schiedsgericht für Arbeitervermittlung eingelegt. Ein Gutachten des Privatdozenten Dr. Sch. über den Zusammenhang des Todes des H. mit dem erlittenen Unfall kam zu dem Ergebnis, daß die tödliche Herzschwäche eine Teilerscheinung des Delirium tremens war. Er sagte u. a.: „Der Ausbruch eines Delirium tremens erfolgt fast nie bei Säugern, ohne daß ein äußeres auslösendes Moment bestände. Solche Momente sind: plötzliche Entziehung des Alkohols, plötzliche Veränderung der Lebensweise, übermäßige Anstrengungen, seelische Aufregungen, akute fieberhafte Krankheiten sowie schließlich Verletzungen.“

Liegt bei einem Delirium tremens eine Verletzung, besonders eine Kopfverletzung vor, so nehmen wohl alle Gerichtsärzte an, daß die Verletzung an dem Ausbruch des Delirium tremens sei, sofern nicht gewichtige Gründe gegen einen solchen Zusammenhang sprechen. ... Mit hinreichender Sicherheit ist festgestellt zu erachten, daß das Delirium tremens als Folgeerscheinung des Unfalls vom 14. Februar 1907 anzusehen ist.

Daraufhin wurde die Berufsgenossenschaft verurteilt, an die Witwe die Hinterbliebenenrente zu zahlen.

Die Vorteile des Regiebetriebes für die Arbeiter.

Die Stadt Zürich führt seit einigen Jahren einen Teil ihrer Arbeiten in Regie aus, worüber das Unternehmertum sehr ungenügend ist. Zu den Gründen, die zum Regiebetrieb führten, gehörte auch die Beschäftigung von Arbeitslosen mit sogenannten Notstandsarbeiten. Um wirklich die Beschäftigung von Arbeitslosen zu erlangen und ihnen einen gewissen Minimallohn zu sichern, ferner den Unternehmern Gewinn zu sparen, wurde der Regiebetrieb gewählt. In der Annahme, ihn diskreditieren zu können, setzten die Bürgerverbände im Großen Stadtrat den Auftrag an den Kleinen Stadtrat durch, über die Verhältnisse und Erfahrungen des Regiebetriebes zu berichten. Der Bericht liegt nun vor, aber das Unternehmertum und seine Anwälte werden nur sehr mäßige Freude daran haben. Mehr als 80 öffentliche Arbeiten sind in den letzten Jahren von der Stadt Zürich ausgeführt worden und nur in 28 Fällen wurden die Vorschläge überschritten, während in 48 Fällen die Ausgaben unter der budgetierten Summe blieben. In eingehenden, die in Betracht kommenden vielseitigen Umstände berücksichtigenden Ausführungen werden diese Feststellungen näher beleuchtet. Dabei wird auch betont, daß die Frage, ob der städtische Regiebetrieb teurer oder billiger gebaut hat, als Privatunternehmer die Arbeiten ausgeführt hätten, nur beantwortet werden könne, wenn für Regiearbeiten auch private Offerten vorliegen. Ein solcher Fall wird nun angeführt. Für die Ausführung einer Straßenkorrektur verlangte die niedrigste Unternehmerofferte 178 000 Frank, während das städtische Bauamt seinerseits die Kosten auf 147 500 Frank veranschlagte hatte. Eine neuerliche Berechnung kam auf 167 200 Frank, immer noch 10 800 Frank weniger als die niedrigste Unternehmerofferte, und so wurde die Arbeit in Regie ausgeführt. Das Rechnungsergebnis blieb dann noch etwas hinter dieser Summe zurück, obwohl auch die Verlegung von Leitungen mit inbegriffen war, die der Privatunternehmer nicht hätte ausführen müssen. In einer ganzen Reihe anderer Fälle lagen die Verhältnisse ebenso, der Regiebetrieb erwies sich für die Stadt vorteilhafter als die Submission. Dabei beschäftigt aber die Stadt auch viele Schwache und Ungeschickte, die von den Privatunternehmern abgelehnt würden, weil sie nur die Tüchtigsten haben wollen. Der Bericht kommt schließlich zu der selbstverständlichen Folgerung, daß die Stadt, weil sie bei der Regiearbeit den Unternehmern Gewinn erspart, entweder ohne Schaden den Arbeitern einen entsprechenden höheren Lohn ausrichten oder billiger arbeiten kann. Ferner bleiben ihr bei Abweichungen vom Vorschlag nicht nur die Mehrausgaben, sondern auch die Ersparnisse, während der Privatunternehmer bei günstigerer Gestaltung der Umstände den erzielten Reingewinn in seine Tasche steckt, bei ungünstigerer Gestaltung derselben aber von der Stadt nachträglich noch eine „Aufbesserung“ verlangt und auch erhält. „Die Sache liegt mithin so, daß beim Regiebau der wirkliche Schaden und der wirkliche Gewinn die Stadt treffen, bei Verlegung der Arbeit dagegen der Unternehmer den Gewinn behält, den Schaden dagegen auf die Stadt abzuwälzen trachtet.“ Woraus folgt, daß soweit als nur möglich Gemeinde und Staat ihre Arbeiten unter Gewährung günstiger Arbeitsbedingungen für die Arbeiter selbst ausführen und nicht mehr seitens Gewinne den Unternehmern zukommen lassen sollten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau in der Arbeiterbewegung.

Die moderne Großindustrie zeitigte die Frauenerwerbsarbeit als Massenerscheinung. Schwere Schäden erwachsen daraus für die Arbeiterfamilie. Kein Wunder, daß angesichts der schweren Schäden, die gegenwärtig die Frauenerwerbsarbeit für die Arbeiterfamilie mit sich bringt, lange Zeit der Ruf erscholl: „Fort mit der Frauenerwerbsarbeit!“

Je mehr die Erkenntnis über das Wesen des Kapitalismus, seiner treibenden Kräfte und Entwicklungsgehalte in Arbeiterkreisen zunahm, desto klarer erkannte man auch, daß die Frauenerwerbsarbeit eine notwendige Folge der heutigen Produktionsweise (Warenerzeugung) ist. Man begriff ferner, daß die schlimmsten Folgeerscheinungen der Frauenerwerbsarbeit als eine Folge ihrer kapitalistischen Ausbeutung zu betrachten ist.

In einer sozialistischen Gesellschaft, in der die gesamten Mittel, die zur Produktion, zur Verfertigung der nötigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter bedurft werden, nicht mehr Privatpersonen, sondern der sozialistischen Genossenschaft gehören, da verschwinden nicht nur die Schäden der Frauenerwerbsarbeit, sie schlagen in ihr Gegenteil um. Es ist klar, daß die Produktion der gesamten Mittel der Gesamtheit, so hat auch die Gesamtheit bei gemeinsamer Arbeit alle notwendigen Produkte, alle Gebrauchsgüter zu verfertigen. Es wird nicht mehr im Dienste des Kapitalisten gearbeitet, um dessen Profit zu sichern und zu erhöhen, sondern alle arbeiten für alle, um die gesamten Bedürfnisse durch gemeinsame Arbeit zu befriedigen.

Je mehr Arbeitskräfte dann zur Verfügung stehen, desto leichter und schneller ist die Arbeit getan, desto größer ist die Produktionsmenge, die erzeugt wird. Je größer also die Zahl der mitarbeitenden Frauenhände, desto kürzer kann die Arbeitszeit, desto leichter die Arbeit für alle sein. Je kürzer die notwendige Arbeitszeit, um so mehr Zeit bleibt übrig für ein geistiges Emporsteigen, für ein harmonisches Zusammenleben, für die Erziehung der Kinder, für Ruhe und Erholung.

Dank zunehmender Erkenntnis in Arbeiterkreisen trat an Stelle des Rufes: „Fort mit der Frauenerwerbsarbeit!“ die Parole: „Durch zum Sozialismus!“ Um dieses Ziel schneller und fester zu erreichen und damit die Arbeiterklasse von der Ausbeutung zu befreien, gilt es, die Kräfte aller Glieder der Arbeiterklasse nutzbar zu machen für den Befreiungskampf. „Stehen mit der Frau in die Arbeiterbewegung!“ heißt deshalb zunächst die Lösung.

Damit die Frauen zur Teilnahme am Befreiungskampf, zur Teilnahme an der Arbeiterbewegung veranlaßt werden, muß ihnen die Notwendigkeit derselben klar sein. Sie müssen den Druck, die Annehmlichkeit der Lohnlaverei nicht nur empfinden, sondern als unerträglich, als unwürdig und schmachvoll bekämpfen lernen und bekämpfen wollen.

Die Erkenntnis des Notwendigen den Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu vermitteln, ist die vornehmste Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Durch die Erwerbsarbeit wird die Arbeiterfrau und Tochter zur Lohnsklavin, aber als solche wird sie auch um so leichter Klassenkämpferin, wird ihr um so leichter das Bewußtsein vermittelt, welche wichtige geschichtliche Aufgabe ihre Klasse, die Arbeiterklasse, zu erfüllen hat, um der Lotengraber des Kapitalismus zu werden.

Verfammlungen - Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Jugendabteilung. Sonntag, den 22. November, nachmittags 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Vortrag und gefelliges Beisammensein. Gäste willkommen.

Sonntag, den 20. November - nicht 22. November - vormittags 10 1/2 Uhr, in den Sophienjalen: Vortrag des Herrn Dr. Gutmann über „Entwicklung der Rüstung“. - Anschließend, nachmittags 4 Uhr, Gratis-Organkonzert in der Kaiser-Wilhelm-Badendankstraße am Zoologischen Garten.

Verfammlungen.

Die Kompottschüssel der städtischen Parkarbeiter.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Parkverwaltung hielten neuerdings abermals eine allgemeine Versammlung im „Englischen Garten“ ab. Sie war so zahlreich besucht, daß der Saal kaum ausreichte, und das ist um so bemerkenswerter, als die Parkarbeiter zu einer Zeit tagtäglich so traurig gestellt sind, daß sie nicht über die paar Groschen verfügen, die zum Versammlungsbesuch notwendig sind. Auf der Tagesordnung stand: Die Schädigung der Parkarbeiter durch das System der Stundenlöhne. Der Referent Polenske bemerkte zunächst, daß, wenn auch die vorige Versammlung den Erfolg gehabt habe, daß die damals vorgenommenen Herbstentlassungen rückgängig gemacht wurden, doch jetzt wieder, und zwar in der nächsten Woche eine große Anzahl Frauen entlassen werden sollen. Die städtische Parkverwaltung oder die einzelnen Reviereleiter scheinen also nicht begriffen zu haben, daß es ebenso grausam ist, jetzt zum Winter und in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise Arbeiterinnen zu entlassen, wie Arbeiter außer Lohn und Brot zu bringen, obwohl dies deutlich genug in der von der vorigen Parkarbeiterversammlung gefassten Resolution zum Ausdruck kam. — Der Redner schilderte sodann ausführlich die Lohnverhältnisse, die unsere Reichshauptstadt ihren Parkarbeitern und -arbeiterinnen bietet. Berlin hat sich noch immer nicht dazu aufschwingen können, wie Charlottenburg und Niddorf, einen Mindestlohn von 4 M. einzuführen. Ein Teil der Parkarbeiter erhält 3 M., andere erhalten 3,50 M., und die Frauen, die ja ebenso wie die Männer in Wind und Wetter tätig sein müssen, bekommen 2 M. für den vollen Arbeitsstag. Eigenlich ist es, daß die Jwaaliden- oder Altersrentenempfänger, obwohl es sich um Leute handelt, die dieselbe Arbeit verrichten wie ihre Kollegen, soviel Lohn weniger erhalten, als ihre Rente ausmacht. Ein Rentenempfänger, der sich über diese Ungerechtigkeit beschwerte, soll von dem betreffenden Obergärtner die Antwort erhalten haben: „Wenn Sie denselben Lohn haben wollten, müssen Sie auf die Rente verzichten.“ Nun ist ja die Parkdeputation bereit, die Tagelöhne von 3,50 M. auf 3,75 M. zu erhöhen, aber die Rentenempfänger sollen sich nach wie vor mit 30 Pf.

die Stunde begnügen. So unzureichend die Löhne im allgemeinen sind, erhält ein großer Teil der Parkarbeiter doch noch viel weniger, als man nach den Tageslöhnen annehmen müßte. Als nämlich im Jahre 1906 die Arbeitszeit von 11 Stunden auf 10 verkürzt wurde, führte man statt der Tages- oder Wochenlöhne Stundenlöhne ein, und nun wird den sogenannten Saisonarbeitern, unter denen Leute sind, die schon eine Reihe von Jahren in den städtischen Parks arbeiten, in einzelnen Revieren sehr gewissenhaft jede Viertelstunde vom Lohn abgezogen, um die die Arbeitszeit im Winterhalbjahr kürzer ist als im Sommer. Seit dem 1. Oktober wurde von 6 bis 5 1/2 Uhr gearbeitet und demgemäß bei 90 Pf. Stundenlohn 90 Pf., bei 35 Pf. 1,05 M. die Woche abgezogen. Seit dem 15. November wird von 7 bis 5 Uhr gearbeitet, wobei die Winterzeit um 1/2 Stunde verkürzt ist, und demgemäß wird die Woche für 49 1/2 Stunden Lohn gezahlt, also bei 90 Pf. 14,85 M., wovon, nach Abzug von 31 Pf. Kostenbeiträgen, 14,04 M. übrig bleiben. Dazu kommt dann noch, daß auch die Feiertage abgezogen werden, wonach man sich leicht ausrechnen kann, was diese städtischen Proletarier in der laufenden Woche, und um wie viel weniger sie noch in der Weihnachtswochen verdienen werden. Es ist, wie der Redner hervorhob, tatsächlich so, daß Leute, die im Dienst der Stadt tätig sind, nebenbei die Armenunterstützung in Anspruch nehmen, oder etwas beseßene Kollegen um ein Almosen bitten müssen. Merkwürdig ist es, daß das Stundenlohnsystem nicht in allen Parks revieren durchgeführt ist. Benutzt wurde in der lebhaftesten Diskussion, die dem Vortrag folgte, bemerkt, daß z. B. in Moabit nur Tagelöhne bezahlt werden. Dort soll der Obergärtner auch versichert haben, daß keine Frauen entlassen werden.

Unter den Frauen, die in den städtischen Parks und Anlagen arbeiten, gibt es solche, die weil sie sich auf andere Weise durch helfen können, in der rauhen Jahreszeit auf die Arbeit verzichten. Ein großer Teil von ihnen ist aber so sehr auf den geringen Verdienst angewiesen, daß sie auch bei härtester Kälte nicht darauf verzichten können. — Ferner wurde mitgeteilt, daß das Stundenlohnsystem auch in der Weise angewandt wird, daß eine Anzahl Parkarbeiter, die nun bei den städtischen Wasserwerken beschäftigt sind, wo die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt ist, auch nur für 9 Stunden Lohn erhalten; also bei 35 Pf. statt 3,50 nur 3,15 M. für die schwere Arbeit bei den Hochrädern.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die im „Englischen Garten“ versammelten Arbeiter und Angehörigen der städtischen Parkverwaltung haben zum System der Stundenlohnung im Winter Stellung genommen. Die Versammelten bedauern auf das lebhafteste diesen unsozialen Beschluß der Verwaltung. Die Entlohnung nach Stunden an Stelle der früher üblichen Tagelöhne bedeutet für einen großen Teil der Arbeiter eine bedeutende Schmälerung ihrer ohnehin schon niedrigen Löhne. Wochenverdienste von 15 M. bis herab zu 8 M., wie sie infolge der Bezahlung nach Stunden zu verzeichnen sind, genügen bei den jetzigen Lebensverhältnissen in keiner Hinsicht zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse, geschweige denn zur Ernährung einer Familie. Die Versammelten erachten es für unwürdig der Stadt Berlin, als der ersten Stadt des Reiches, daß städtische Arbeiter zur Fröstlung ihrer Existenz die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen müssen. Die Versammelten erwarten bestimmt von der Verwaltung eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse auf Grund der eingebrachten Lohnanträge zum Etat 1908. Sie beauftragen den Arbeiterausschuß, diesen Beschluß der heutigen Versammlung den zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen.“

Selbstverständlich wird der Arbeiterausschuß auch die geplanten Entlassungen zur Sprache bringen. Hierzu wurde noch hervorgehoben, daß die Parkarbeiterinnen doch zur Winterzeit im Rathaus beschäftigt werden könnten. — Man bedauerte es, daß zu der Versammlung kein Stabsobermeister und kein Mitglied der Parkverwaltung erschienen war.

Lehr- und Diätetikerklub „Moabit“. Montag, den 23. November, abends 9 Uhr: Sitzung bei Boshstein, Salzweberstr. 16. **Allgemeine Familien-Sterbekasse.** Heute Zahl- und Aufnahmeversammlung. 120 und Paradenstr. 48 im Restaurant von 8-8 1/2 Uhr.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20.11.	am 19.11.	Wasserstand	am 20.11.	am 19.11.
	om	om 1/2		om	om 1/2
Wesel, Ruhr	160 ⁰	-3	Saale, Großk.	72	+3
Eregel, Zisterberg	18 ⁰	0	Havel, Spandau	44	-1
Beichsel, Thon	28 ⁰	+2	Rathenow	21	-3
Oder, Rathor	8 ⁰	+2	Spree, Spandau	68	0
Proffen	80 ⁰	-3	Westow	57	-2
Frankfurt	88 ⁰	+11	Weser, Minden	-112	-10
Wärde, Schimm	-4	+6	Rhein, Minden	-38	0
Landberg	-16	+4	Rhein, Maxilianbau	290	0
Rehe, Vordamm	3	+11	Ramb	82	+3
Elde, Leitmeritz	-55	+7	Röln	51	+1
Dresden	-199	+4	Neckar, Heilbronn	24	+2
Harbu	14	+6	Rain, Wehrheim	99	+3
Regensburg	32	-4	Roßl, Trier	11	-2

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Untersee. - *) Eisstand. - *) Eisfrei. - *) oberhalb von Thon Eisstand. - *) Eisfrei. - *) Schwaefel Treibsch.

Rabitzputzer
selbständig, als Teilhaber eines gut eingeführten Spezial-Geschäfts gesucht. Höhe der Geschäftseinkünfte erbeten. **Herrn J. & Expedition des „Vortwärts“.** 28045

Kleiner Saal, 150 Personen, zum 28. Novbr. zu vergeben **Frankfurter Bierhallen,** Große Frankfurter Str. 99.

Pelzwaren
Nach besonderer Reise-saison verkaufe zu **Enorm billigen Engrospreisen**
Berlin, Mänsenstr. 18 I.

Tischler,
nur erste Kräfte, mit einer Einlage von 1000-2000 M., können sich an fünfjährig bestehender Möbelfabrik als **Gesellschafter** beteiligen. Fabrik mit 20 Bänken und sämtlichen Maschinen. Offerten unter **F. A. 47** Postamt 34.

Wer - Stoff - hat
fertige Hüte nach Maß 20 M. Tobelloser St. haltbare Futterstoffe. Bei Stoffliefern. ag billige Preise. **Frankl,** Adenstraße 143, 44828*
Ed. Invalidentruhe.

Gänsefedern
mit Daunen Befere frei ins Haus gegen Nachnahme von 14.20, fortliche kleine Federn a Pfd. 2 M. und 2.25; neu, was nicht gefüllt, zurück. **Emil Jancke,** Berlin, Oberbrenn. Gänsefantenstalt. 14/20*

Reste
Damentuche, schwarz u. farbige, Kostüm-Stoffe, neueste Futterstoffe, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Chevrolet-Kammgarne zu Friabest-Küngen.

Stoppdecken
neueste Stoppdecken, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik **Bernhard Strohmader,**
Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72
W. 15, Joachimsthaler Straße 23/26.
Alle Stoppdecken werden aufgearbeitet.

Konfektion:
Paletots, Jackotts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümrocke.
Steis Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
Dorfhauserstr. 18. I*

Raucht Réunion-Cigaretten
Genau nach **CAIRO ART**
VINETA N°33 3PF
HARMONIE - 27F.

Achtung! Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mk. Grammophone, Phonographen, Menznerhauer Zithern, Geigen, Mandolinen uho. (Gr. Reg. Zonophon-Platten, Edison-Walzen, Herren- u. Damen-Uhren, Ketten, Ringe. **Juhre's Spezial-Geschäfte**
Hauptgeschäft: N., Brunnenstr. 117, vorm. i. Z. Filialen: 50., Britzer Str. 10, Partener u. NW., Rostocker Str. 22, am Bahnhof Weißenseestraße.

Achtung!!
Sumatra, zweite Länge, hell und gut brennend, per Pfund **M. 1,50.**
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: **BERLIN N., Brunnenstr. 190.**

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Sumatra Decke Nr. 6198
a 1,70 M. per Pfd.
Java-Sumatra Nr. 6195
a 2,50 M. per Pfd. 44852*
Bohnenblätter mit guten Farben und feinem Brande.

Billige Rohtabake.
Max Jacoby, Stollitzerstr. 52.

Möbel Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Außerst billige Preise.
Rud. 45012*
Ratenzahlung.

Heinrich Franck
Berlin, Brunnenstr. 185
Sumatra-Decke Nr. 1401
ganz hell, 2te Länge unter 1 1/2 Pfd. deck., frotter
schneeweißer Brand
nur **2,90 verz.**
Geschäftsabschluss 7 Uhr.

Atelier für künstlichen Zahnersatz
Zahnziehen, Plombieren.
Alfred Faustmann, Waldemarstr. 49.

Anzüge n. Paletots
aus Ia Stoffen. Monats- u. maß angehobte Sachen staunend billig.
Maßschneiderei Voß, nur Brunnenstr. 3 I (Rosenthal Tor)

Teilzahlung
monatlich 10 M. mehrere Herren-Garben nach Maß (allg. Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Alle Belen-Berliner.
Kasse 10% billiger.

Lombardhaus
H. Graff, Beuthstraße 5.
Brillanten, Uhren, Goldwaren.
25-50 Proz. unter Ladenpreis.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. — Sonnabend, den 21. November 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Die Besprechung der Interpellation Brust (3.) u. Gen. über das Grubenunglück von Rabbod

wird fortgesetzt.

Handelsminister Dr. Delbrück: Ich habe gestern Herrn Leinert aufgefordert, mir diejenigen Zeugen zu nennen, die bereit sein sollten, seine hier aufgestellten Behauptungen vor dem Richter eidlich zu erhärten. Er hat mir darauf in seinem Schlusswort, wenn ich ihn richtig verstanden habe, erwidert, er sei bereit, die Zeugen zu benennen, wenn ich eine Garantie dafür übernehme, daß sie nicht auf die sogenannten „schwarzen Listen“ kämen. Herr Leinert wird sehr wohl wissen, daß ich eine derartige Garantie nicht übernehmen kann, weil es völlig außer meiner Macht liegen würde, die Beteiligten dazu anzuhalten, diesem meinem Versprechen zu entsprechen. Ich bin aber bereit, diejenigen Bergleute, die mir Herr Abg. Leinert unter Angabe der aufgestellten Behauptungen namentlich machen wird, soweit sie dies wünschen, auf fiskalischen Werken in der Ruhr anzulegen (Bravo!) und ihnen nicht zu kündigen, wie auch die Ausgaben ausfallen mögen, die sie im Prozeß abgeben. (Bravo!) Ich hoffe, Sie werden daraus entnehmen, wie ernst es mir mit der Ermittlung der Wahrheit in dieser schweren Angelegenheit ist. (Bravo!)

Bei Durchsicht der Presse habe ich den Eindruck gehabt, als wenn es mir nicht gelungen ist, den Gedankengang des zweiten Teiles meiner Ausführungen mit der mir wünschenswerten Klarheit Ihnen verständlich zu machen, namentlich bezieht sich das auf den letzten Teil, auf die Beteiligung der Arbeiter bei dem Arbeiterschutz. Ich will deshalb mit wenigen Sätzen meine Ausführungen rekapitulieren. Der Gedankengang meiner Ausführungen war der folgende: Ich habe die Frage aufgeworfen: Warum sind wir nicht in der Lage, die Massenunglücksfälle in den Bergwerken sowohl wie die einzelnen zu beschaffen, trotz des Bestehens der Rechenverwaltungen, sowie Unfallverhütungseinrichtungen wie möglich zu treffen, und trotz des Interesses, das Rechenverwaltung und Bergleute an einer gewissenhaften Beobachtung der Verhütungsvorschriften haben. Ich habe ausgeführt, daß es außerordentlich schwer ist, mit Rücksicht auf die besonderen Eigentümlichkeiten in Bergwerksbetrieben, diese Betriebe dauernd und erfolgreich zu kontrollieren, daß auch ein Heer von Einfahrern niemals in die Lage kommt, unterrichtet zu sein über das, was an jedem einzelnen Tage sich in dem Bergwerk und seinen einzelnen Betriebspunkten ereignet. Daraus habe ich gefolgert, daß jede Einrichtung, die auf periodischer Revision durch polizeiliche Beamte basiert, und nicht zum Ziele führen kann. Daraus habe ich die Konsequenz gezogen, daß die Arbeiterkontrollen, wie sie von uns verlangt werden und in anderen Ländern bestehen, die ähnlich wie Polizeibeamte, nur periodisch in gewissen Zwischenräumen die Gruben besahen, ebensowenig in der Lage sein werden, das von uns gewünschte Ziel zu erreichen. Daher habe ich gesagt: Ich kann mir aus diesem Grunde von den Arbeiterkontrollen keine erfolgsverheißende Tätigkeit versprechen und kann sie infolgedessen, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, nicht empfehlen. Aber ich habe mich nicht auf diesen negativen Standpunkt beschränkt, sondern habe darauf hingewiesen, daß die Einrichtungen auf den fiskalischen Saargruben und nach meiner Meinung ein Vorbild für eine eventuelle gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit geben können. Auf Grund meiner Erfahrungen dort bin ich überzeugt, daß diese Einrichtung die Mängel beseitigen würde, die jeder periodischen polizeilichen Revision, von wem sie auch ausgehen möge, anhaften. Ich denke mir die Sache so, daß man die Arbeiterausschüsse dahin ausbaut, daß etwa jede Steigerabteilung in geheimer, direkter Wahl, wie sie ja jetzt schon für die Ausschüsse besteht, aus ihrer Mitte ein Mitglied in den Ausschuss schickt und daß dann diese Mitglieder des Ausschusses das Recht haben sollen, zu bestimmten Zeiten, an einem Tag in jedem Monat, den sie zu bestimmen haben, ihre Abteilungsgegenstände eines Beamten zu besahen und die Ergebnisse ihrer Befragung der Bergleute in ein Heftbuch einzutragen, das der Bergpolizei zugänglich zu machen sein würde. Es wäre das auch eine wirksamere Beteiligung der Arbeiter an dem Arbeiterschutz, als sie je durch die bisher verlangten Arbeiterkontrollen erreicht werden kann, weil diese Vertrauensleute verantwortlich sind für einen bestimmten, ihnen genau bekannten, von ihnen täglich genau gesehenen Teil der Grube. Das wollte ich zur Vermeidung von Mißverständnissen hier noch einmal feststellen. (Bravo!)

Abg. Korsantj (Pole) begrüßt die Erklärung des Ministers über die Aufnahme der Arbeiter, die Aussagen machen und gemacht werden, in die staatlichen Gruben, erwartet aber, daß sie auch denselben Lohn erhalten wie bisher. Die Hauptsache bei der Kontrolle ist, daß die Ankunft der Kontrollen nicht vorher angemeldet wird. Es ist zu begrüßen, daß der Herr Minister jetzt

eine andere Auffassung über die Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle gewonnen hat, er hat sich offenbar gewissenhafter mit der Materie befaßt als früher. Es müssen aber auch Garantien geschaffen werden, daß die Vertrauensleute der Arbeiter, die die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, nicht entlassen werden, wie das heute fast täglich geschieht. (Sehr richtig! links.) Vielsach hängen die Unglücksfälle auch damit zusammen, daß Tausende unserer polnischen Landleute, die durch die Politik der preussischen Regierung aus ihrer Heimat vertrieben werden, durch Agenten verlockt, nach Westfalen gehen und dort Bergleute werden, obgleich sie von dem Betriebe keine Ahnung haben. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ich muß leider bestätigen, daß die Bergarbeiter zu der Regierung und zu diesem hohen Hause kein Vertrauen haben. (Hört! hört!) Das kann man den Arbeitern angedeihen lassen. (Hört! hört!) Das kann man den Arbeitern angedeihen lassen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Fackelde (fr. Pp.): Das letzte Wort über die Ursachen des Grubenunglücks wird jedenfalls das Gericht haben. Die Verwaltung und mit ihr das Parlament haben das dringendste Interesse an der Aufklärung, und Herr Leinert hat die Pflicht, seine Zeugen zu nennen. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Handelsminister sich bereit erklärt hat, Arbeiter, die auf Grund solcher Aussagen entlassen werden, in die fiskalischen Gruben aufzunehmen. Nur durch die eidliche Vernehmung dieser Zeugen kann der Eindruck der Einseitigkeit, den die gestrige Rede des Herrn Leinert machte, beseitigt werden. Herr Leinert meinte, die Sozialdemokratie habe nicht. Wie sieht damit im Einklang die heutige Bemerkung des „Vorwärts“: „Wenn die Bergwerksverwaltung ihre Bedauern über das Unglück ausdrücke, so sei das freche Scheitern.“ (Hört! Hört! rechts.) Dagegen sprach auch das gestrige Wort des Herrn Leinert: „An den Dividenden liebt das Blut der Arbeiter.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es irgendwo ein gemeinsames Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter gibt, so ist es doch das Interesse an der Betriebssicherheit. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Bergwerksbetreiber haben doch selbst große Verluste infolge eines solchen Unglücks. Wir begrüßen es, daß durch eine gesetzliche Regelung, wie sie der Herr Minister in Aussicht stellte, nun endlich eine Besserung der Verhältnisse herbeigeführt werden soll. Nur sollte die Kontrolle durch die Vertrauensleute der Arbeiter häufiger als einmal im Monat erfolgen.

Abg. Leinert (Soz.):

Ich bedauere, daß es mir nicht gestattet ist, auf die maßlosen Angriffe zu antworten, die gegen mich gerichtet sind. Ich habe nämlich nur das Wort erhalten, um auf die Erklärungen des Handelsministers antworten zu können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Handelsminister hat erklärt, daß er eine Garantie dafür nicht übernehmen könne, daß die Arbeiter nicht auf die schwarzen Listen überführt würden. Ich gebe das zu. Ich hoffe aber noch die Zusicherung zu erhalten, daß der Handelsminister diese Arbeiter zu gleichen Bedingungen in Bezug auf die Lohnhöhe in den fiskalischen Werken anstellen wird, und weiter die Zusicherung, daß diese Arbeiter auf den fiskalischen Werken nicht geschult werden.

Ich habe inzwischen neue Mitteilungen bekommen, und erkläre, daß ich dem Herrn Handelsminister die Namen noch im Laufe der heutigen Sitzung mitteilen werde. Ich habe mir bereits gestern telegraphisch die Adressen kommen lassen. Damit wird die unerbötliche Behauptung widerlegt, daß ich hier beweislose Behauptungen aufgestellt habe. Ich erwarte, daß die Herren, die mir das vorgeworfen haben, ihre Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen werden. (Lachen rechts.) Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin ebenso wie alle Mitglieder dieses Hauses von der Pflicht der Abgeordneten, die Wahrheit zu sagen, durchdrungen, und diese meine Ehrenhaftigkeit hat man gestern in Frage gestellt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brust (3.): Mit der Verantwortung der Interpellation durch den Herrn Minister sind wir vorab zufriedengestellt. Die in Aussicht gestellten gesetzlichen Maßnahmen, wodurch die Bergwerksdirektoren usw. ebenfalls für die Betriebssicherheit verantwortlich gemacht, und die Arbeiter an der Kontrolle in den Gruben beteiligt werden sollen, begrüßen wir mit Freuden. Bedingung ist für uns, daß die Vertrauensleute in geheimer Wahl und daß sie tunlichst gegen Wahregelungen geschützt werden. Wenn Herr Leinert behauptete, nur der sozialdemokratische Verband besitze das Vertrauen der Arbeiter, so ist er offenbar nicht genügend informiert. Ich stelle demgegenüber fest, daß der christliche Bergarbeiterverband immer mehr an Mitgliedern zunimmt. Daß die infolge ihrer Aussagen etwa gemahregelten Arbeiter in die fiskalischen Gruben übernommen werden, halte ich für richtig. Sollte das aber auch nicht geschehen, so haben die Organisationen die Pflicht, sich dieser Bergleute anzunehmen. Die Zurücksetzung der Rettungsmannschaften und die rechtzeitige Schließung des Schachtes wird jeder Mann nur für gerechtfertigt erklären müssen. (Bravo! im Zentrum.) Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Feldmarschall und Gründer.

In letzter Zeit ist wieder recht viel von den „alt-preussischen“ Traditionen die Rede und auch unser zitatenreicher Reichskanzler fordert ja zur „alt-preussischen Sparsamkeit“ auf. Zu den alt-preussischen Grundsätzen gehört sicher auch der, daß man die kleinen Spitzbuben hängt und die großen laufen läßt.

Mit der sogenannten „Gründerzeit“ sind die Klugköpfe Namen der „Edelsten und Besten“ preussischer Nation innig verflochten. Auch „Paladine“ des „großen Kaisers“ machen hiervon keine Ausnahme. Dafür legen eine Reihe von vergilbten Briefen, die der Feldmarschall von Manteuffel einst an den Geheimrat Moritz Simon in Königsberg schrieb und die uns vorliegen, bereites Zeugnis ab. Sie beweisen zugleich auch, wie mächtige Fürsprecher die großen Diebe in Preußen von jeher gefunden haben.

Befragter Moritz Simon war einer der vielseitigsten Gründer, der im Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts an den schlimmsten Schwindelunternehmungen beteiligt war. Er verwandelte sowohl die „fortschrittliche“ „Königsberger Gartungsche Zeitung“ als auch die konservative „Ostpreussische Zeitung“ in ein Aktienunternehmen. Er war als „konservativer“ Mann mit dem Adel der Provinz Ostpreußen eng verbunden und mit Manteuffel, der vor dem Kriege 1870-71 in Königsberg kommandierender General war, intim befreundet. Die Staatsanwaltschaft beschäftigte sich mehrfach mit Simons Gründungen und wurde er auch wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott seines national-liberalen Mitgründers Jacob zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Hierauf dürften sich augenscheinlich die nachstehenden zwei Briefe Manteuffels an Simon beziehen, die wir im Wortlaut folgen lassen:

1. Brief:

Lieber Herr Geheimrat!

Ich danke Ihnen nochmal für Ihren Besuch und belege nur, daß Sie die Wochentage nicht kamen und dabei meinen Wagen

nicht auf der Eisenbahn gefunden und Mittags den Topferstein nachdem nicht bekommen haben. Ihren Entwurf und die Bemerkungen des Herrn Konneberg habe ich nun heute früh nochmals durchgesehen. Ich bin mit demselben, wenn er nach den Bemerkungen des Herrn Konneberg, wie sie in dessen Briefe vorgefunden, umgeschrieben wird, ganz einverstanden und habe nur an einer Stelle ein Fragezeichen gemacht, weil ich glaube, daß dieser Satz lieber ganz wegfällt. Hätte der Generalstaatsanwalt wegen heider Vergehen auf Freisprechung angetragen, so könnte die Ausführung nicht schaden, so macht es keinen guten Eindruck auf den Leser, wenn der Generalstaatsanwalt wegen des mit Geld belegten Vergehens auf Freisprechung, wegen des mit Gefängnis belegten auf Verurteilung anträgt oder wenigstens nicht für Freisprechung stimmt. Wenn nun der König unter dem Eindruck des Lesens — denn Sr. Majestät lesen solche Sachen selbst — die Ansicht faßt: gut, wir wollen nach dem Bortum des Generalstaatsanwalts entscheiden und die Geldstrafe erlassen, während es bei der Gefängnisstrafe verbleibt?

So unwichtig die Ausführung des Ausspruchs ist, daß die Gerichte heider Instanzen bezüglich des ersten Vergehens anerkennen, daß die Ahnen zur Last gelegte Handlung nicht des Vorteils wegen begangen ist, so wenig Gewicht lege ich auf den Ausspruch des Generalstaatsanwalts.

Wollen Sie ihn anführen, so muß derselbe wenigstens als im Zusammenhang mit der Ausführung der Anerkennung der Gerichte beider Instanzen hingestellt werden. Also z. B. bezüglich des ersten Vergehens erkennen die Gerichte erster und zweiter Instanz ausdrücklich an, daß die mir zur Last gelegte Handlung nicht des Vorteils wegen begangen worden ist usw.

Bezüglich des zweiten Vergehens aber hat bei der öffentlichen Verhandlung vor dem Königl. Ober-Tribunal der Generalstaatsanwalt sogar auf Freisprechung angetragen.

Dies sind meine Sentiments betreffs des Entwurfs des Gnadengesuchs.

Nun das Wie der Ueberreichung desselben. Da haben Euer Hochwohlgeboren verschiedene Wege, und wie Sie wissen, bin ich einer der in Vorschlag stehenden. Nun, auch hierüber habe ich heute Nacht nochmals nachgedacht. Was ist heutzutage Person gegen Korporation.

Sie haben mir gesagt, daß die Kaufmannschaft noch unentschieden sei, ob sie durch Abfindung einer Deputation oder bloß durch Abfindung eines Schreibens Ihr Begnadigungsgesuch unterstützen solle.

Nun, ich erwachte es am wirksamsten und für alle Zukunft bedeutendsten, wenn die Kaufmannschaft durch eine Deputation Ihr

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz betreffend

den Wohnungsgeldzuschuß für die unmittelbaren Staatsbeamten. Abg. v. Hennigs-Teichlin (L.) begrüßt den Entwurf im allgemeinen. Nur einige Ungerechtigkeiten bei der Klasseneinteilung müßten nach beseitigt werden.

Abg. Dr. König-Stresfeld (3.) wünscht eine Differenzierung der verheirateten und unverheirateten Beamten in bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß.

Abg. Dr. Schroeder-Kassel (natl.): Wenn man hier von einer Differenzierung der Verheirateten und Unverheirateten absieht, so muß dasselbe jedenfalls auch bei den Lehrern geschehen. Wegen die Klasseneinteilung haben auch wir verschiedene Bedenken.

Abg. Dr. Wagner (L.) bezweifelt als Mathematiker die Richtigkeit der Berechnung der Durchschnittssätze. Schon daher sei eine Verwerfung der Vorlage an die Budgetkommission notwendig.

Unterstaatssekretär Dombis entschuldigt die Abwesenheit des Finanzministers. — Eine Ortsklasseneinteilung, die alle befriedigt, ist ausgeschlossen. Zweifellos muß die Ortsklasseneinteilung, die im Reiche erfolgt, auch für Preußen gelten. Es würde sonst immer die eine Einteilung gegen die andere ausgespielt werden. Es kann auch nur das System des Reiches im ganzen angenommen oder verworfen werden. Der Reichstag, alle jetzt heruntergesetzten Orte um eine Klasse zu erhöhen, würde zur völligen Systemlosigkeit führen. Eine Differenzierung der verheirateten und unverheirateten Beamten würde dem Reichsbewußtsein der Beamten wohl kaum entsprechen. Auch würden sich dabei große praktische Schwierigkeiten ergeben.

Abg. Götting (fr. Pp.): Was den Beamten recht ist, muß den Lehrern billig sein. Daher verlangen wir auch die Aufhebung der Differenzierung verheirateter und unverheirateter Lehrer. (Sehr richtig! links.) Eine verschiedene Klasseneinteilung im Reiche und in Preußen würde in der Tat zu den größten Ungerechtigkeiten führen, aber da wir zuerst mit der Vorlage beschäftigt sind, können wir doch Änderungen vornehmen in der Erwartung, daß das Reich dann diesen Änderungen zustimmt. Die nächste Revision des Wohnungsgeldzuschusses sollte nicht erst nach zehn, sondern schon nach fünf Jahren erfolgen. Vor allem müssen wir verlangen, daß die preussischen Beamten mindestens denen in Baden und Bayern gleichgestellt werden. Die Regierung sollte unseren Anträgen in bezug auf die Besserstellung namentlich der Unterbeamten mehr Entgegenkommen beweisen. (Bravo! links.)

Abg. Felsch (fr. Pp.): Die Klasseneinteilung bedarf der Nachprüfung. Am besten wäre es, man gäbe statt des Wohnungsgeldzuschusses Ortsgulden.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten.

Abg. v. b. Osten (L.) wendet sich vor allem gegen die Bestimmung, daß der Tarif für die den Kreisärzten zustehenden Gebühren durch den Kultusminister und nicht durch Gesetz festgesetzt werden soll. An dieser Bestimmung sei bereits ein früheres Gesetz vom Jahre 1904 gescheitert. Der Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Schmieding (3.) fürchtet, daß der Entwurf eher zu einer Schädigung als zur Besserstellung der Kreisärzte führen wird.

Abg. Schröder-Kassel (natl.) schließt sich den Vordemern an: Der Entwurf beseitigt die jetzige Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiete nicht.

Abg. Dr. v. Woyna (fr.) tritt dafür ein, daß der Entwurf noch vor Beratung der Befoldungsvorlage erledigt wird.

Abg. Rosenow (fr. Pp.): Auch meine Freunde haben erhebliche Bedenken gegen die Vorlage, vor allem können wir es nicht verstehen, weshalb man allein den Medizinalbeamten Nebenbezüge für eine außeramtliche Tätigkeit verbieten will.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Erste Beratung des Entwurfs betreffend das Kommunalsteuerprivileg der Beamten und des Entwurfs über die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat einen Antrag eingebracht, durch den die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Abänderung des allgemeinen Vergütungsgesetzes noch in dieser Session verlangt wird. Durch den Entwurf soll erstens die Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten schärfer abgegrenzt und die Verantwortlichkeit der Wertbefugten und ihrer Vertreter (Generaldirektoren, Direktoren usw.) des näheren geregelt werden; zweitens „nach dem Vorbild der in den

Gnadengesuch Sr. Majestät vorlegt und in ihrem Anschreiben, und wird sie vorgelesen, auch mündlich, dem Kaiser sagt: Sie seien beurteilt und bitten Sr. Majestät um Begnadigung. Die Kaufmannschaft von Königsberg fühlte sich aber gedrungen, Ihnen öffentlich einen Beweis ihrer Achtung zu geben und Zeugnis dafür abzulegen, wie sie die Ueberzeugung habe, daß Sie ohne Wissen und Willen gegen das Gesetz gefehlt hätten. Die Kaufmannschaft habe sie daher aufgefordert, ihr Ihr Gnadengesuch zur Vorlage an Sr. Majestät zu übergeben. Dieses Gnadengesuch überreichte sie jetzt dem Kaiser und bittet im Namen der Kaufmannschaft von Königsberg um Genehmigung desselben.

Ein solcher Schritt ist ein Fürspruch der Genossenschaft, der 10 Kreise von Gerichten aufweist, der für ihr ganzes Haus von hoher Bedeutung ist und der von Einfluß auf die Entscheidung Sr. Majestät sein dürfte. Daß ich mich dann bei diesem Wege nicht passiv verhalten werde, versteht sich und die Anmeldung der Deputation würde durch Minister Graf Eulenburg oder Oberhof- und Hundsmarschall Graf Hüder erfolgen. An beide würde ich schreiben und zweifle nicht, daß der Kaiser die Herren empfangen wird und daß die Sache so auch am schnellsten entschieden wird und alle unangenehmen sozialen Folgen für Sie und Ihre sehr verehrte Frau Gemahlin am besten und effizientesten tot gemacht sind.

Teilen Sie und teilt die Kaufmannschaft diese meine Auffassung nicht, so bedarf es keiner neuen Versicherung, daß ich sehr gern bereit bin, Ihr Gnadengesuch Sr. Majestät vorzutragen, und für diesen Fall bitte ich nur die Abschriften der Eingaben der Kaufmannschaft oder doch Mitteilung der Schritte, die noch von anderen Seiten für Sie geschehen. Und nun noch einen Rat: Was geschehen soll, muß rasch geschehen. Briefe an mich bitte ich immer mit der Aufschrift: durch besonderen Voten abzugeben, zu versehen, sonst bleiben sie hier oft liegen.

Die Anlagen für Entwurf und Brief an Herrn Konneberg. Und nun Gott befohlen und Empfehlung an Frau Gemahlin, Spiegelberg, 11. November 1874.

H. Manteuffel (Feldmarschall).

2. Brief:

Lieber Herr Geheimrat!

Ich empfang im Augenblick meiner Abreise nach Berlin Ihren Brief vom 17. Es führen viele Wege nach Rom, und nur das steht fest, daß wenn man die Zeit über die Auswahl irgendeines Verkäufers, nun zuletzt gar nicht nach Rom kommt. Also, lassen Sie mir Ihr Gnadengesuch und Abschrift des Gnadengesuchs der Kaufmannschaft und Bürger von Königsberg und dann drauf los.

flakischen Bergwerken bewähren (!) Einrichtung" Mitglieder der für die einzelnen Bergwerke vorhandenen Arbeiterausschüsse die Befugnis bezeugt werden, die Grubenbaue zu besichtigen und bei der Kontrolle der für die Sicherheit der Bergarbeiter zu treffenden Maßregeln mitzuwirken.

Auf deutsch: Der Berg soll gewaschen, aber nicht nah gemacht werden.

Drucksachen.

Aus dem Reichstage. (Nr. 1) Verzeichnis der Vollmachten zum Bundesrat usw. (6. Auflage, abgeschlossen am 10. November 1908).

(Nr. 1043) 3. Teil des Denkschriftenbandes zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen.

Aus Industrie und Handel.

Der amerikanische Kapitalismus.

Amerika ist ein kapitalistisches Land in seiner höchsten Vollendung. Jede kapitalistische Eigenheit zeigt sich hier in seinen schärfsten Formen. In keinem Lande der Welt haben die Trustgesellschaften sich eine derartige Macht sichern können, nirgends ist das Erwerbsleben derartig rücksichtslos geworden in seinen Mitteln, wie in Amerika. Amerika ist das Land der Europäern geworden. Alle diejenigen, denen in der Heimat die Verhältnisse zu enge waren, gingen hinüber, um dort ihr Glück zu versuchen. Was sie mitbrachten, war ein rastloser Drang nach Betätigung, nach wirtschaftlichen Erfolgen. Der wirtschaftliche Daseinskampf wird drüben brutal und rücksichtslos geführt. Der Unternehmer findet eine Arbeiterkraft, die in ihrem Erwerbssinn nur von heute auf morgen rechnet, deren krasser Egoismus kein Gemeinheitsgefühl und kein Klassenbewusstsein aufkommen läßt.

Der amerikanische Unternehmer ist vor allen Dingen tätig gewesen auf dem Gebiet der Fabrikorganisation. Auch bei uns in Deutschland beginnt man, sich in dieser Beziehung zu amerikanisieren. Besonders jetzt in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges kommt der Industrielle zu der Erwägung, ob er das Ausbeutungsgefäß auch in wirtschaftlicher Vollendung ausübt.

Der Amerikaner ist Anhänger der Standardfabrikation. Ein neues Fabrikat wird in allen seinen Einzelheiten sorgfältig durchkonstruiert und dann in Massenfabrikation hergestellt. Eine große Auswahl von Typen auf den Markt zu liefern, erscheint dem Unternehmer unrationell. Ferner wird in der Massenfabrikation die Werkzeugmaschine ganz anders in den Produktionsprozess eingefügt, als bei uns. Für jede Arbeit bemüht man sich, Sonderwerkzeuge und Spezialvorrichtungen zu bauen.

Charakteristisch ist die Art der Gewinnbeteiligung, die der amerikanische Unternehmer anwendet. Jeder Arbeiter oder Angestellte hat bei einer neuen Erfindung Anspruch auf entsprechende Entschädigung. Aber hierbei spielen sozialpolitische Erwägungen oder ethische Momente keine Rolle. Das unmittelbare Geschäftsinteresse ist Triebkraft. Wenn zum Beispiel einem Arbeiter ein Afford überlassen wird, so mag er zunächst soviel verdienen, wie er will; man wird ihm von seinem Affordbetrag nichts abziehen. Der Arbeiter sinnt darauf, sich möglichst gute Werkzeuge und Vorrichtungen beschaffen, um die Herstellungszeit abzukürzen, den Stundenlohn zu erhöhen. Für jede brauchbare Erfindung erhält er eine Prämie, Lizenz oder eine einmalige Abfindung. Dafür wird dann der Affordbetrag geführt, der Unternehmer hat somit das beste Geschäft gemacht. Ueberhaupt sucht der amerikanische Arbeitgeber durch die raffiniertesten Entlohnungsmethoden den größten Raubbau mit der Arbeiterkraft zu treiben.

Die meisten Prämienysteme sind aus Amerika gekommen und erst in letzter Zeit wurde in einer Fachzeitschrift ein neu importiertes Prämienystem zur Nachahmung empfohlen. Der deutsche Arbeiter hat daher diese Dinge aufmerksam zu verfolgen, um nicht von unliebsamen Neuerungen überlistet zu werden.

Den Wechselfällen der Konjunktur ist der Arbeiter in Amerika ganz besonders ausgesetzt. Der amerikanische Unternehmer läßt nicht an Lager arbeiten, sondern nur für den direkten Bedarf. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter richtet sich fast von Stunde zu Stunde nach dem Umfang der jeweils vorliegenden Aufträge. So werden Anfall und Fall 100, 200, 500, 1000 oder mehr Arbeiter entlassen; gehen nach einigen Tagen neue Aufträge ein, so wird die erforderliche Anzahl von Arbeitern einfach wieder eingestellt.

Wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mensch und Mensch nur vom Gesichtspunkt des Gelderwerbes bestimmt werden, so ist auch das politische Leben im Lande der Freiheit ein Geschäft. Sombart und West haben in ihren Studien davon recht anschauliche Schilderungen gegeben. Es gilt auch in der Politik der echt amerikanische Satz: Was Vorteile bringt, wird gemacht! Das hat zur Folge, daß in der Politik wirtschaftliche Interessen um so mehr Berücksichtigung finden, je stärker sie durch geldliche Zusammenhänge die politische Maschine speisen. Der amerikanische Kapitalist bringt deshalb den politischen Geschäften Opfer in seiner Weise. Die großen und mächtigen Kartelle und Trusts lassen den Wohlfonds enorme Summen zukommen und sichern sich dadurch einen Einfluß auf alle öffentlichen Angelegenheiten.

In Amerika mußte sich der Kapitalismus erst bis zu seiner jetzigen Phase voll ausbreiten, ehe der Sozialismus an Boden ge-

winnen konnte. Die Vorgänge der letzten Jahre belehren uns, daß aber auch die Macht des amerikanischen Arbeitertums in der dortigen Arbeiterbewegung ihre Grenze finden wird.

Gerichts-Zeitung.

Professor Ruhland wider Professor Biermer.

Das in dem Verteidigungsprozeß des Prof. Dr. Ruhland gegen Prof. Dr. Biermer in später Abendstunden ergangene Urteil des Schöffengerichts haben wir bereits kurz mitgeteilt. Aus der Schlussverhandlung sei noch nachgetragen, daß Rechtsanwalt Ulrich als Rechtsbeistand des Prof. Ruhland gegen den Angeklagten 1 Jahr Gefängnis und sofortige Verbannung beantragte! Prof. Biermer betonte u. a., daß ihm nach dem Erscheinen seiner Streitschrift von hervorragenden Professoren Zustimmungslundgebungen ausgegangen seien und er verlas einen Brief des Rectors der Universität Bonn, Erzengel v. Mottenburg, in dem ihn dieser in seinem Kampfe gegen den Privatkläger beglückwünschte.

Aus den Auslassungen des Privatklägers und seines Vertreters sei noch die Behauptung hervorgehoben, Ruhland habe sich im Jahre 1893/94 nur deshalb in München den leitenden Persönlichkeiten der dortigen Sozialdemokratie, insbesondere der „Münchener Post“ genähert, um den sogenannten Revisionismus in der Sozialdemokratie hervorzuheben. Ihm, Ruhland, sei es auch allein zu verdanken, daß Männer wie Vollmar, Bernstein usw. Revisionisten seien!! Der Verteidiger des Prof. Biermer bestritt diese wahrheitsfremden Plausereien und bezeichnete sie als Ausfluß eines Größenwahns.

Das ergangene Urteil wurde vom Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Jodisch, kurz wie folgt begründet: Der Gerichtshof habe den Wahrheitsbeweis im allgemeinen für geführt erachtet und nicht das geringste Bedenken gehabt, die Richtigkeit der Aussagen der vernommenen Sachverständigen voll anzuerkennen, denn es könne nicht angenommen werden, daß Männer wie Brentano, Conrad und Legis unter ihrem Eide etwas Unwahres bekunden würden. Aus der Beweisaufnahme habe das Gericht die Ueberzeugung geschöpft, daß der Privatkläger tatsächlich große wissenschaftliche Wandlungen durchgemacht habe, die wesentlich auf äußere Motive zurückzuführen seien. Für die Richtigkeit dieser Tatsache spreche die große Wandlung, die der Privatkläger 1894 durchmachte, als er in den Dienst des Bundes der Landwirte trat. In diesem Punkte seien sich alle Sachverständigen einig gewesen. Nebenbei habe sich der Privatkläger an die Zentrumspartei herangemacht und zu gleicher Zeit auch Verbindungen mit demokratischen und sozialdemokratischen Blättern gesucht. Schließlich sei er als Protestant und Reichsdeutscher an eine nichtdeutsche Universität zu einer Zeit gegangen, als selbst katholische Professoren diese Universität gemieden hätten. Die Aussage des Redakteurs Defer von der „Frankfurter Zeitung“ habe außerdem deutlich ergeben, daß Kläger Anfang 1894, also kurz bevor er in den Dienst des Bundes der Landwirte trat, die „Frankfurter Zeitung“ für eine antiagrarische Liga gewinnen wollte. Das Gericht sei auch der Ueberzeugung, daß der große Urlaub, den Kläger sich von der Universität Freiburg (Schweiz) habe geben lassen, um ein großes wissenschaftliches Buch herauszugeben, ein nicht begründeter Urlaub sei. Denn der Kläger habe ihn nicht zu wissenschaftlichen Studien benutzt, sondern zu politischen und agitatorischen Arbeiten. Trotz dieser Tatsachen habe der Privatkläger die behaupteten Wandlungen immer in Abrede gestellt. Wenn er nur aus inneren Motiven zu anderen wissenschaftlichen Anschauungen gekommen wäre, so würde nicht einzusehen sein, warum er etwas Derartiges leugne. Der Kläger habe sich in seinen Angaben auch wiederholt mit der Wahrheit in Widerspruch gesetzt und Tatsachen bestritten, die jetzt von dem Geschäftsführer der „Münchener Post“, Cohn, und vom Redakteur Defer von der „Frankfurter Zeitung“ unter Eid bestätigt sind. Wenn nun Kläger sage, der Angeklagte habe ihn in seinen Schriften falsch verstanden und er habe in seinen Ausführungen etwas ganz anderes sagen wollen, so sei das seine eigene Schuld. Ebenso wie der Angeklagte fakten die Professoren Conrad, Brentano und Legis die Bücher des Klägers auf und ihnen könne man doch wohl vertrauen, daß sie einen Mann wie den Privatkläger nicht mißverstehen. Das Gericht nahm ferner als erwiesen an, daß schon vor dem Erscheinen der Streitschrift des Prof. Biermer in der Presse der verschiedensten Parteien gegen den Kläger scharfe Angriffe gerichtet wurden und er dagegen nichts getan habe. Der Zeuge Abg. Köhler habe unter seinem Eide ausgesagt, daß er zu seinem Antrag in der heftigsten Kammer weder direkt noch indirekt vom Privatkläger bestimmt worden sei. Es liege kein Anlaß vor, an dieser Aussage zu zweifeln, aber nach Ansicht des Gerichts liege eine intellektuelle Unbeachtlichkeit vor. Der Abg. Köhler werde zu seinem Antrage durch einen Artikel des Schriftstellers Klapper in der „Deutschen Agrarzeitung“ veranlaßt. In diesem Artikel wurde der erste Band des wissenschaftlichen Werkes des Prof. Ruhland, „Systeme der politischen Oekonomie“, lobend erwähnt. Dieser Artikel stamme aus dem Bureau des Bundes der Landwirte, und wenn der Gerichtshof auch nicht annehme, daß der Kläger den Artikel selbst verfaßt habe, so sei er doch von seiner nächsten Umgebung verfaßt worden. Jedenfalls habe der Angeklagte annehmen können, daß der Antrag Köhler mit Wissen und Willen des Klägers gestellt wurde, zumal in dem Antrage auch der Name Ruhland genannt worden sei. Es sei eine ganz ungewöhnliche Erscheinung,

daß ein solcher Antrag mit Nennung eines bestimmten Namens gestellt werde. Da heute die Parlamente mit der Befugung akademischer Befugnisse nichts zu tun haben, so habe ein solcher Antrag dem Beklagten Anlaß zu scharfen Angriffen geben können. Der Gerichtshof habe auch erwogen, daß für den Angeklagten seine ganze Existenz und wissenschaftliche Ehre auf dem Spiele stand. Unmittelbar nach der Einbringung des Antrages Köhler im heftigsten Parlament habe der Privatkläger in den „Giechener Neuesten Nachrichten“ einen Artikel für die lex Köhler geschrieben und sich mit dieser lex Köhler identifiziert. Er habe in diesem Artikel die schärfsten Angriffe gegen den Angeklagten gerichtet und behauptet, daß dieser von der Notlage der Landwirtschaft nichts verstehe, er selbst dagegen das Allheilsmittel in seiner Hand habe. Auch werde in dem Artikel dem Angeklagten vorgeworfen, daß er mit Verfeinerungen in Verbindung stehe. Dieser Artikel sei am 7. Februar erschienen und der Angeklagte habe die Angriffe auf der Stelle erwidert. Nach Ansicht des Gerichts liege also hier eine Erwidrerung auf der Stelle vor, eine solche könne auch schriftlich erfolgen. — Hiernach sei der Gerichtshof zu dem Endergebnis gekommen, daß der Angeklagte für straffrei zu erklären sei, einerseits, weil die ihm zugefügten Verleumdungen von ihm auf der Stelle erwidert worden, andererseits aber auch, weil der Wahrheitsbeweis im großen und ganzen als gelungen anzusehen sei. Außerdem habe der Gerichtshof dem Angeklagten auch den Schutz des § 193 — Wahrnehmung berechtigter Interessen — zugebilligt, wenn er auch in der Form etwas weit gegangen sei und Ausdrücke gebraucht habe, um seine Mißbilligung über die Form, in der der Angeklagte den Angriff zurückgewiesen, zum Ausdruck zu bringen, die Kostenverteilung so vorgenommen, daß jede Partei die Hälfte der Kosten tragen soll.

Wieder einmal die Spielautomaten.

Wegen Vergehens gegen § 284 sind am 26. Juni vom Landgericht Aachen der Gastwirt S. und der Kaufmann G. zu je einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich um einen Automaten, bei welchem man Zigaretten gewinnen konnte. Auf die nur von S. eingelegte Revision hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil gegen beide Angeklagte auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Aufhebung erfolgte, weil nicht der Tatbestand des § 284 (gewerbmäßiges Glücksspiel), sondern der des § 286, 2 (Auspielung beweglicher Sachen) festgestellt ist.

Wettbureau.

Vom Landgericht I in Berlin sind am 11. Februar d. J. 20 Angeklagte wegen gewerbmäßigen Glücksspiels resp. Beihilfe dazu in Lateinheit mit Vergehen gegen das Stempelgesetz verurteilt worden. Der Hauptangeklagte Kaufmann Karl Welter erhielt 6 Monate Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe. Die übrigen Strafen schwanken zwischen 3 Tagen und 2 Monaten Gefängnis und Geldstrafen bis zu 1000 M. Gegen das Urteil hatten 16 Angeklagte Revision eingelegt. Welter betrieb seit 1903 bis zum Erlaß des neuen Wettgesetzes zuerst das Wettbureau Athenia, dann die Sportbörse. Er hatte zahlreiche Filialen in Berlin, Frankfurt am Main, Hannover, Düsseldorf, Breslau usw. Die Mitangeklagten waren dort Filialleiter usw. Welter schloß im Monat für etwa 350 000 M. Wetten ab. Seine Monatseinnahme betrug etwa 20 000 M. Aus der Beteiligung an den Gewinnen hat das Gericht das Vorliegen von Glücksspiel gefolgert. Die Revision der 16 Angeklagten wurde vom Reichsgericht für begründet erklärt. Es hielt die eben erwähnte Folgerung des Gerichts für irrtümlich. Erst wenn Welter auch am Verluste, damit also an den Wechselfällen des Spieles beteiligt gewesen wäre, liege Glücksspiel vor. — Das Reichsgericht war der gleichen Meinung. Es hob am Freitag das Urteil gegen alle 20 hier in Frage kommenden Angeklagten auf.

Kautschuk Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag, 27. Februar 1909. Geschäft still, Preise unverändert. Bild: Zufuhr gemäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise normal. Gestühl: Zufuhr reichlich, Geschäft schlappend, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr gemäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise behauptet.

Witterungsbericht vom 21. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in °C
Zimmern	753.5	SE	2	3	Saparanda	750	SE	1	molten -15
Darmstadt	749.5	SE	2	Regen	Petersburg	754	SE	1	molten -15
Berlin	753.5	SE	2	3	Scilla	768.9	SE	3	molten -10
Frankfurt	757.5	SE	5	bedeckt	Berben	750	SE	2	molten 4
München	760.5	SE	6	bedeckt	Baris	762.9	SE	3	molten 6
Wien	761	D	1	heiter					

Wetterprognose für Sonntag, den 22. November 1908.

Ziemlich kühl, zeitweilig auflarend aber noch veränderlich mit geringerer Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

geht hervor, daß letzterer vielfach mit finanziellen Verbindlichkeiten sich zu plagen hatte, bei denen sich Simon immer als Retter in der Not erwies. Bald will ein Löwenthal aus Brieg Manteuffel verklagen, bald will ein anderer Wandhauer Geld von ihm haben. Interessant ist nachfolgende Stelle in einem Brief vom 11. September 1879 an Simon, der nach einer Anwesenheit des Kaisers in Königsberg zu einem Manöver geschrieben wurde.

„Daß wenigstens die Kaiserin gegen Ihre Frau Gemahlin und gegen Sie gnädig gewesen, freut mich wieder, daß der Oberpräsident Ihre Präsentation nicht erleichtert, wundert mich nicht, daß Sie keinen Orden bekommen, finde ich unrecht, da Sie viel für die Provinz tun; hätten Sie aber nicht den Leichnam begeben, Al. Zopper für mich zu kaufen, so hätten Sie trotz Oberpräsident doch vielleicht einen Orden bekommen. So haben Sie aber mich, bis es mir gelungen sein wird, 45 000 rg zu sparen und meine Schuld abzugeben, brach gelegt.“

Auch den Familienangehörigen des Feldmarschalls gegenüber war Herr Simon generös. Denn am 11. November 1879 schreibt Isabella v. Manteuffel aus Straßburg:

„Keine selige Mutter ist gestern sanft eingeschlafen, hat mir aber vor ihrem Tode noch aufgetragen, Ihnen die 2000 M., die Sie uns einst so gülig gegeben und die selbst einzusetzen sie zu schwach geworden, mit tausend, tausend Dank zu schicken. Ich tue dies hiermit.“

In zwei Briefen bedankt sich Manteuffel für gesandten Kaviar. Dagegen freut sich letzterer, daß Simons Sache — welche wird nicht gesagt — so vorwärts geht, und teilt zugleich mit, daß er, Manteuffel, an Fürst Dolgorudi geschrieben, „so daß die Sache nicht einschlafen wird“.

Man sieht: eine Hand wäscht die andere! Zu guter Letzt kommen noch zwei Briefe Manteuffels vom 28. Februar und 4. März 1885 in Betracht, aus denen hervorgeht, daß Herr Simon auch der Tochter, Isabella v. Manteuffel gegenüber, sich als Goldkondel bewährte. Ein Geheimrat Osche in Berlin war der Verwalter des Vermögens von Fräulein Isabella v. Manteuffel gewesen. Er war inzwischen gestorben und hatte bestimmt, daß die Briefe Fräulein v. Manteuffels an ihn nach seinem Tode verbrannt

werden sollten. Das bedeutete ein Niederschlagen von Schulden, die die Tochter Manteuffels gemacht hatte. Denn Manteuffel schreibt selbst am 4. März 1885:

„... Denn unbegrifflich scheint es mir doch wieder, daß Herr Osche das Geld meiner Tochter zur Bezahlung von Schulden für ihren Bruder verwendet haben sollte, wenn sie selbst Geld schuldig war und sich darum vis-à-vis de rien (gegenüber dem Nichts — D. R.) befand zur Bezahlung ihrer Schulden. Osche hat mein und meiner Tochter Vermögen verwaltet und sie und ich haben unterschrieben, was er vorschlug. Aber so viel hatte ich doch im Kopfe, daß die Rechnungen meiner Tochter höher waren als die Summen, die Osche zur Bezahlung verwenden konnte neben der Bezahlung von Johanns Schulden. Nun hat mir meine Tochter gesagt, Sie seien beim damaligen Arrangement auch beteiligt gewesen, nun habe ich unter den mir in dem Audert geschickten Papieren auch einen Brief von Ihnen gefunden, der bestätigt, daß Osche von Ihnen Uebernahme von Depots auf Ihr Depot erbeten hat und daß Sie darin gewilligt haben, dann findet sich auch auf einem Notizblatt von Osche die Bemerkung: Geh. Rat Simon 380 M. und auf einem Kautschuk, worauf steht: Beläge zur Schuldentilgung von Fräulein v. Manteuffel die eigenhändige Bemerkung von Osche: Geh. Rat Simon 3900 M. Also müssen Sie diese Summe jedenfalls gezahlt haben, aber es kann auch leicht sein, daß Sie mehr gezahlt haben. Kurz ich werde nicht klug in der Sache, habe aber keine Ruhe und schlofe nicht und bin in meinen Arbeiten gehindert. Ich bitte Sie also recht herzlich, lieber Herr Geheimrat, mir zu sagen, wieviel Sie zur Regulierung der Schulden meiner Tochter beigetragen haben. ... Sie haben mir oft von Dank gesprochen, zu dem Sie sich mir gegenüber verpflichtet fühlen. Ich habe diese Verpflichtung nie anerkannt, denn was ich damals tat, geschah, weil ich die Ueberzeugung hatte, daß einem braven Mann unrecht geschähe und daß es deshalb meine Pflicht sei, für ihn einzutreten.“

Die Freundschaft zwischen Feldmarschall und Gründer trägt also alle Merkmale einer rein „idealen“ an sich: Der eine Teilhaber des Kompagniegeschäfts sorgt für Vergünstigungen und Orden, der andere für den Ankauf von Gütern, Kaviar und Schuldencorrigierungen. So sehen die „altpreussischen“ Tugenden und Traditionen hinter den Kulissen aus!

Hier sende ich Ihnen einen Brief an Graf Rüdler, den die Deputation mitnimmt und in Berlin an ihn abgibt. Ich bin überzeugt, Graf Rüdler wird meine Bitte erfüllen.

Sollte der Graf R. nicht in Berlin sein, so bitte ich die Herren, den Brief an Hofmarschall Graf Berponcher abzugeben und ihn zu bitten, ihn zu öffnen, mir eventuell zu telegraphieren.

Die Deputation mag nach meiner Ansicht dann dem Minister des Innern, dem Minister der Justiz und dem Geh. Rat von Wilamowitz ihre Besuche machen.

Eine Anmeldung von Königsberg aus, um zu bestimmtem Termin nach Berlin hinzureisen, ist nicht zweckmäßig. Diefelbe reist 3 Tage, nachdem Sie Ihr Gesuch an mich abgeschickt, nach Berlin, und dann wird alles ungefähre klappen. Aber Zeit verlieren geht nicht.

Grazlich Adio. Ich bin, so Gott will, Freitag 20. Nov wieder hier. Empfehlen.

Spiegelberg, 18. November 1874. F. Manteuffel.

Die Deputation mag früh 9 Uhr im Schloß bei Graf Rüdler sich melden zur Uebergabe meines Briefes.

Manteuffel hatte sich in der Wirkung seiner Fürsprache nicht getäuscht, denn Herr Geheimrat Simon wurde wirklich durch königliche Gnade die Gefängnisstrafe erlassen und dem vielfachen Millionär nur eine Geldstrafe von 10 000 M. auferlegt. Gerechtigkeit über Alles!

Der Feldmarschall hatte sein Eintreten für den „braven Mann“ nicht zu bereuen; denn bis zu seinem Tode blieb ihm derselbe ein treuer Berater und Helfer in finanziellen Angelegenheiten und Nöten. So schreibt Manteuffel am 18. Dezember 1874 an Simon wie folgt:

Lieber Herr Geheimrat!
Warum führt man Georgenzug? Die Aktien liegen nicht günstig. Ist es wahr, daß „Preussische Zeitung“ ursprünglich zu 70 000 rg (Thaler) gekauft und dann zu 100 000 rg an eine Aktiengesellschaft, so daß die ersten drei Käufer 30 000 rg haben schinden können? Nun aber ganz im Vertrauen, Umwandlung in Geld hoffe ich durchzusetzen vor Weihnachten, und das ist doch die Hauptsache. Nicht wahr? Ja keine telegraphische Antwort. Die schadet. Empfehlen Sie mich Frau Gemahlin.
Berlin, den 18. Dezember 1874. F. Manteuffel.

Der preussische Feldmarschall zwischen den Gründungen immer „mitten mang“. Aus den weiteren Briefen, die bis zum Jahre 1885, dem Todesjahr Manteuffels, vorliegen,

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten **VERA-CIGARETTEN** neuerdings auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA

m. Mundstück

CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern in bestem Ruf gestanden.

Joseppi-Vera m.M.
10 St. 30 Pfg.

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad**, Köpenickerstr. 60

J. Baer
Badstr. 28, Ecke Prinz-Alteer
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Joppen u. Paletots
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise

Sie **Möbel** kaufen, besichtigen Sie bitte ohne Kaufzwang

Ehe

Paul Burows
Möbelfabrik
Lindenstraße 105 (Hall. Tor)
Großer Räumungs-Ausverkauf wegen Umzuges zu Fabrikpreisen !!

Event. Teilzahlung

Es ist ein Vergnügen ::
auf Kredit

zu kaufen, wenn man die richtige Einkaufsquelle kennt und dies ist n. d. Erfahrung, die ich gemacht habe, :: einzig und allein nur ::

B. FEDER

Zentrale:
Brunnenstraße 1
direkt am Rosenthaler Tor

Filiale:
Frankfurt, Allee 89
gegenüber Mündung der Königsberger Str.

Kolossale Lager in

Möbel

und **Polsterwaren**

Spezialität:
Kompl. Wohnungseinrichtungen
in jeder Holzart und jeder Preislage.

Zur bevorstehenden Wintersaison empfehle auf Teilzahlung:

Damen-Garderobe	Herren-Garderobe
Elegante Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Umhänge, Abendmäntel, Jupons, Matinées, Morgenröcke.	Jackett-, Rock-, Gehrock-Anzüge, Winter-Paletots, Ulster, Reglans, Einzelne Hosen, Westen, Joppen.
Wöchentl. 1 Mark	Wöchentl. 1 Mark

Manufakturwaren: Kleider u. Seldentstoffe, Wäsche, Inlets, Dreilein, Servietten, Taschentücher.

Gelegenheitsposten

So lange Vorrat reicht.

Pontonbrücke zum Auf- u. Abbauen mit Wasserbassin zwischen Felsen, die von Figuren belebt; dazu Wagen, Pontons, Brückenbaumaterial aus Metall, hochfein lackiert, Länge mit Damm 236 cm. Früher 60.- Mk., jetzt 30.- Mk.

Landschaft mit Wasserbassin, beweglicher Eisenbahn, Illuminationsturm und magnetischen Tieren aus Metall, hochfein lackiert, Durchmesser ca. 60 cm. Bisher 42.- Mk., jetzt 25.- Mk.

Die lustigen Pilzsucher, ein Gesellschaftsspiel, bei dem die Spieler nicht nur Pilze kennen lernen, sondern auch Schlüssel, Geld etc. verlieren und finden können. Grosser, fester Spielplan, 32 Bilderkarten etc. Bisher 3.50 Mk., jetzt nur 2.- Mk.!

50 Bilder zum Ausknehen und Austauschen, dazu 50 feine farbige Vorlagen; einfaches, doch ansprechendes, lehrreiches Beschäftigungsmaterial, nur 40 Pfg.

Ich hatte Gelegenheit, direkt von Glasarbeitern im Thüringer Walde einen Posten **Christbaum-Schmuck** ausserordentlich billig einzukaufen und bin dadurch in der Lage, denselben zu ausserordentlich wohlfeilen Preisen zu verkaufen! Z. B. 1 Dutzend 40 mm-Vollglanzkugeln nur 35 Pfg.; 1 Dutzend zweifarbige Kugeln, 50 mm Durchmesser, mit Glasperlen 40 Pfg.; 1/2 Dutzend dreifarbige 56 mm-Kugeln 45 Pfg.

Soeben fertig gewordene **Neuheit**:
"Christkindchens Silberlocken", das Schönste in Christbaum-Schmuck dagewesen, wunderbare Wirkung! Unverwundbar! Carton nur 40 Pfg.

Bernhard Keilich

Grösstes Spielwarengeschäft der Welt
Spielwaren-Fabrik * Puppen-Fabrik
Gr. Hamburgerstr. 21/23, Oranienburgerstr. 11,
Eckhaus, beim Nombijouplatz. Hackescher Markt, Bf. Börse.

Meine 19 Schaufenster
sind jahraus - jahrein, nicht nur wenige Tage, mit Spielwaren und zwar mit wirklich reellen Verkaufsgegenständen dekoriert.

Meine 19 Schaufenster
zeigen nur einen kleinen Teil der Auswahl meines ständigen grossen Lagers und geben einen Begriff von der Reichhaltigkeit desselben.

Schaufenster und Lager
stehen im Verhältnis, wie es von einem wirklich erstklassigen Spezialgeschäft nicht anders zu erwarten ist! Sie finden in meinem Hause sicher das Richtige, denn meine Ausstellung, trotzdem sie die grösste ständige der Welt ist, ist für jeden Laien leicht übersichtlich, weil die vielen tausenderlei Spielwaren in Gruppen geteilt und jede Gruppe in besonderem Räume aufgestellt ist.

Einzig dastehend!

Allen Vortelgenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause

Schönleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte!

Fritz Schwemke.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!**

Persil

Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche

Garantiert chlorfrei und unschädlich.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstr. 11.

Eine Mark
bedeutende Teilzahlung Referenz eleganter fertige 125000

Herren-Garderoben

Bring für Saak. Anfertigung nach Mass. Tadellos Ausführung.

Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 11
Eingang Strausberger Weg.

Ausschneiden oder gleich bestellen, weil dieses Zuserat nur 1 mal erscheint.

Glas-Christbaumschmuck!

Weltbekannt! - Wundervoll! - Unerreicht!

Ein wirklich geschmackvolles Sortiment meiner anerkannt nur besseren Fabrikate in unübertroffenen diesjährigen Neuheiten in tadellos, prächtig edel verfilb., matten und bemalten Gegenständen in den feinsten und mannigfalt. Ausführung, als leuchtende Brillantreflexe, leuchtig überir. Augen, läutende Glöckchen, Trompete in Stimme, Wachengel m. Lockenhaar u. d. wegl. Glöckchen, Brillantperlen, Glöckchen, Kranz, Kette m. Kind im Tod, Weihnachtsmann m. Schneemantel, Obel, Luftballon, Ananas, Zanzibar, Koffappchen m. Kuchenförchen, Geldsack m. 500 000, Bogen m. natürl. Federn, Papagei im Käfig, Berggeist Rabe, zahl. Krippe m. Christuskind, heutzutage Bildes, Lorpele, Spitze, Winterportmann, für Kinder 1 Paket vom heil. Christ, 1 reiz. Blumenmädchen, bewegliche Blume von Schmeißerl. umgautelt, verjüngt 5 M.

verpackt 3. übertr. bill. Preise von nur
Sorte I ca. 320 Stk., Sorte II ca. 140 Stk.,
größere Sachen, Sorte III ca. 50 feinste größte
ausgewählte Sachen. Jedem Sortiment füge ich ein
lustig gehärtigt unterhaltendes Frage- und
Antwortspiel für Jung und Alt, 1 Silberstern
mit 100 venez. Perlen besetzt, sowie Fischglas
mit beweglichen Goldfischen und Fruchtford.
garantiert mit Früchten, gratis bei 11 Sorten
bis 20 M. Man veräume nicht, sich von meinem
streng reellen Angebot zu überzeugen. Die keine
Ausgabe macht Ihnen jahrelang Freude, da alles
von helldem Material hergestellt und immer wieder
zu gebrauchen ist.

Zur Stücksicht und Geschenke garantiert.

E. Reinhard, Neuhaus am Rennweg, Thüringen

Thüringen Nr. 71.

Lieferant für die Hofe. - Größtes Geschäft der Branche am Platz.
1000 von Dankschreiben. Die Kisten wurden aufs mächtigste in 100 von Zeitungen empfohlen. Des Raumes wegen nur zwei Dankschreiben: Die 2 Kisten erhalten, hat mich überrascht, was man alles für 5 M. bekommt. Bitte noch 2 Kisten. Otto Schneider. - Von drei Seiten habe ich bezogen, doch hat mir Ihr Sortiment am besten gefallen usw. E. Reinhard.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Montag
Dienstag
Mittwoch

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Besonders billige Kaufgelegenheit!

Hochelegante Damen-Paletots

aus Stoffen engl. Charakters, einfarbig Cheviot oder Chevrongewebe.

Nur erstklassige Verarbeitung. Moderne Fassons. Gute und haltbare Stoffe.

Serie I: **6.75** Serie II: **9.75** Serie III: **12.50**

Der reguläre Verkaufspreis dieser Paletots ist weitaus höher.

Handarbeiten

Ein Posten **handgestickter** Artikel aus Congress-Stoff, Leinen, Satin, Cordowa-Stoff etc. in eleganter Ausführung

Läufer **2.85** Decken **2.85** Schoner **80** Pf. regulärer Wert weitaus höher!

Pointlace-Artikel Läufer **2.95, 4.85** Decken **2.50, 3.95** Schoner **95, 1.25**

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlenswert allen **Arbeitern, Parteigenossen**

und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen

sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der

Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner und Charlottenburger Konsum-Vereins und des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Beste Bezugsquelle!! Auf Teilzahlung!!

Wöchentlich nur 1 Mark!

Große Auswahl Uhren, Goldwaren jeder Art, echte Zithern, Phonographen, Gramophone, Musikinstrumente etc.

Verkauf von

prima Platten und Walzen.

Jahre & König, Berlin O., Warschauer Straße 68, I. Etage
Berlin N., Reinickendorfer Str. 101, I. Etage
Berlin W., Göbenstr. 19, I. Etage

Puppen-Fabrik und Puppen-Klinik

L. Chaim, 216, Greifswalder Str. 216

I. Etage. — Kein Laden. — 2 Minuten vom Königstor.

Enorme Auswahl in allen Sorten von Puppen.

Reparaturwerkstätte im Hause. Eigene Anfertigung v. Mosenhaar-Perrücken. Großes Sortiment in allz. Körperteilen u. eleg. Perrücken.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Anfertigungsteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Nordwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urban
Bester Schuh-Putz
In Dosen zu 10, 20 und 35 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

KLEINE KIOS
Beliebteste **2 1/2** Pfg. Cigarette
Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Ausverkauf nach beendeter Engras-Saison.
AnschlieBende **Selegensverkauf**.
Seidenschmücke, Wert bis 100 Pf.
Eleg. Kostüme auf 12-45 M.
Diagonal- u. Chevong-Paletots 5-25 M.
Kinder-Samt-Paletots 5-12 M.
Extraweiten für starke Damen Paletots, Jacketts u. Capes
Max Mosczytz, Landsberger Str. 59, eine Etage, Berlin C.

Prima F. A. Greiner & Co.
Optisches Institut
Kommandantenstr. 23, Ecke Alte Jakobstraße.
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.
Die neuesten orthocentrischen Kneller | spott-
Gewissenhafte Untersuchung u. Anpassung | billig.

Pelzwaren!!!
1 Reinickendorfer Straße 1
am Wedding-Platz, Berlin N.
Eigene Kürschnerei.
Pelzwaren, die von Dauer, Kauft man bei Krakauer!
Echt Skunks-Stola von . . . **25** M. an.
Fabelhafte Auswahl.
Echt Nerzmur-Stola von . . . **18** M. an.
Enorm billige Preise.
Echt Tibet-Stola von . . . **9** 50 an.
Ohne jede Konkurrenz.
Größtes Lager
Pelze, Pelz-Hosen, Pelz-Jacken.
Prima Felle aller Arten.
Reparaturen schnell, gut, billig.

Epochemachende Erfindung! Vollkommenster orthopädischer Apparat für Erwachsene und Kinder!
Bei Rückgrat-Verkrümmung
Asymmetrie der Schulterblätter u. Hüften wirkt unbedingt besorgnd mit überraschendem Erfolg der **Haas'sche lenkbare Gradhalter-Apparat**
Patente in allen Kulturstaaten.
General-Vertreter: **F. Menzel**, Gothenstraße 1c, am Bahnhof Schöneberg. — Sprechst. 9-12, 3-6, Sonntags 11-1. Verlangen Sie gratis Prospekt S.
Fachmännische Beratung unentgeltlich. 12/4
Für Berlin neu und bedeutungsvoll.

Versammlungen.

Eine Versammlung der arbeitslosen Friseurgehilfen,

fand am Freitag nachmittag im Rosenthaler Hof statt. Der große Saal bot kaum Platz genug für die Masse der Anwesenden, und, wie der Vorsitzende Liere durch Befragen der Versammlung feststellte, waren sie alle arbeitslose Friseurgehilfen mit Ausnahme eines einzigen, der seine Mittagspause benutzte, um so weit wie möglich der Versammlung beizuwohnen. Auf der Tagesordnung stand: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit, wie sie beseitigt, und wie sie gemildert werden können. Der Referent, Verbandsvorsitzender Gylforn, wies in einem sehr ausführlichen Vortrag auf Grund reichhaltigen statistischen Materials nach, daß die Hauptursache der ständigen großen Arbeitslosigkeit im Barbier- und Friseurgewerbe die grenzenlose Lehrlingszucht sei. Den Beweis dafür liefert die Statistik des Bundes deutscher Barbier-, Friseur- und Veredlungsmacherinnungen. Schon im Jahre 1897 ist der Münchener Gelehrte Dr. Schröder auf Grundlage der Angaben des Innungsbundes über die Zahl der Meister und Gehilfen sowie der neuangelehrenden Lehrlinge zu dem Ergebnis gekommen, daß die Zahl der alljährlich von den Innungsmeistern ausgebildeten Lehrlinge den Bedarf an neuen Arbeitkräften um das Fünffache übersteigt. Diese Feststellung hat den Innungsbund zwar nicht dazu veranlaßt, die Lehrlingszucht einzuschränken, wohl aber dazu, die Zahlen über die jährlich neuangelehrenden Lehrlinge nicht mehr zu veröffentlichen, sondern nur noch die Zahl der in jedem Jahre vorhandenen Lehrlinge, wie die der Meister und Gehilfen. Nach der in dieser Weise eingeschränkten Statistik stieg die Zahl der Lehrlinge von 6783 im Jahre 1899 auf 9541 im Jahre 1907, die Zahl der Innungsmeister und ihrer Gehilfen im selben Zeitraum von 19 753 auf 31 912. Es läßt sich daraus schon schließen, daß die Lehrlingszucht immer in Blüte steht. Uebrigens geht aus der Bundesstatistik auch hervor, daß kaum die Hälfte der Innungsmeister auch nur einen einzigen Gehilfen beschäftigt. Zum Beispiel wird für das Geschäftsjahr 1907/08 die Zahl der Innungsmeister auf 19 851, die der Gehilfen auf 12 031 angegeben, wobei zu bedenken ist, daß diese Statistik im Monat Mai, in der besten Geschäftszeit, womöglich um die Pfingstzeit aufgenommen wird. Viel

trauriger würde das Bild im Monat November ausfallen. Irreführend und rosig gefärbt sind die Frequenzahlen der Innungsnachweise. Da wird zum Beispiel angeführt, daß im Jahre 1902/03 80 861 Gehilfen Stellung suchten, 19 106 Stellung erhielten, 11 753 nicht; wogegen behauptet wird, daß im Jahre 1906/07 von 26 691 Stellungsjudenden nur 1312 keine erhielten. Wie der Referent hierzu bemerkte, wird es in den Innungsnachweisen meist so gehandhabt, daß man jeden Gehilfen, der nach einer Stellung geschickt wird, als in Stellung gebracht bezeichnet, selbst wenn er sie gar nicht annimmt, während das erneute Stellenangebot des Meisters immer wieder von neuem eingetragen und gezahlt wird. Dann pflegen die Innungsmeister noch sorgfältig über Mangel an Gehilfen zu klagen, obwohl sie selbst größtenteils gar keinen Gehilfen beschäftigen können, ja manche Meister selbst an fünf Tagen der Woche tatsächlich arbeitslos sind und nur Sonnabends und Sonntags zu tun haben. Die stellunglosen Gehilfen gießen natürlich meist nach den Großstädten, wo sie wenigstens Aussicht haben, am Wochenschluß etwas Ausbillsarbeit zu finden. Zudem sucht eine Menge tüchtiger Friseurgehilfen in allen möglichen anderen Erwerbszweigen Beschäftigung, und dazu werden sie umso mehr gezwungen, als die Meister nur junge, billige und in jeder Hinsicht willige Gehilfen einstellen. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat die Arbeitslosigkeit im Friseur- und Barbiergewerbe noch gesteigert, aber wenn die Arbeiter anderer Berufe wenigstens Aussicht haben, nach Beendigung der Krise wieder Arbeit und Verdienst zu finden, ist das Uebel bei den Friseurgehilfen permanent. Um dem entgegenzuwirken, ist vor allem eine Einschränkung der Lehrlingszucht notwendig. Die Hauptfrage aber ist, daß die Gehilfen sich ihrem Verbände anschließen, der seit 1903 allgemein die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat und nach besten Kräften für Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgt, so daß, soweit sein Einfluß reicht, auch die Ausbillsarbeit besser bezahlt wird, um eine, wenn auch geringe Vergütung für die Arbeitslosigkeit zu schaffen.

Die Versammlung nahm, nachdem noch mehrere Diskussionsreden die traffen Mißstände im Beruf geschildert hatten, einstimmig folgende Resolution an:

Die öffentliche Versammlung der arbeitslosen Friseurgehilfen Berlins erkennt als Ursache ihrer Arbeitslosigkeit die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsweise, sowie das System der durch den Barbier- und Friseurinnungsbund betriebenen Handveredlung.

Die Versammelten beurteilen entschieden die strubbelose Lehrlingswirtschaft, wie sie insbesondere von den Mitgliedern des genannten Bundes betrieben wird, wie auch das Vorgehen des Bundes, die unter den Friseurgehilfen ständig herrschende Arbeitslosigkeit zu verleiern und durch völlig unbegründete Klagen über Gehilfenmangel die öffentliche Meinung irrezuführen.

Die Versammlung konstatiert, daß der Innungsverband nicht nur nicht das geringste dazu beiträgt, die Pot unter den arbeitslosen Gehilfen zu lindern, sondern durch seine Lehrlingszucht und die fast ausnahmslose Beschäftigung nur junger, billiger und williger Arbeitskräfte die Zahl der arbeitslosen Gehilfen fortgesetzt vermehrt. Trotzdem nur noch die Hälfte der dem Innungsbunde angeschlossenen Mitglieder im Sommer durchschnittlich je einen Gehilfen beschäftigen kann, und in Berlin hunderte von Gehilfen nur noch des Sonnabends und Sonntags ausbillsweise beschäftigt werden, werden in den Provinzbezirken des Innungsbundes immer mehr Gehilfen herangebildet und die Großstädte mit stellunglosen Gehilfen überhäuft, die älteren Gehilfen zur Etablierung einer freigewählten selbständigen Existenz gedrängt, so daß der ständigen Vermehrung der Zahl der Gehilfen eine ständige Verminderung der Arbeitsgelegenheit gegenübersteht.

Die Versammelten beurteilen ferner den Mißbrauch der Arbeitsnachweise der Innungen zu dem sogenannten Erkennungsdienst, wie auch die Ausnutzung der Arbeitslosigkeit durch gewerbsmäßige Stellenvermittler.

In dem Zusammenschluß aller Gehilfen in der Organisation, dem Verbände der Friseurgehilfen Deutschlands, erblicken die Versammelten den ersten und notwendigsten Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der beruflichen Mißstände und damit zur Einschränkung der ständigen Arbeitslosigkeit unter den Friseurgehilfen; in der Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch die sozialistische Gesellschaftsordnung die einzige Möglichkeit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit überhaupt.

Von der Erziehung ausgehend, daß Staat und Gesellschaft verpflichtet sind, die Arbeiterklasse vor den Schäden der Arbeitslosigkeit zu schützen, begrüßt die Versammlung die von der Berliner Kommune geplante Einführung des Genfer Systems und die damit verbundene Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises und erwartet, daß diese Einrichtung alsbald getroffen und zweckmäßig gestaltet wird, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst wirksam zu steuern.

An die arbeitende Bevölkerung. Tausende von Kindern erhalten kein warmes Mittagessen, weil die Mutter außer dem Hause arbeitet, oder weil die Hauswirtschaft erst abends gekocht wird, wenn der Vater von der Arbeit kommt. Die Kinder erhalten mittags meist Kaffee und Brot usw. Eine solche Ernährung ist für die Kinder gesundheitschädlich. Wir verabreichen in unseren Kinder-Kostküchen für Kinder im Alter von 2-6 Jahren ein Mittagessen für 5 Pf., sowie für schulpflichtige Kinder ein Mittagessen für 10 Pf.; auch kann das Essen nach Hause geholt werden. Die Anstalten befinden sich: Freiligrathstr. 7, Bredowstr. 22, Antonstr. 35, Grünthaler Str. 17, Zwinemünder Straße 26, Zenefelderstr. 3, Malackstr. 35, Wilhelm-Dieckstr. 10, Gubener Str. 13, Forster Str. 51, Wahnmannstr. 11, Gleimstr. 13, Turiner Straße 3, Gubenerstr. 5, Stralauer Platz 6/7, Großdresdenerstr. 23, Marten a 5 Pf. und 10 Pf. sind in den mit Plakaten versehenen Verkaufsstellen zu haben, welche auch in den Kinder-Kostküchen zu erfragen sind. P. S. Die Küchen sind, außer an Sonn- und Feiertagen, von 11 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Der Vorstand des Vereins für Kinder-Kostküchen, Hermann Abraham, Vorsitzender.

Stolas, Kollern, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Barock-, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise. Kein Laden! Sonntags geöffnet. F. Kalman, Kürschnermstr. Kommandantenstr. 15, Tel.: 1, 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

Direkt anschließend an den Bahnhof Seegefald, umweir d. Döbberiger Heerstraße 97, Station Jungfernhöhe 20 Pfennig-Tour. Von 10 Mk. an. Gaststube im eigenen Verkaufslokal in Seegefald. Nieschalske & Nitsche, Berlin, Neue Königstraße 16

Empfehlenswerteste, preiswerteste, fertige Sacco-Anzüge in tausendfältiger Auswahl. Neuzeitige Stoffe. Hochmoderne bestsitzende Fassons. Nur eigene Erzeugnisse. 60.— 55.— 50.— 45.— 40.— 36.— 33.— 30.— 27.— 24.— 21.— 18.— 15 M. Gehrock-Anzüge. Vortrefflicher Sitz. — Hochmoderne Formen. — Vorzügliche Verarbeitung. — Nur eigene Erzeugnisse. — 70.— 65.— 60.— 55.— 50.— 48.— 45.— 40.— 36.— 33 M. Echt englische Haarhüte 3 75 M. BAER SOHN Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestraße 29/30 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20 Der Hauptkatalog No. 35 (Neueste Moden 1908-09) auf Wunsch kostenlos und portofrei

Café Meyer Dresden, Str. 128/129, Kaffee 10 u. 15, Bier, Bräu, Rum, 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; 2 Billards, 20, 40 Pf. Zahlstelle der Freien Volksbühne. Sophien-Säle Sophienstraße 17/18 (Querstr. d. Rosenthaler Str.) empfiehlt seine 60-2000 Säle zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten unter den günstigsten Bedingungen.

Seidene Blusen 15 00 Anstatt 40-50 M. brauchen Sie nur 15-25 M. für eine schicke, seidene Bluse anzulegen, wenn Sie solche direkt im Seiden-Engros-Hause Hermann Herzog, Leipziger Str. 79/1, einkaufen. Spezialität: Seidene Konfektion fertig und nach Maß, und zwar: Schicke, seidene Blusen für Gesellschaft und Theater in allen Modarten und Größen 15, 20, 25, 30 M. Elegante Seiden-Jupons mit reicher Volant-Garnierung 15, 20, 25, 30 M. Seidene Röcke aus solidem Chiffon-Taffet, vorzügliche Schnitte, 25-30-40 M. Seidene Braut-, Gesellschafts- und Straßen-Roben 90-125-300 M. Englische Maß-Kostüme ganz aus Seide sehr preiswert. Änderungen sofort. Maß-Anfertigung unter Garantie im eigenen Atelier schnellstens. Seiden-Herzog, nur Leipziger Straße 79, 1 Treppe, am Dönhofsplatz. Adresse genau beachten. Der Weihnachts-Ausverkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Mein diesjähriger Weihnachts-Ausverkauf bietet in allen Abteilungen besonders günstige Gelegenheit zu vorteilhaften Einkäufen. Weihnachts-Extra-Liste besonders preiswerter Geschenke soeben erschienen! Zusendung auf Wunsch gratis u. franko! Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin Süd. Seit 1882 nur Oranienstraße 158. Habe nirgends Filialen. Empfehle frühzeitigen Weihnachts-Einkauf, da die vorteilhaftesten Artikel stets zuerst vergriffen. Auch Sonntags bis Weihnachten geöffnet.

Gelegenheitskauf: Solange der Vorrat reicht liefere eine grosse Sprechmaschine vorjährige Modelle mit 6 Stück 25 cm grossen Platten. Bestes Fabrikat, keine Pappe statt 42.- jetzt nur 14.50

Umsonst erhalten Sie eine Sprechmaschine neuester Konstruktion, bis zur elegantesten Ausführung, wenn Sie auf eine kleine Anzahl 25 cm er doppelseitige Platten, bestes Fabrikat, à 3 Mark abonnieren. Abnahme 14 tagl. 1 Platte.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert selbstspielende Musikwerke, Sprechmaschinen Modell 1908, sowie Platten ohne Apparat, gratis Auswahl billige Preise.

J. Kurzberg Rosenthalerstr. 41 am Hackeborn Markt. A. d. Jannowitzbrücke 1 am Bahnhof. Nur 1. Etage. Kein Laden.

Pelzwaren eigenor Fabrik Vorkaufe nach beendetor Engros-Saison Pelz-Stolas, Hüften, Kindergarnituren zu sehr bill. Preis. Enorm große Auswahl. H. Bonin, Kürschnermstr., Weissenburgerstr. 66 (Kein Laden). Rep. wird. i. d. Werkst. ang. Verzeiger dieses Inst. erhalten trotz d. billigen Preise extra 5% Rabatt. Möbel-Dessin C. Rosenthaler Straße 39 Stadtbahnhof Börse Vorwärtseller erhalten bei Kalkauz

Unserem Kollegen
Emil Gleier
nach seiner Gattin
Amalie geb. Weiß
zur heutigen goldenen Hochzeitfeier die
herzlichsten Glückwünsche!
Die Branche der Parkettbodenleger Berlins.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Röpenicker Viertel, Bezirk 301,
Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unter Gemesse, der Former
Karl Alte
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 23. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Former
Karl Alte
am 20. d. M. an Nephritis ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 23. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. Hermannstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
125/3 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 20. November verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Louis Malkowitz
Röpenickerstr. 67.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mon-
tag, den 23. November, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater und Großvater,
der Zigarrenmacher
Louis Malkowitz
nach langen, schweren Leiden
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Montag,
den 23. d. M., 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes in Berl. aus statt.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Louis Schönfeld
am 18. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 23. November, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 17. No-
vember, verstarb der Einkäufer
Hermann Schwartz
im Alter von 31 Jahren an
Erdbeben infolge eines Un-
glücksfalls.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Montag,
den 23. November, nachmittags 11
Uhr, von der Leichenhalle des
Emmaus-Kirchhofes in Berl. aus
statt.
125/3

Am Montag verstarb plötzlich
unser Freund und Kollege
Hermann Witte.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. November, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. aus statt.
125/3

Kranz, Bukett u. Girlandenbiederl.
Palmenarrangements, Vereinskränze
werden geschmackvoll und billig aus-
geführt.
Hans Schumacher
Plumengedicht, Köpenickerstr. 70.

Am 20. November verstarb nach
langem Leiden mein lieber Mann,
unser guter Vater, der Gastwirt
Wilhelm Matthes.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. November, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Schlosser
Wilhelm Matthes
(15. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 23. November, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser
Wilhelm Matthes
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 23. November, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Berl. Hermannstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
125/3 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Heinrich Sauer
sage ich allen Freunden und Be-
kanten, insbesondere den Mitglie-
dern des Sozialdemokratischen Wahlvereins
für den 4. Berliner Reichstagswahl-
kreis meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Sauer geb. Winkler.

Dankfagung.
Für die bewiesene Teilnahme und
die reichlichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meiner innig geliebten
Frau sage ich hiermit allen Be-
teiligten meinen tiefgefühlten Dank.
Witwe. **Wilhelm Apitz.**

Dankfagung.
Für die bewiesene Teilnahme und die
reichlichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben, un-
vergesslichen Bruders und Schwagers,
des Gastwirts
Friedrich Langanke
sagen allen unseren herzlichsten Dank,
besonders aber dem Gesangsverein für
den erhabenden Gesang sowie dem
Verband der freien Bau- und Schan-
kern für die reichlichen Spenden und
den Wahlverein für die rege Teil-
nahme.
Witwe. **Agnes Langanke**
geb. **Sohn.**

Empfehlen den Genossen unser
Sparmagazin
Beerdigungsanstalt
„Solidi“
H. Fischer & Kreutzberger,
Rixdorf, Wägenstraße 70,
Ecke Friedenstr. Amt Rixdorf (Tel. 425)

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, 2. u. 3. Etage.
Tel. 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.

**Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe**
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genauere Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Schuh-
waren, billig und fein.
kauft man am besten nur
beim **Parteienossen**
Bollack allein.
Schwere Arbeiterstiefel
in größter Auswahl.
Karl Bollack, Schuhmacher-
meister.
Schöneberg, 11. Bahnstr. 11. Schöneberg.
Straßenbahnverbindung nach all. Stadtgegenden. — Tel. Amt 8, 4840.
Bitte, beachten Sie meine auffallend billigen Preise!

Doppelseitig bespielte
Pass. f. jed. Platten-
Sprechmaschine.
Größtes Repertoire
Überall erhältlich
Kataloge
gratis u. franko.
Bezugsquellen
weisen nach
die
Fabrik Homophon Company, G. m. b. H.
Berlin C. 48
Klosterstraße 5-6.

Calmon Hansa
Gummischuhe
Marke Salamander
nach neuem Verfahren aus feinstem Gummi hergestellt, sind leicht u.
schmiegsam u. zeichnen sich durch besond. Widerstandsfähigkeit aus.
Wir haften für die Güte jedes Paares.
Fordern Sie neues Musterbuch V

Salamander
Schuhges.
m. b. H.
BERLIN
Centrale: W. 8, Friedrichstr. 182
C., Königstr. 47
SW., Friedrichstr. 221
C., Rosenthalerstr. 1
W., Potsdamerstr. 5
NW., Wilsnackerstrasse
Ecke Turmstr. 9
W., Tauentzienstr. 15
Einheitspreis
für Damen M. 3.50
für Herren M. 4.50

In Samt und Seide gehen kann jede Dame
ohne erhebliche Ausgaben, wenn sie die großen Vorteile wahrnimmt, welche das bekannte Eagerhaus
Seiden-Herzog, Leipziger Str. 79, 1. Trepp. durch seinen **Weihnachts-Ausverkauf** bietet.
Es werden viele tausend Meter kostbarer Samt- und Seiden-Qualitäten für Roben, Blusen, Jupons usw.
zu beispiellos billigen Preisen zum Verkauf gestellt, worauf wir im Interesse der Damen empfehlend hin-
weisen. Von der großen Preiswürdigkeit nur einige Beispiele:
Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben, glatt und gemustert, 1.50, 2.00, 2.25. — Effektvolle
Seiden für Ball- und Gesellschafts-Roben 1.50, 2.25, 2.75 usw. — Aparte Blusen und Jupon-Seiden, Streifen,
Karo, Chinos 1.50, 2.00, 2.50 usw. — Reineidenseidensch. Damaste, Merveilleux M. 15, 20, 25, 30 p. Robe. —
1 Posten Crepe de Chine, doppelt breit, für eleg. Gesellschafts-Roben, 3.50, 4.50. — Viele hundert einzelne
Hochzeits- und Silberhochzeitsroben enorm billig. — Herrlich fließende Liberty-Seiden für elegante Gesell-
schaftskleider sehr preiswert. — Schwere Damast-Putterseiden für Jacketts und Abendmäntel jetzt 1.50, 1.75. —
1 Posten wundervolle Samte für Blusen, anstatt 4.00 jetzt durchschnittlich 1.50 p. Meter. — Ein Posten
kostbarer Seiden-Püschel und Velours du Nord, 80/120 breit, für elegante Mäntel und Jacketts, enorm billig,
von 6.50 an. — Mehrere tausend Meter Samt- und Seiden-Reste, eingeteilt in Serien, 1.25, 1.50 p. Meter,
welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben.

Seiden-Herzog nur **Leipziger Straße 79** am **Dönhofsplatz**
1. Trepp.
Der Weihnachts-Ausverkauf beginnt **Montag 9 Uhr.**

Verkauf nur an Private!
Nur 2 halbe Tage
vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr! (Geschäftsschluss 8 Uhr!)

Montag und Dienstag
4 Serien **Abendmäntel, Plüschmäntel, Kostüme**
Originalmodelle, Koplen, Belsmuster,
Frauenmäntel, Astrachanmäntel, Pelzmäntel,
Jacketts, Stolen, Muffen
früher bis M. 21/2, bis M. 39.— bis M. 55.— usw. bis M. 380.—
jetzt nur M. 6 1/4, nur M. 12.— nur M. 18.— usw. nur M. 100.—
Passende **Uebergangspaletots** Wert
Weihnachtsgeschenke: bis M. 20.— jetzt nur M. 6.—!
Für Wohlthätigkeits-
stiftungen: Ein großer Posten **Kostüme** und **Jacketts** fast umsonst!
An diesen zwei Tagen **gratis: eine gediegene Bluse!**

Westmanns Spezial-Konfektionshaus
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a { kein Eckhaus, 2. Haus von der
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 { kein Eckhaus, 2. Haus von der
Man schreibe im eigenen Interesse auf meine Firma und Hausnummer!
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 450321
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 Uhr.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schöper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
1000 Tausend
Verlag des Richters Frankfurt (Oder)
Beschreib.-Geld 1.00

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden,
Prinzenstr. 41, Meritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Hygienische
Spezial-Arzt, Neues. Katalog
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grad. u. d.
H. Unger, Gummiwaren-Fabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 11/12

Das 1881 man sich gefallen!
Nur Teilzahlung billiger als ander-
weitig per Kassa liefert nur das
Berlinerhaus Berliner Herren-
Moden, Straußstr. 23 I, am
Kollnsee, an der Hand zahlungs-
fähige Kunden. Garderobe leicht und
nach Maß. Eigene Maßschneiderei und
Verfäbren, daher konfuzionslos. Ver-
arbeitung haltbarer Stoffe. Garantie
für ladelosen Sitz.
Nicht gelieferte Mahnung, Paletots
(Monatsgarderobe) werden im Kom-
mission, Frankfurter Allee 188, Ecke
Kollnsee, zu Räumungspreisen nur
gegen Kassa verkauft. Belohnung
für jeden Tag. — Nachdruck
verboten.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreiß, Nervenschmerzen
Halsweh, Geschwulst etc. sind oft un-
erträglich, daher gebrauchte
Reichels

Electricum
(Echtes Kiefernadel-Äther-Waldwollöl),
ein reines unbedingtes Naturprodukt.
Electricum wirkt gleichsam zer-
störerend auf den Körper und macht die
schmerzhaften Erscheinungen nur momentan,
sondern ist von kräftig durch-
greifender, nachhaltiger, schmerz-
stillender Wirkung. Flasche M. 1.—
und M. 2.—. Die Wirkung wird noch
erhöht durch den inneren Gebrauch
von **Reichels**

Wacholderextrakt „Medico“
Flasche 75 Pf., Mk. 1.50 und Mk. 2.50
in den Drogerien und Apotheken
erhältlich und zu beziehen durch **Gebr.**
Reichel, Berlin 43, Eisenbahn-
straße 4.

Jeder
sich vor Uebervorteilung
Schützende Marken sich
in der Vertriebs- u. Absatz-
aus weiten Maßstab
die gearbeitet, findet jeder

Herr
hochvernehm gefaltete
Herren-Anzüge für 15-20 M.
Herren-Paletots für 15-20 M.
Herren-Mäntel für 15-20 M. etc.
Herren-Hosen für 7-12 M.
Jeder Herr jeden Standes

lese
unser Angebot ist einzig!
Täglich u. Sonntag geöffnet
Deutsches Versandhaus
Jägerstr. 63, 1. Trepp.

Heute, Sonntag, den 22. November von 8 Uhr früh an für die Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht von den Bezirkslokalen aus.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 22. November (Totensonntag) veranstaltet der Theater- und Vergnügungsverein Einigkeit in Charlottenburg in den dortigen „Germania-Sälen“...

Obenfalls am heutigen Tage (Totensonntag) veranstaltet der Verein „Germania“ im Lokal „Schloß Schönhausen“ in Nieder-Schönhausen einen „Konzertabend“...

Rixdorf. Die Besucher der heutigen Vorstellung im Rixdorfer Theater, Bergstraße 147, werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Die Aufführung „Nora“ nimmt 2 1/2 Uhr ihren Anfang...

Der Vortragsabend vom Genossen Max Grundwald findet der Stadtverordnetenwahl am Montag, den 23. d. Mts., wegen nicht statt, sondern erst am Montag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr. Wir bitten, dieses zu beachten.

Der 7. und 17. Bezirk hält am Mittwoch, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151/152, im großen Saal eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Paul Göhre über „Christentum und Sozialdemokratie“ referieren wird...

Schöneberg. Der Wahlverein veranstaltet heute mittag 1 Uhr in der Urania, Taubenstraße 49, eine Sondervorstellung: „Neben den Brenner bis Venedig“...

Am Dienstag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathhäusern, Reiminger Straße 8, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Reichsfinanzreform...

Wilmersdorf-Galersee. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt diesen Monat aus. Am Montag, abends 8 1/2 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokalen aus noch eine wichtige Flugblattverteilung statt.

Steglitz. Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, wird Reichstagsabgeordneter Genosse Sachse im „Rheinischloß“ über das letzte Grubenunglück sprechen. Wir erwarten eine intensive Propaganda für einen starken Besuch.

Lichtenberg. Heute, Sonntag, den 22. November, findet im Lokal von B. Schwarz, Dorffstraße 2-28, ein Kunstabend (Heimabend) statt. Mitwirkende sind: Gertrud Bischoff, Gesang; Fritz Michalek, Rezitator; Heinrich Schulz, Vortrag; Leo Reitenberg, Klavier. Anfang präzise 7 1/2 Uhr.

Treptow-Baumhulsholenweg. Am Dienstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in Speers Festsälen, Baumhulsholenstr. 78, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichs- und Landtagsabgeordneter Adolf Beck über: „Das persönliche Regiment vor dem Forum des Reichstages“ sprechen wird...

Die Genossen treffen sich heute früh 8 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen beider Ortsteile zur Flugblattverteilung für die bevorstehende Gewerbegerichtswahl.

Ober-Schöneweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am 24. November, abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmminenlof statt.

Schwargenhagen. Am Dienstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaffee Wein“, Hudeniusbaderstraße 8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag und Referent werden in der Versammlung bekanntgemacht.

Schlendorf. Am Dienstag, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von B. Rieles, Potsdamer Straße 25, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht der zweite Vortrag des Genossen E. Brückner: „Das Invalidenversicherungsgesetz“.

Adlershof. Den Genossen zur Kenntnis, daß auch für unseren Ort heute eine Flugblattverteilung für die Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht stattfindet.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Witwe Verbe, Kundteil: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Bartel über: „Bildung und Arbeiterchaft.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mit-Gliedern. Der hiesige Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 22. November, abends 8 Uhr, im Lokal Anochen sein diesjähriges Wintervergügen, bestehend in Konzert von den Mitgliedern des Neuen Konfinklerorchesters Berlin und komischen Beiträgen von der Komiker- und Ensemblegesellschaft Elsböck-Berlin...

Gieswalde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 24. November, bei Hier, Rixdorf, statt. Auf der Tagesordnung steht die Trennungstrage.

Reuenhagen und Umgegend. Heute nachmittag 4 1/2 Uhr findet im Lokal von Max Birke, Fredersdorf, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Störmer über „Hilfslos-Politik in Preußen-Deutschland und die Arbeiter“ sprechen wird.

Ober-Schönhausen. Die Handzettelverteilung an der am Dienstag, den 24. November, angelegten öffentlichen Volksversammlung findet erst am Montagabend 7 1/2 Uhr von den Bezirkslokalen aus statt.

Ramower-Rennsdorf. Mittwoch, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schmidschen Lokal, Wilhelmstraße 41-43, die

Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Kommunales. 3. Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Neu-Starkhof“, Neuh., Ecke Charlottenstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die Pflicht der Sozialdemokratie. Referent Genosse Denker. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Billetts zu dem Lichtbildervortrag „Im Reiche der schwarzen Diamanten“ werden für die arbeitslosen Genossen in dieser Versammlung ausgegeben.

Reinickendorf. Die heutige Flugblattverteilung findet früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Berliner Nachrichten.

Totensonntag.

Der Großstädter soll keine Pietät mehr haben? Ihm soll nichts mehr unantastbar sein, und rücksichtslos soll seine Hand rütteln am Altgerbebrachten, das den Ahnen lieb und teuer war? Oft will es fast so scheinen. Und doch — wie unendlich tief kommt die Pietät gerade des Großstädters zum Ausdruck an jenem einzigen Tage im Jahre, der unseren Toten geweiht ist. Etwas Ruhendes ist es um diese alljährliche Massenkundgebung einer Dreimillionenstadt, die in ihrem Getriebe nicht stille steht, nicht stille stehen darf und doch das gefühlvolle Bestreben hat, nicht bloß äußerlich sich in härenes Gemwand zu kleiden — nein, auch innerlich andere Menschen zu zeigen. Tagelang, ja wochenlang vorher macht sich diese Grundstimmung für alle, die sehen wollen und selbst Gefühl haben, klar bemerkbar. Wohl kaum eine Familie gibt es, die sich nicht das stille Versprechen ablegt, ihr Scherlein beizutragen zum stillen Gedenktage der Toten.

Stoßbare Franzspenden sind es nicht, die den Wert der Gabe an die Toten machen. Und wenn ein altes Ritterchen sich ein paar Groschen am Runde abgebart hat, um mit billigstem grünen Gewinde hinauszufliegen zu können zum Hügel des unvergeßlichen teuren Lebensbegleiters, wenn Schulkinder in ihre Sparskassen greifen, um das Grab des ihnen so früh entrissenen geliebten Vaters zu schmücken, dann hat die Gabe treuer Erinnerung, herzlicher Liebe tausendmal mehr Wert als die teuerste Modespende des Gefühlsdusels. Gewiß doch, es mag sein, daß auch am Totensonntag mit Kränzen und Blumen vielfach ein nicht recht begreiflicher Luxus getrieben wird. Es soll sein, daß mancher nur gewungen oder halb zur Zerstreung und ohne tiefen Gedanken den großen Massenparadezug nach den Friedhöfen Groß-Berlins mitmacht.

Es ist ein schöner Charakterzug des Großstädters, der im Streit ums Brot, bei den weiten Entfernungen der Millionenstadt, nicht immer Zeit hat, Gefühlsregungen nachzugeben, und nun vieles oder alles in seinem Herzen, das er für die Eingekleideten noch übrig hat, aufspart zum Totensonntag.

Die arbeitende Bevölkerung hat den Totensonntag seines kirchlichen drum und dran entkleidet, denn die Totenverehrung ist nicht kirchlichen Ursprungs. Die Leichenfelder reden auch eine zu fürchtbare Sprache, die nicht geeignet ist, Veröhnung zu erwecken, sondern Haß; Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, in der der Tod den Arbeiter infolge mörderischer Ausbeutung in den besten Jahren dahintrafft und in der Familie den Ernährer, den Kindern den Vater raubt oder in der die Mutter infolge übermäßiger Mitarbeit frühzeitig von den Kindern gerissen wird, oder aber die Kinder durch Not und Entbehrung im jugendlichen Alter sterben müssen. Man blicke nur nach dem Ruhrrevier, wo Hunderte von Frauen und Kinder den Vater verloren, weil der Kapitalismus mit Mitteln geist zur Sicherung des Lebens der Bergarbeiter. Nicht summe Klage kann es deshalb sein, der sich die arbeitende Bevölkerung an den Gräbern ihrer Lieben hingibt, sondern das Gelöbnis im Kampf ums Dasein sich an die Seite derer zu stellen, die für die Lebenden und nicht zuletzt für die nach uns kommenden Zustände herbeiführen wollen, die ein gesünderes, kräftigeres Menschengeschlecht verbürgen.

Städteordnungsfeier im Rathaus.

Aus Anlaß der vor hundert Jahren erfolgten Einführung der Städteordnung fand gestern im Rathaus eine Feststätt statt, zu dem außer dem Magistrat und den Stadtverordneten auch die Vertreter der staatl. und Reichsbehörden geladen und erschienen waren; unter lehrerem befanden sich der Reichsminister, Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, die Minister Leseler, Breitenbach, v. Kottke, v. Rheinbaben, die Staatssekretäre Straß und v. Trippl, Oberpräsident v. Trott zu Sohl, Unterstaatssekretär v. Loebel, Polizeipräsident v. Stubenrauch, Geheimrat Friedheim, Geheimrat Oberregierungsrat Freund und andere.

Auch das Kaiserpaar mit Gefolge, der Kronprinz mit Gattin hatten der Einladung der städtischen Behörden Folge geleistet. Zunächst hielt der Oberbürgermeister Kitzinger eine Ansprache, in der er dem Kaiserpaar für das Erscheinen dankte und in kurzen Worten auf den Zweck der Feier hinwies. Nach einer Ansprache des Kaisers, die wir an anderer Stelle unseres Blattes wiedergeben, hielt der Bürgermeister Dr. Reide die Festrede, in der er versuchen wollte zu zeigen, welches der Geist der Städteordnung von 1808 war und was von diesem Geiste noch lebendig geblieben ist. In letzterer Beziehung sagte der Festredner unter anderem:

„Wie zu Zeiten Steins, nur in anderer Weise, gilt es auch heute wieder, jenen Abwehrkampf zu führen, den auch er geführt hat. Denn der Geist der Bürokratie geht mehr und mehr wieder um in unserem lieben Vaterlande. ... Wenn Laien im Regiment sähen, wären die vielfachen Gängelungen der Volksschule nicht denkbar, wäre es a. B. nicht möglich, daß in einer großen Stadt — die ich nicht nennen will — es seit Jahren und Jahren Verfügungen regnet, mittels deren auf Grund eines geheimnisvollen Nachensystems ganz bestimmte Verfügungen der Redaktionsräte in den Schulen gefordert werden. Sollte wirklich der gesunde Sinn gebildeter Laien in solchen Dingen nicht schon allein das Richtige finden? Oder, wenn im Aufschrei wegen einer Stadtverwaltung angehalten wird, die allzu üppigen Estanten zu entfernen, die die Architektur eines der Stadt

gehörigen Denkmals verdecken — mutet uns das nicht wie ein Anachronismus an? Die Stadt Berlin ist schon seit Jahren mit den trefflichsten Aufsichtsbeamten gesegnet, die man sich denken kann. Aber nicht überall kann das Auge dieser oder ähnlicher Männer hinreichen. Und auch die Gesetze selbst, nach denen sie regieren müssen, wie weit sind sie noch von jenem so einfachen und so vernünftigen Ideal der Steinischen Städteverwaltung entfernt, wonach die „ganze Einwirkung des Staates sich auf die bloße Aufsicht zu beschränken hat, daß nichts gegen den Zweck des Staates vorgenommen und die bestehenden Gesetze befolgt werden“ — ein Zustand, der zum Beispiel in der Stadt Wien schon lange verfassungsmäßig rechtens ist und sich vortrefflich bewährt hat.

Obwohl wir nicht, es handele sich dabei um Kleinigkeiten! Es handelt sich oft um fundamentale, um Lebensfragen. Lassen Sie mich nur eine einzige nennen: „Groß-Berlin“. Wer es erfahren hat, welche Unsumme von Verhandlungen, von Schreibereien, von Konzeptionen, von Beschlüssen, Genehmigungen dazu erforderlich ist, damit eine einzige dieser Gemeinden ein Rohr durch das Gebiet einer anderen leitet, eine Ruchlinie festlegt, die das Gebiet einer anderen berührt, ein neues Verkehrsmittel einführt, das allen zu dienen bestimmt ist, der muß die Unnatur, die Widerständigkeit des jetzigen Zustandes empfinden. Aber eine beherrschende Ungleichheit, die mit Bürokratie und Verbrennung Geschwisterfind ist, scheut noch immer vor der Frage zurück, und nicht einmal die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes, die Berlin so blutnötig hat, weil es sonst, von allen Seiten eingezerrt, nur auf dem neuerdings der Bebauung gewidmeten Teil des Feldes endlich Gelegenheit findet, vor dem Lande, vor der ganzen Welt, in voller Freiheit und mit vollem Gefühl für die Größe der Aufgabe zu beweisen, wie eine modern, nach ethischen, sozialen, ästhetischen Gesichtspunkten vernünftig gebaute Stadt aussieht, scheint und zuteil werden zu sollen.

Wenn man dem gegenüber Worte hört, wie von ungesunder Entwicklung, von Berlin als dem Wasserlopf, so ist es vielleicht nicht unangebracht, an die Worte zu erinnern, die Steins vortrefflicher Mitarbeiter, der Minister v. Schön, im Jahre 1808 niederschrieb, als er die allgemeine Organisation nicht gleich auf Berlin ausgedehnt wissen wollte: „Berlin ist eine künstlich erzeugte große Stadt, die nur allmählich in einen natürlichen Zustand zurückgebracht werden kann!“ Damals hatte Berlin 150 000 Einwohner. Heute dürfen wir über solche Ungleichheit lächeln. Sollen es unsere Nachfahren einstmal ebenso machen? Herr Reide hätte noch viel mehr sagen können. Er hätte erzählen können an der Hand zahlreicher Beispiele, wie in Berlin kaum ein Stein nach einer anderen Stelle hingeseht werden kann, ohne daß erst aus dem Schloß die Genehmigung erteilt wird, er hätte mitteilen können, daß die Städte in puncto Schulwesen, Polizeiwesen nur zu bezahlen, aber nicht das geringste zu sagen haben. Er hätte gerade in Gegenwart des Kaisers hinweisen können auf die Schwierigkeiten, die der Stadt Berlin auf dem Gebiete des Verkehrsweßens gemacht werden, mit einem Worte, daß es mit der so viel gerühmten Selbstverwaltung nicht mehr weit her ist und daß gerade die Kommunen, nicht zuletzt Berlin, auch durch das persönliche Regiment außerordentlich stark beeinträchtigt werden, allerdings vielfach durch die Feigheit des freisinnigen Bürgertums. Das alles hätte er sagen können, sagen müssen, hätte er den gegenwärtigen Verhältnissen einigermaßen gerecht werden wollen.

Daß er das nicht gesagt hat, kennzeichnet unsere Situation; unsere Blockpölitiker machen die Faust in der Tasche, fühlen sich aber im übrigen dabei ganz wohl. Unser Bürgertum ist überglücklich, daß der Kaiser zu der Feier erschienen ist und sieht schon bessere Zeiten für die Kommune hereinrücken. Die Enttäuschung wird nicht ausbleiben. Bei der Gelegenheit verteilte der Minister des Innern verschiedene Orden. Es haben erhalten: Minister a. D. Hübner den Roten Adlerorden 1. Kl. mit Eichenlaub, Oberbürgermeister Kitzinger den Stern zum Kronenorden 2. Kl., Stadtverordnetenvorsteher Wücheler und dessen Stellvertreter Geh. Justizrat Casjel den Roten Adlerorden 4. Kl., der Direktor des Arbeiterhauses Goesche und der Direktor des Waisenhauses Schuster den Kronenorden 4. Kl., den außerdem noch einige Bürgerdeputierte erhielten.

Langsamkeit bei Staatbauten.

Das neue Kammergericht soll bekanntlich im alten botanischen Garten, hart an der Elsholstraße gelegen, erbaut werden.

Mit den Vorarbeiten und der Bildung des Baubureaus wurde bereits im Juli 1906 begonnen; lehteres befindet sich seit April dieses Jahres im Erdgeschoß des alten botanischen Museums in der Brunenwaldstraße. Seit dieser Zeit sind bereits allein an Gehälter bis heute circa 20 000 M. für Vorarbeiten gezahlt worden. Verschiedene Projekte wurden ausgearbeitet, genügend durchgesprochen, bis wieder über Nacht einer der hohen Herren Juristen einen anderen Wunsch geltend machte und das ganze Projekt wurde wieder über den Haufen geworfen! Die vielen Arbeiten, Mühen und Gelder waren dann jedesmal natürlich auf Kosten des steuerzahlenden Publikums dahin! Seit 2 1/2 Jahren wirtelt man nun an den Vorarbeiten hin und her, ohne sich bis jetzt ein wirklich endgültiges Ziel gestekt zu haben. Einmal soll der Kammergerichtspräsident bloß 20, dann wieder 25 Wohnräume erhalten ufm. ufm.! Diese Frage wäre jedoch bei einigem guten und ernstem Willen im Handumdrehen zu erledigen, da die Raum-, Boden- und Grundverhältnisse vollständig geregelt sind. Und sollte man hier wirklich noch kleine Einwendungen geltend machen, so ist auch nicht der geringste Grund vorhanden, nicht umgehend mit den Vorarbeiten zum eigentlichen Neubau zu beginnen.

Die vor einigen Wochen ergangene, gewiß lobenswerte ministerielle Verfügung besagt, daß im Bereiche der preußischen Baubewirtschaftung überall da, wo bereits Baugelände für dieses Staatsjahr bewilligt sind, wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit möglichst sofort begonnen werden soll. Was nicht aber eine Verfügung, wenn dieselbe nicht befolgt wird; sie bleibt dann nur Wendewort für die Massen.

Für das neue Kammergericht sind nun durch die beiden Häuser des Landtags als erste Laurate für dieses Staatsjahr 700 000 M. bei Beratung des Baucrats bewilligt worden. In vier Monaten läuft dieses Staatsjahr ab und verbraucht ist von diesem Gelde noch nichts! Wie lange soll der Schandrian noch dauern?

Es ist Pflicht des Staates, in dieser so traurigen, elenden, arbeitslosen Zeit wenigstens an seinem Teil für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Selbst bei eintretendem starkem Profiteiler könnte hier mit dem Abholzen und Ausroden der Bäume, Herstellen der Zu- und Abfuhrwege, Ausschachtungsarbeiten, Abfuhr des

Extra billiges Angebot für den Weihnachtsbedarf

Prüfen Sie die Preise
Vergleichen Sie die Qualitäten.

Moderne Plisseestoffe für Faltenröcke, sparte Streifen, 1.50 1.75 1.95
 110 cm breit
 Großkarierte Stoffe auf Kammgarn-, Cheviot- und Tuchgrund, 1.00 1.25 1.50
 90-110 cm breit
 Woll-Blusen-Flanelle Streifen, Karos und Bordürenmuster, 1.25 1.50 1.70
 70 cm breit
 Ein großer Reinw. Cheviots u. Chevrons große Farbsort. neue Gewebe Mtr. 75 Pl. 1.00 1.35

Elegante Damentuche größte Neuheit in feinen Streifen-Karos Meter 1.25
 Farbige Taffet-Chiffons in großem Farben-Sortiment Meter 1.45
 Reinseidene Karos mit und ohne Atlasstreifen Meter 1.65 1.95
 Lindener Velvet Große Neuheit, garantiert haltbar in allen Farben Meter 1.50 1.85

Ein großer Posten Hauskleiderstoffe doppelt breit, schwere, vollgriffige Qualität jetzt 65, 85 Pl., 1.10

Während dieser Zeit werden große Posten moderner Damen-Konfektion zu außerordentlich billigen Preisen verkauft
 Winterflanelblusen Elegante Wollblusen Seiden- und Samtblusen Spitzen-Tüll- und Spachtelblusen

Ein großer Posten Kostüm-Röcke darunter elegante Plissee- und Sonnenröcke, auch schwarze, reich garnierte Röcke, sowie Ballröcke.

S. Weissenberg, Gr. Frankfurter Str. 126

Ecke Koppenstraße

Bei jedem Einkauf 5% Rabatt od. Marken

Preisermäßigung für elektrisches Licht in den Nachtstunden.

Vom 1. Januar 1909 ab wird Elektrizität für Beleuchtungszwecke in den Nachtstunden von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zum Preise von

16 Pf. netto pro Kilowattstunde

geliefert, sofern für diese Zeit ein jährlicher Verbrauch von mindestens M. 500.- gewährleistet wird.
Abnehmer, deren Bedarf diese Höhe erreicht, belieben diesbezügliche Anträge bei uns zu stellen.

Berliner Elektrizitäts-Werke.

Nur reell

und billig.

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang!

Preisliste kostenlos!

12. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. November 1908, vormittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

73 217 20 728 33 30 41 1207 91 [1000] 818 38 923
 67 2084 293 59 821 18 39 421 [1000] 610 730 85 314 33
 88 [1000] 3081 183 208 213 42 98 613 784 801 2 4218 264
 827 623 113 842 5102 38 43 53 461 530 58 802 900 87
 85 629 713 302 12 17 488 7603 87 33 207 59 713 366
 8643 762 [1000] 965 9114 475 302 842
 10288 89 608 32 708 [1000] 90 975 11078 [1000] 190
 [1000] 258 [1000] 97 961 96 782 962 12035 251 407 987
 13011 84 287 801 688 [1000] 737 874 914 14076 229 87
 450 208 724 919 [1000] 33 82 73 15177 85 96 499 39 510
 [1000] 21 684 82 742 202 10 16094 [1000] 854 [1000] 583
 653 891 [1000] 17392 494 609 29 703 [1000] 853 18041
 83 294 301 59 [1000] 89 [1000] 19132 81 245 481 35 096
 729 53

20773 141 21039 447 529 80 22122 819 738 [1000] 818
 308 23228 256 220 241 24054 72 181 587 623 733 95 25189
 221 77 [1000] 331 34 587 778 984 26048 228237 850 706
 810 73 27398 440 347 [1000] 83 [1000] 28247 81 212
 81 894 5 82 634 724 35 [1000] 889 209 69 29315 57 642
 916 [1000] 71

30340 [1000] 48 400 588 890 802 31102 26 82 818
 32190 [1000] 411 588 789 819 33225 243 79 97 [1000]
 503 88 632 884 87 34017 19 154 299 338 501 408 [1000]
 824 922 71 35130 203 883 487 47 58 [1000] 568 [1000]
 36125 74 477 776 [1000] 893 [1000] 968 37699 106 19
 342 810 810 901 38173 296 305 99 483 [1000] 822 39081
 853 819 94 987

40312 32 [1000] 429 507 [1000] 715 876 915 [1000] 771
 41081 38 99 123 274 88 [1000] 426 904 851 42197 271
 25 333 [1000] 324 80 [1000] 688 777 887 4290 151 303
 417 [1000] 679 782 825 38 58 [1000] 824 44250 446 [1000]
 671 89 825 45043 74 350 89 712 77 46352 688 854 71 81
 47713 [1000] 856 60 728 [1000] 58 78 805 [1000] 48180
 [1000] 211 30 470 49283 313 473 971

50140 203 15 63 89 311 [1000] 28 408 54 678 713 808
 49 971 [1000] 51013 18 [1000] 140 218 314 50 513 [1000]
 635 52289 748 934 53397 780 808 28 54011 81 483 514
 24 617 [1000] 87 823 950 53234 49 431 375 871 [1000]
 56285 294 [1000] 649 [1000] 719 81 883 98 [1000] 940 70
 57307 409 17 707 718 [1000] 979 85 58024 96 150 483
 613 603 [1000] 706 23 96 811 59101 83

60684 178 208 488 [1000] 279 719 83 68 808 14 61204
 82 323 984 503 72 62055 284 [1000] 863 489 588 729 81
 818 61 300 63045 43 209 320 [1000] 300 409 [1000] 87 620
 732 64057 156 272 310 83 94 490 519 608 11 808 39 839
 [1000] 54 82 65148 771 818 [1000] 320 90 60349 180 85
 83 567 804 968 67707 20 [1000] 878 [1000] 888 [1000]
 68084 137 302 79 799 893 69031 414 34 634 743 [1000] 47
 872 982 72011 448 488 748 515 28 85 47 73163 483 648

711 729 [1000] 81 939 74055 638 61 [1000] 71 219 413 597
 711 830 101 420 538 35 68 77 811 888 [1000] 76917
 82 384 576 899 353 889 841 85 77489 877 800 85 330
 85 394 494 507 983 78997 301 11 60 65 473 700 [1000] 33
 78 819 [1000]

80066 434 87 882 918 24 81802 314 24 88 [1000] 421
 828 84 897 911 20 82149 248 605 85 83351 532 83 [1000]
 749 84004 156 425 208 19 696 761 827 85087 304 80 613
 714 887 86048 514 681 87801 82 30 217 349 810 74
 88074 89 208 32 85 209 329 [1000] 85 88 [1000] 78 147
 878 919 280 307 480 [1000] 61 880 [1000] 838 78 81

90052 189 [1000] 221 382 434 [1000] 81 551 778 660
 91804 382 619 770 814 948 92187 325 [1000] 380 737 854
 93352 90 498 828 809 93827 419 84 558 47 825 [1000]
 9511 21 99 93600 400 500 9 41 437 709 [1000] 893 90235
 98 112 33 286 340 335 47 697 921 85 841 97711 38 145
 [1000] 519 12 88 630 38 899 98065 255 [1000] 432 448
 85 [1000] 853 932 99060 807 793 [1000]

100013 107 400 214 738 [1000] 900 101847 48
 [1000] 71 812 [1000] 735 [1000] 882 867 102180 879 87
 103173 643 104015 [1000] 280 897 779 84 890 [1000]
 105148 791 300 90 412 38 808 939 [1000] 106077 311 [1000]
 303 54 608 45 951 107248 [1000] 431 [1000] 39 [1000]
 91 647 74 780 500 [1000] 108018 [1000] 54 183 281 323
 634 109001 893 494 694 748 218 88

110090 290 478 505 [1000] 20 787 111075 184 79
 210 585 630 52 [1000] 843 112104 94 204 [1000] 19 69
 320 12 62 417 [1000] 715 85 963 113140 [1000] 210 417
 122 114040 114 28 276 858 85 800 76 798 115004 110
 95 234 672 89 893 925 116780 920 117038 332 440 507
 118113 306 88 [1000] 527 [1000] 863 119008 120 88
 248 512 13 683 700

120132 202 305 [1000] 425 [1000] 320 [1000] 807
 121028 150 451 208 814 122187 219 441 562 891 608
 [1000] 123793 234 418 [1000] 942 124051 [1000] 154 871
 [1000] 43 [1000] 89 125105 234 418 87 262 [1000] 000
 79 90 120 862 86 [1000] 844 126000 267 628 658 723 51
 127145 402 901 128018 452 675 843 129040 224 93
 809 50 462 793 918

130088 39 113 70 283 214 67 94 455 53 883 95 [1000]
 715 908 131090 [1000] 121 317 591 715 839 804 132015
 [1000] 164 225 283 267 74 89 789 505 67 133042 172 82
 453 513 277 134987 28 87 808 135040 61 63 170 293
 80 387 437 138125 201 811 91 000 45 65 137021 230
 347 680 89 138020 172 208 428 82 888 901 6 [1000] 22
 139066 349 442 518 [1000] 508 960

140022 37 182 212 39 315 897 734 [1000] 507 73
 741328 [1000] 400 804 775 918 [1000] 80 742223 473
 753 [1000] 717 879 [1000] 143177 323 887 545 75 675 [1000]

12. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. November 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

850 144007 68 86 129 88 88 489 35 553 [1000] 812 950
 145171 224 480 670 733 884 146155 329 590 724 918
 147073 429 619 95 718 75 819 14 148110 574 79 882
 744 58 854 000 81 149113 251 880
 150099 170 277 704 [1000] 852 151138 70 458 749
 84 997 152127 257 880 [1000] 153013 [1000] 150 520 511
 847 961 154094 513 425 27 43 527 890 155191 313 49
 401 817 842 809 27 156058 180 218 440 157100 67 [1000]
 202 320 70 608 158143 74 320 352 417 35 [1000] 993
 159556 [1000] 784

160169 308 88 511 780 307 161010 34 21 350 419
 [1000] 24 864 65 162111 344 879 509 670 841 [1000] 64
 163098 103 [1000] 262 328 164047 253 496 745 [1000] 51
 54 80 [1000] 907 165208 84 307 418 51 750 89 896 [1000]
 166234 280 428 583 702 835 64 167110 709 [1000]
 168159 211 683 734 849 169050 115 315 447
 170040 30 254 [1000] 609 96 709 85 171188 943
 56 536 78 798 [1000] 172056 330 [1000] 35 [1000] 94
 413 574 698 740 173109 208 74 809 892 724 850 174044
 [1000] 143 98 280 [1000] 86 313 453 542 284 918 175072
 177 23 252 74 420 31 70 704 11 176294 [1000] 330 [1000]
 805 908 177005 407 742 509 67 178194 409 231 38 870
 95 788 82 179095 133 88 204 38 372 880

180183 292 88 341 425 601 [1000] 957 96 181131
 484 527 65 845 51 836 182002 603 745 862 817 53 183134
 398 225 66 487 [1000] 606 708 807 817 48 184132 304
 307 0 388 850 [1000] 388 185130 58 89 310 [1000]
 307 0 388 850 [1000] 388 185130 58 89 310 [1000]
 313 402 485 780 877 186021 [1000] 320 410 89 633 741
 [1000] 90 94 99 187046 369 473 560 979 188035 169
 207 423 58 285 881 624 289190 311 431 985 [1000]
 190087 45 54 117 68 [1000] 84 213 [1000] 434 191088
 [1000] 190 301 14 18 204 24 53 753 300 967 192103 23
 37 218 487 645 [1000] 923 85 193055 244 88 506 780 894
 80 77 [1000] 194301 81 209 919 29 554 710 [1000] 80 889
 95 195081 35 94 321 820 999 196073 77 784 197021
 112 504 798 [1000] 888 198132 [1000] 275 91 942 199200
 62 [1000] 45 864 853 [1000] 897 974 80

200126 67 327 505 85 821 [1000] 201003 235 [1000]
 22 300 315 678 [1000] 840 900 202032 61 130 508 85
 23 308 964 203068 716 218 59 67 417 81 602 808 944
 204146 265 315 685 490 323 758 205367 758 949 [1000]
 206185 860 819 901 207181 808 [1000] 209065 138 [1000]
 258 73 392 513 690 [1000] 386 [1000] 209640 138 [1000]
 378 [1000] 404 80 99 500 425 75 80 781 978 94
 210066 328 445 589 [1000] 604 845 845 211182 496
 212158 611 75 890 998 213032 204 237 84 210 128 358
 681 83 [1000] 708 11 987 214409 98 788 40 970 78 83
 215284 478 88 245 661 750 830 97 378 444 565 [1000] 600
 402 74 587 468 728 217111 22 791 444 565 [1000] 600
 784 218008 88 216 48 97 306 441 388 84 970 218262
 427 512 74 91

220063 358 58 590 784 [1000] 978 221006 [1000]
 144 354 484 590 799 222111 [1000] 320 337 85 [1000] 379 709
 84 887 223050 [1000] 50 159 368 79 547 911 12 306 483
 224157 242 428 72 787 888 [1000] 225143 219 306 483
 867 226074 71 [1000] 300 [1000] 293 628 66 708 38 814
 227050 280 412 383 736 804 89 79 821 86 228006 97
 149 211 304 25 478 783 847 892 [1000] 229183 231 231
 509 751

230123 225 27 89 205 454 [1000] 73 550 [1000] 981
 231174 419 702 232133 309 410 90 323 749 994 [1000]
 233226 [1000] 34 [1000] 230 413 701 33 53 [1000] 330 45
 234012 [1000] 301 70 308 588 69 827 741 92 [1000] 25
 235015 27 33 242 51 826 [1000] 485 284 [1000] 236109
 42 207 379 237096 110 407 554 235408 770 900 [1000]
 90 239050 64 281 82 [1000] 322 488 619 28 284 843 [1000] 18
 240461 78 [1000] 502 38 [1000] 241003 [1000] 15
 293 328 887 136 819 238 242014 170 303 81 [1000] 880
 [1000] 587 883 965 243025 37 78 114 278 898 516 025
 244199 [1000] 414 79 844 691 829 44 245003 110
 843 48 [1000] 71 454 [1000] 615 729 [1000] 76 246114
 41 56 383 [1000] 332 718 [1000] 247082 75 80 214 241
 59 69 427 [1000] 60 [1000] 783 840 908 248111 301 869
 75 [1000] 329 830 28 982 249000 131 62 85 296 350 729
 [1000] 81 846 [1000] 901

250354 64 418 23 304 887 [1000] 25104 478
 [1000] 879 628 252096 137 504 806 [1000] 84 805 253499
 64 292 [1000] 28 490 511 708 510 48 51 254841 454
 687 805 255127 70 739 994 256128 390 502 722 88
 257885 419 [1000] 258004 93 622 259061 232 349
 [1000] 82 88 437 53 87 508 843 [1000] 25 89 807
 260006 245 70 323 65 78 89 412 586 [1000] 91 605
 70 778 942 261117 83 220 378 24 515 45 881 90 262015
 327 868 864 263052 68 427 [1000] 82 70 782 264518 911
 682 805 265080 25 723 283 [1000] 304 24 44 673 845
 266807 88 297 81 316 779 590 267002 21 326 408 688
 [1000] 748 843 [1000] 268192 373 94 624 753 94 269082
 100

Verfammlungen.

Die wirtschaftliche und sanitäre Lage der Arbeiter der Chemischen Industrie.

Am Sonntag fand im Palasttheater eine öffentliche Versammlung der in den chemischen Fabriken, den Farben-, Seifen-, Gummi-, Schallplatten-, Glühlicht-, Magnesia- und Stimmerfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

Als Referent sprach der Verhandlungsleiter und Reichstagsabgeordnete August Vreeh. Er schilderte die großartige Entwicklung und Rentabilität der chemischen Industrie im Gegensatz zu der meist höchst elenden Lage ihrer Arbeiter.

Schering in Berlin 17 Proz., Beier in Elberfeld und Leverkus - im Volke „Zammerlufen“ genannt - fast 36 Proz. im Jahre 1906, nicht weniger als 56 Proz. Bei solchen ungeheuren Mehrwerten, die ja in den Dividenden nur teilweise zum Ausdruck kommen, belief der Durchschnittslohn der Arbeiter sich im Jahre 1906 auf nur 3,54 M. pro Tag, 1908 auf 3,71 M.

Lohnverhältnisse der Scheringschen Fabrik, der „Chemischen Fabrik auf Aktien“, geschildert und behauptet wurde, daß hier in diesem Jahre der Stundenlohn von 35 auf 32 Pf. herabgesetzt worden ist, und daß kein Arbeiter, selbst wenn er 10 bis 20 Jahre in der Fabrik tätig war, mehr als 40 Pf. erhält.

In der regen Diskussion, die dem inhaltreichen Vortrag folgte, bemerkte ein Arbeiter, der mit den Verhältnissen bei Schering sehr gut vertraut ist, daß ihm seiner bekannt sei, der dort mehr als 40 Pf. Stundenlohn habe; sogar ein Arbeiter, der schon 34 Jahre in dem Betriebe tätig sei, erhalte keinen höheren Lohnsatz.

Mit noch nie dagewesenen Mitteln

sind Kathreiners Malzkaffee-Fabriken von ihrer Konkurrenz angegriffen worden — ein untrüglicher Beweis für die Bedeutung und den Wert des echten Kathreiners Malzkaffees. Er ist nicht nur als unschädlichster Kaffee-Erfaß, sondern gleichzeitig als vorzüglichster Kaffee-Zusatz zu empfehlen.

Conrad Tack & Cie.

Schuhwaren-Fabrik Burg bei Magdeburg

C., Spittelmarkt 15 (Tellhaus), C., Rosenthaler Straße 14, W., Potsdamer Straße 50, W., Schillstraße 16, NW., Turmstraße 41, Ecke Oldenburger Straße.

NW., Wilsnacker Straße 22, NW., Boussoelstraße 29, N., Friedrichstraße 127, schräg gegenüber d. Oranienburgerstr., N., Müllerstraße 3, N., Reinickendorfer Straße 23.

N., Brunnenstraße 37, N., Danziger Straße 1, O., Andreasstraße 50, O., Frankfurter Allee 125, SO., Oranienstraße 32, sw. Oranienpl. u. Adalbertstr.

SO., Oranienstraße 2a, unmittelbar an der Hochbahnstation Oranienstraße, SO., Wrangelstraße 49, SW., Friedrichstraße 240-241, am Halleschen Tor.

Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 122-123, Rixdorf: Borgstraße 30-31, Potsdam: Grandenburger Straße 64.

Wir bitten recht genau auf unsere volle Firma, Straße und Hausnummer zu achten, um Verwechslungen mit ähnlich lautenden Geschäften zu vermeiden!

Winter-Schuhwaren

Filz-Schnallenstiefel mit Filz- und Ledersohle, das Bequemste fürs Haus für Herren 4.00, Damen 3.50, Knaben und Mädchen 3.00 bis 2.40 M.

Herrn- Ia Boxhorse-Schnallenstiefel, warm gefüttert, Filz-Einsatz, beliebter Winterstiefel 9.50 M.

Knaben- und Mädchen-Filz-Schnürstiefel Gr. 34/35 4.45, 31/33 4.15, 29/30 3.75, 27/28 3.45, 25/26 3.15 M.

Haus-Pantoffel warm gefüttert, kräftige Qualität für Herren M. 1.95, 1.85, 1.50, 1.35, 1.10 u. 80 Pf.

Kinder-echt Ziegenleder-Schnür- u. Knopf-Stiefel mit Friesfutter, naturgemäße Paßformen Gr. 25/26 3.45, 22/24 2.85, 18/21 2.00 M.

Knaben- und Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel Gr. 34/35 7.00, 31/33 6.50, 29/30 6.00, 27/28 5.50, 25/26 5.00 M.

für Damen M. 1.65, 1.50, 1.25, 1.10, 90 u. 70 Pf. für Kinder 85, 70, 60, 50 u. 40 Pf.

Kinder-Filz-Knopfstiefel mit Kalblackbesatz, sehr modern Gr. 25/26 3.80, 22/24 3.30, 18/21 2.40 M.

Kamelhaarstoff-Hausschuhe mit Filz- und Ledersohle für Herren 3.40, für Damen 2.40, für Knaben u. Mädchen 2.00 u. 1.45 M.

Knaben-, Mädchen- und Kinder-Hausschuhe in divers. Dessins, warm gefüttert M. 2.55 bis 1.00 M.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

Dienstag, den 24. November,
abends 8 1/2 Uhr,

im „Alten Schützenhause“, Linien-Straße 5:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die augenblickliche politische Situation. Referent Genosse Landtagsabgeordneter **Ströbel**. 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Gäste willkommen. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der Berliner Holzbrauerei, Abteilung II, Chausseest. 64.

Tages-Ordnung:

1. Das Volk und die neuen Steuern. Ref.: Genosse **Fritz Kunert**. 2. Diskussion. Zu zahlreichem Besuch ladet ein [231/7*] Der Vorstand.

Schöneberg!

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 24. November 1908, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Neuen Rathausfälen“, Weininger Straße 8.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Broy-Gannover**: „Die Reichsfinanzreform.“ 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Heute Sonntag, den 22. November, mittags 1 1/2 Uhr, Taubent. 49:

Urania-Vorstellung.

Billetts das Stück 70 Pfennig sind am Eingange des Theaters beim Genossen **L. Herter** zu haben. D. O.

Cinzano

echter Torino-Vermouth-Wein

als magenstärkendes Getränk zu jeder
Zeit für Jedermann nützlich u. stärkend.

Cinzano
Cinzano
Cinzano
Cinzano
Cinzano
Cinzano
Cinzano

wird ärztlich empfohlen als tägliches Frühstücksgetränk allen schwächlichen blutarmen magenleidenden Personen.

vor Tisch wirkt appetitanregend und kräftigend.

vor kaltem Bier erwärmt und schützt vor Erkältung des Magens.

mit Mineral- oder Selterwasser ist das beste Erfrischungsgetränk.

wird erzeugt aus reinem Naturwein unter Zusatz von ausgewählten heilkräftigen Kräutern.

ist auf der ganzen Welt bekannt und eingeführt.

Wer Cinzano trinkt hat das Richtige gewählt.

Zu haben in besseren Geschäften und Lokalen.

Sonntag, den 22. November (Totensonntag), nachm. 2 1/2 Uhr,

in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142 und Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59:

2 öffentliche Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Christliche Jünglingsvereine oder freie Jugendorganisation?

Referenten: Redakteur **W. Düwell** und Pastor **a. D. Paul Göhre**.

Freie Aussprache.

Gegner sind eingeladen.

Eintritt frei.

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in diesen Versammlungen!

Die erwachsene Arbeiterschaft wird gebeten, ihre schulentlassenen Kinder auf die Versammlungen aufmerksam zu machen. — Gäste willkommen! 290/2

Freie Jugendorganisation Berlin.

Orts-Krankenkasse

der
Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.

Sonntag, den 6. Dezember 1908, vormittags von 10 bis 2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1, eine

Wahl-Versammlung

sämtlicher großjährigen Kassen-

mitglieder statt.

Tages-Ordnung:

Wahl von 408 Vertretern zur

Generalversammlung für 1909.

(§§ 49 und 49a des Statuts.)

(Nach § 38 des Statuts ist die

Wahl geheim und durch Stimmzettel

vorzunehmen.)

Die Herren Arbeitgeber werden

ersucht, den Mitgliedern zum

Zwecke der Legitimation bei der

Wahlhandlung die Mitgliedsarten

oder eine Bescheinigung zu ver-

abgeben.

Ohne Legitimation kein Zutritt.

Zum Zweck der

Kandidaten-Aufstellung

zur vorstehenden Wahlversammlung

findet eine

Versammlung

sämtlicher Kassenmitglieder

statt am Donnerstag, den 26. No-

vember 1908, abends 8 Uhr,

in den Armin-Hallen, Kommandanten-

straße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. **Holl-**

heim über „Luft und Leben“. 2. Auf-

stellung der Kandidaten.

Die Kassenmitglieder werden ge-

beten, die aufzustellenden Kandidaten

genau mit Namen, Vornamen,

Wohnung, Kassennummer und

Betriebsstätte zu bezeichnen.

Am Montag, den 7. Dezember

1908, abends von 7 bis 9 Uhr,

findet im Kassenlokal, Gormann-

straße 29, vorn 1 Treppe, eine

Wahl-Versammlung

sämtlicher Arbeitgeber,

welche Beiträge aus eigenen Mitteln

zahlen, statt.

Tages-Ordnung:

Wahl von 198 Vertretern zur

Generalversammlung für 1909.

(§§ 49 und 49a des Statuts.)

(Nach § 38 des Statuts ist die

Wahl geheim und durch Stimmzettel

vorzunehmen.)

Die Herren Arbeitgeber können zu

Vertretern auch Geschäftsführer oder

Betriebsbeamte der zu Beiträgen

verpflichteten Arbeitgeber wählen.

Die letzte Beitragsquittung ist als

Legitimation vorzulegen.

Ohne Legitimation kein Zutritt.

Zum Zweck der

Kandidaten-Aufstellung

zur bevorstehenden Wahlversammlung

findet eine

Versammlung

der Arbeitgeber

am Montag, den 23. November

1908, abends 8 1/2 Uhr, im Restau-

rant **Richard Brandenburger**,

Königsstr. 17, statt.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten.

2. Verschiedenes. 290/3

Berlin, den 22. November 1908.

Der Vorstand.

3. H.: **Max Gütche**, Vorsitzender.

Ordnliche Generalversammlung

der

Orts-Krankenkasse

der Dachdecker Berlins

findet am Mittwoch, den 25. No-

vember 1908, abends 8 1/2 Uhr,

im Saale des Herrn **Dalg**, 50.,

Skalitzer Str. 53, statt.

Tages-Ordnung:

1. Wahl für zwei Vorstandsmitglieder

für Arbeitnehmer auf 2 Jahre.

2. Wahl für ein Vorstandsmitglied für

Arbeitgeber auf 2 Jahre.

3. Wahl des Rechnungsprüfungs-

Ausschusses für das Jahr 1908.

4. Wahl der Krankenkassenmitglieder

auf 2 Jahre.

5. Festsetzung des Gehalts für den

Rechnant inf. Anstellung. 290/6

6. Verschiedenes.

Nur Delegiertenkarte legitimiert!

Der Vorstand.

A. Salzmann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der
Graveure usw.
Berlin.

Am Montag, d. 30. November, abends 7 Uhr, findet im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45, die

General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Bericht vom

IV. allgem. Kongress der Kranken-

lassen Deutschlands. 3. Bericht von

der XV. Jahresversammlung der

Orts-Krankenkassen. 4. Wahlen zum

Vorstand (2 Arbeitgeber, 4 Arbeit-

nehmer). 5. Wahl von drei Rit-

gungsmitgliedern zur Prüfung der Jahres-

rechnung. 6. Die Krankenkassenkontrolle

im Jahre 1908. 7. Verschiedenes. —

Auszahlung der Beiträge.

Die Legitimationskarte ist mitzu-

bringen.

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der

Schlosser

und verwandten Gewerbe.

Die Mitglieder obiger Kasse werden

am Grund des § 34 des Kassenstatuts

vom 26. Juli 1906 aufgefordert, am

Montag, den 30. November cr.,

abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15

behoft Wahl von 315 Delegierten sich

einzufinden. Wahlberechtigt sind nur

diejenigen Mitglieder, welche das

21. Lebensjahr zurückgelegt haben

und im Besitze der bürgerlichen Bürger-

rechte sind. Die Wähler haben sich

durch das Kranken-Legitimations- und

Contributionsbuch zu legitimieren. — Die

Wahl ist eine geheime.

Die Herren Arbeitgeber, welche aus

ihren eigenen Mitteln ein Drittel zu

den Beiträgen der bei ihnen be-

schäftigten Mitglieder der

Ortskrankenkasse der Schlosser

und verwandten Gewerbe

zahlen, werden ersucht, am

Montag, den 30. November cr.,

abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15

behoft Wahl von 133 Delegierten zu

erscheinen. — Als Legitimation dient

die zuletzt geahnte Beitragsquittung. —

Die Wahl ist eine geheime. 279/6b

Der Vorstand.

H. Heinrich, Vorsitzender.

Günstiges Kaufangebot.

Gasthausgrundstück mit gr. Lokalität,

mit mögl. gr. Saal u. Garten, in

Stark. Industriestadt Anhalt, 13 900

Einw., eins. Partikel ohne Konfir.,

ca. 400 Hekt. Lagerplatz, bedeut. nach-

weisl. Umf. and. Biere, Spirituosa, zc.

Herberung 62000 M., Umg. 10 000

Mark. Hypothek festliegend. Sofort

veräußert durch **C. Krah, Wittenberg**

(Bez. Halle), Neubauerstr. 22. 28330*

Gemeinsame

Orts-Krankenkasse
für

Röpenitz

und Umgegend.

Zu der am

Montag, den 30. November cr.,

abends 7 Uhr, im Lokal **Franz**

Kühne, Adlerhof, am Bahnh.,

stattfindenden

ordentlichen

General-Versammlung

laden wir hiermit die Vertreter der

Arbeitnehmer und die Vertreter der

Arbeitgeber ein.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Ausschusses für die

Prüfung der Rechnung des laufenden

Jahres. 2. Neuwahl von 5 Vor-

standsmitgliedern und zwar 2 Arbeit-

geber und 3 Arbeitnehmer. 3. Ge-

l. a. g. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern

und zwar 2 Arbeitnehmer. 4. Nicht

auf der Tagesordnung stehende An-

gelegenheiten. 290/4

Adlerhof, den 20. November 1908.

Der Vorstand.

R. Haufen, Vorsitzender.

21 Gegründet 1864 21

Pelzwaren-

Fabrik

S. Schlessinger,

Neue Königstr. 21 II

(Ordonnanzhaus)

Kein Laden!

Einzelverkauf

wie alljährlich

nach beendetem

Engros-Saison

Muffen

zu fabelhaft

billigen Preisen.

Sonntags geöffnet.

21 Repar. sauber u. billig 21

Kronleuchter-Fabrik.

Größte Auswahl.

400 Kronen

von 10-700 M.

Verkauf zu billigsten

Fabrikpreisen an Private.

Große Volks-Versammlung für Männer und Frauen

Dienstag, den 24. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gen. Dr. Eduard David. Der Kampf gegen die wirtschaftliche Not. Um zahlreichen Besuch, auch der Frauen, bitte! 128/7* Der Einberufer.

Öffentliche Volksversammlung

am Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr, im „Schweizer-Garten“, am Friedrichshain 29/32. Tages-Ordnung: Konfessionslosigkeit und Sozialdemokratie. Referent: Reichstags-Abgeordneter Dr. Stücklen. Zu zahlreichem Besuch, auch der Frauen, ladet ein Der Einberufer.

„Unsere Toten“

Vortrag vom Stadtv. Waldeck Manasse am Totensonntag, den 23. November, abends 7^{1/2} Uhr, im City-Hotel, Dresdener Straße 52-53. Nach dem Vortrage: Diskussion. 62/7* Zur Deckung der Unkosten Entree 10 Pf. A. Hoffmann, Blumenstr. 14.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 25. November, abends 8^{1/2} Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Branchen und Bezirke

bei Freyer, Koppenstraße 29.

Kistenmacher

Montag, 23. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Langhammer über: Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Aufgaben der Organisation. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Bürstenmacher.

Montag, den 23. November 1908, abends 8^{1/2} Uhr, bei Vrech, Holzmarktstr. 65:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Krankenversicherung. 2. Branchenangelegenheiten.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 23. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiterführers Genossen G. Sint über: „Die Unfallversicherung und ihre Bedeutung für die Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Branchen der Näh- und Damen-Schreibtischmacher.

Montag, den 23. November, abends 8^{1/2} Uhr, bei Kluge, Langlestraße 53:

Versammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen wird erwartet. Die Kommission.

Vergolder.

Montag, den 23. November, abends 8 Uhr, in den Neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Schütte über: „Römische Geschichte.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Korbmacher.

Montag, den 23. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die neuesten Vorgänge in der Korb- und Korbwaren-Branchen. 2. Wahl der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten.

Kammacher.

Montag, den 23. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engelauer 15:

Branchen-Versammlung der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuck-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Die Lage der deutschen Kammacher nach der statistischen Aufnahme der Zentralkommission. Referent: Julius Gildbrandt. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Modell- und Fabrikfischer sowie Modelldrechsler.

Donnerstag, den 26. November 1908, pünktlich abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung.

im Verbandshaus der Gastwirtschiffen, Große Hamburgerstr. 18/19. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Scheut über: Jugenderziehung und Volksbildung. 2. Bericht der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Perlmutter-, Horn-, Stein- und Knopfarbeiter und -Arbeiterinnen.

Donnerstag, 26. November, pünktlich abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14, parterre (Arbeitslokalraum):

Branchen-Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Jalousiearbeiter.

Donnerstag, den 26. November, abends 8^{1/2} Uhr, bei H. Voeker, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen. Referent: Genosse Adolf Ritter. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 23. November 1908, abends 8^{1/2} Uhr:

Öffentliche Versammlung der Schuhmacher und Schäftearbeiter

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die Gewerkschaftsorganisationen und ihr Einfluss auf die geistige und materielle Hebung der Arbeiterklasse.“ Referent: Kollege C. Hermann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind besonders die in Handwerk und Schäftearbeiten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen eingeladen. 170/1 Der Einberufer.

Deutscher Kürschner-Verband

Filliale Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Barnimstraße 21, n. pl. Tel.: Amt VII 6782. Mittwoch, den 25. November 1908, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schriftführer Heinrich Schulz über: „Jugenderziehung und Jugendorganisation.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 26. November 1908, abends 8^{1/2} Uhr:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

in den „Armin-Sälen“, Kommandantenstraße 58-59. Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Wahl eines Revisors. 3. Die Situation in der Militärbranche. 4. Antrag der Militärbranche bezüglich der Arbeitsvermittlung. 5. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. 158/8 Die Ortsverwaltung.

Towarzystwo Socyalistow Polskich w Berlinie.

Poziedanie w poniedzialek d. 23 t. m. wieczorem o godz. 8^{1/2}, w lokalu Feuerstein, Alte Jakobstraße 75. Wyklad tow. Fr. Merkowskiego. 28365

Ringfreie Kohlen

Salonbriketts, gr. Format 1000 St. frei Keller M. 9.00
Industrie-Briketts pro Zentner frei Keller M. 0.95
Pa. engl. Anthracit pro Zentner frei Keller M. 2.55
Wiederverkäufern bei Abnahme von Fuhrern oder ganzen Waggons die billigsten Tagespreise.
Gebrüder H. & O. Richter
Urbanstr. 114-115. Kohlen- und Holzhandlung Urbanstr. 114-115.
Telephon Amt IV No. 9345.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche mit Bordüren, Spott-
bügeln, Robridniederlage Große Frankfurterstraße 9, Flureingang, Nauerhof. 13938*
Gardinenstoffe, 2-4 Fenster, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang, Nauerhof. 13948*
Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 10 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.
Monatgarderobehaus Ein-
druckstraße 54. Elegante Monats-
anzüge, Monatspaletots, einzelne
Wäsche für sehr billigen Preis.
Nur Andreasstraße 54 an der Mark-
halle. 13889*
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Baum, Dörfcher
Markt 4, Bahnhof Seite. 264/11*
Nähmaschinen. Fräse-Rohmann-
Schneider, Bobbin, gegen keine
Abzahlung. Hauptlager: Bruda,
Königsplatzstraße 19. 27315*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne
Anzahlung, Jede 1.00. Kiefenlager,
Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung
Vordammenerstraße 32 (Bahnhof-
straße 81, Schönhauser Allee 79, Bah-
nhof. Vordammenerstraße 6 Projekt
Straße 247.
Chne Anzahlung, Jede 50 Pfennig,
Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel,
Vollwaren, Teppiche, Gardinen,
Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge,
Portieren, Uhren, Gaskronen, Herren-
garderobe, Weber, Grenzauerstr. 49,
Belag, eventuell Volkstanz. 13378*
Kinderwagen, neuere, solide,
Anzahlung, 16.00. Egerstraße 25,
III linke. 1150
Anzüge, Paletots nach Maß. Aus
1a Stoffen, Monats- und nicht
abgeholte Sachen laufend billig.
Wäsche- und Schuhwaren, Brunnens-
straße 3, eine Treppe, am Rosenhalden.
Gaskronen, dreifach 4.50,
Salongaskronen 7.50, Gasunglampen
8.00, Gaslinsen 1.45, Gaswandarme
0.55. Fabriklager Große Frankfurter-
straße 92, Filiale Ravensstraße 6.
Herrenanzüge, Herrenpaletots,
juridische, aus feinsten Wollstoffen
18 bis 38.00 täglich. Sonntagverkauf.
Deutsches Verbandshaus Jägerstr. 63,
1 Treppe. 13758*

Teppiche, farblich, für halben
Wert. Vordammenerstraße 5 Projekt
Egerstraße 100, Oranienplatz. 14315*
Christbaumzweig für Weib-
verläufer billig! Jungferstraße 18.
Monatsanzüge und Winterpaletots,
Joppen von 5 Mark sowie Joppen
von 1.50, Webroanzüge von 12.00,
Jacken von 2.50, sowie für torpante
Figuren Neue Garderobe zu laufend
billigen Preisen, auf Wunsch
versandene Sachen laufen man am
billigsten bei Rah. Wulfschtr. 14
Bekanntmachung. Humboldt-
leihanstalt, weiß und breit bekannt, nur
Brunnenstraße 58, Schaus-
trassenstraße. Großer Wänderverkauf,
wunderbare Weizholas (pottblig),
hochlegante Winterpaletots, Webro-
anzüge, Jackenanzüge, riesengroßer
Wänderverkauf, Knäuelwänder,
Teppichauswahl, Plüschdecken,
goldene Damenuhren, Herrenuhren,
Flechtwaren, Kettenverkauf, Schmuck-
sachen, großartige Weihnachtsgeschenke.
Wegfrei ganzer Tag, auch Sonntag.
Winterpaletots, Monatsanzüge
von 6 Mark an. Auch neue elegante
Herrengarderobe sowie Wänderanzüge
laufen man den zweiten Teil billiger
als im Laden beim Schneidemeister
Härtenszell, Straußbergerstraße 46
parterre. 14408*

Winterpaletots, Monatsanzüge,
wenig getragen, von 5 Mark an, große
Auswahl für jede Figur, auch neue
elegante Garderobe aus erster Be-
zugsquelle, 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneid-
meister Paul Härtenszell, nur Rosen-
haldenstraße 10. 266/5*
Wänderverkauf! Hermannplatz 6.
Wandteppichhaus! Baumendliche
Winterpaletots! Kleinauswahl!
Jackenanzüge! Webroanzüge! Herren-
wänder! Plüschdecken! Knäuelwänder!
Wänderverkauf! Gardinenverkauf!
Wänderverkauf! Teppichauswahl!
Wänderauswahl! Wanduhren! Taschen-
uhren! Kleinauswahl! Kleinaus-
wahl! Plüschdecken! Steppdecken!
Nähmaschinen! Anerkannt! „Groß-
herren“ Einkaufsartikel! Hermann-
platz 6. Sonntag ebenfalls geöffnet.
Taschenbuch für Gartenfreunde.
Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
lichen Gartens, Gemüse- und Obst-
gärtens von Max Hedderer. Mit
109 Textabbildungen. Preis 2.50 M.
Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Stuhlrohrstuhl in vorzüglicher
Qualität zu billigen Preisen offeriert
Kurt Blejens, Berlin SO. Köpenicker-
straße 109a. 14018*
5,00 prachtvolle Betten, 9,00
Bauerbetten, nur Wandliche An-
druckstr. achtunddreißig. 14618*
Vandbett, zwei Vandbetten, zwei
Rollen, zweifach 18,00, große
Beten 1,00, Kuchener, Damast-
bezüge, Steppdecken, Gardinen, Por-
tieren, Steppdecken, Wandliche An-
druckstr. achtunddreißig. 14618*
Bauerbedrett, Unterbett, zwei
Rollen 27,00, große Flechtwaren,
Regulatoren 9,00, Wandliche An-
druckstr. achtunddreißig. Jedergeld wird
vergütet. 14638*
Schäfte und Unterleder, Spezialität
Eichengerbung, Lederhandlung Hülft,
Schöneberg, Bahnhofstraße 43. 443*

Herbedetten, Stand 11,00, große
16,00, Gardinen, Böche, Webro-
decken, verstellene Wänder (pottblig),
Wandteppichhaus Kriebler, Kärntner-
platz 7. 14478*
Winterpaletots, Uhren, Schmuck-
sachen, Federn (pottblig), Wandteppich-
haus Kärntnerplatz 7. 14488*
Teppiche, Große Partien Teppiche
mit kleinen Bedeckungen, circa
200 x 300 11,75, 250 x 350 16,50,
300 x 400 20,00 Markt. Teppichhaus
2. Lefebvre, nur Potsdamerstr. 106B
(kein Laden). 14458*
Bronzegaskronen!!! Gasung-
lampen 9,00, Gasgaskronen 16,00,
Gasgaskronen 16,00, Gasgaskronen
16,00, Gasgaskronen 16,00,
Wollener, Wollener, Wollener 22,
Wollener, Wollener, Wollener 34.
Wänderwäse, Teppiche, Gardinen,
Tischdecken, Portieren, Wänderdecken,
Steppdecken, Wänderstoffe (pottblig)
wegen Auflösung, Fischer, Potsdamer-
straße 100. 11338*
Herren-Garderobe nach Maß
ausere Arbeit, großes Stofflager,
Paletot, Anzug 35 Mark an. Aus
feinstem Handwerker, liefert den Dän-
meyer verdienen Teilzahlung gefällig,
F. Dörge, Drebbenerstraße 109.